DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

289 25. JAHRGANG Oktober 2008 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ARCHIVE

Im Sommer 2006 nahm das »Hans-Litten-Archiv« in Göttingen seine Arbeit auf. Die Initiative zur Gründung kam aus dem Umfeld der »Roten Hilfe e.V.«, der strömungsübergreifenden Solidaritätsorganisation der Linken. Das Archiv versteht sich als Sammelstelle der Solidaritätsbewegung und sammelt u.a. Materialien über politische Verfolgung. Seite 3

HAUSPROJEKTE

Anfang Juni trafen sich in Berlin Menschen aus Hausprojekten und Häuserverbünden zum Erfahrungsaustausch. Betrachtet wurden Beispiele aus Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden und wie diese, teilweise alten und relativ jungen selbstverwalteten Hausprojekte ihre Probleme gelöst und welche Erfahrungen sie dabei gemacht haben. In erster Linie ging es um die nachhaltige Sicherung dieser Immobilien für eine gemeinschaftliche Nutzung und gegen eine profitable Verwertung am Markt.
Die Generation 2.0 kauft lieber ein Haus, statt sich jahrelange Fights mit der Staatsmacht und ImmobilienbesitzerInnen zu liefern. Das Marburger selbstverwaltete Studenten-Wohnheim »Bettenhaus«, dass im Rahmen einer neoliberalen Reformierung der Uni Marburg auf der Abschussliste steht, ist ein aktuelles Beispiel hierfür. Mehr auf Seite 4/5

ROMANTETRALOGIE

Ein kunstvolles, auch nützliches und nicht zuletzt genussreiches Stück Literatur hat Erasmus Schöfer uns erschaffen. Auch eine Art Zukunftswerkstatt im Sinn von Robert Jungk, der neben anderen realen Zeitgenossen seinen Auftritt hat in diesem vielgestaltigen Opus. Von Liebe und Widerstand handelt auch der vierte Band von Schöfers Romantetralogie, die das Zeitgeschehen von 1968 bis 1989 sichtet. Seite 6

PALÄSTINA

250 Frauen aus 28 Ländern waren im Mai 2008 mit dem Fahrrad unterwegs im Libanon, Syrien, Jordanien und Palästina. So viele Frauen auf Rädern erregen auch in unseren Breiten Aufmerksamkeit – besonders aber in Ländern, wo Rad fahren – speziell für Frauen – noch in den Kinderschuhen steckt. Ein Bericht von der 5. »Follow the Women«-Solidaritätsreise auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Zur Zeit stehen die vielen kommunalen Unternehmen, die als Stadtwerke die Versorgung mit Wasser und Energie garantieren, den großen, gebietsmonopolartig agierenden Energieunternehmen gegenüber. Vor diesem Hintergrund gab der Rheinisch-Westfälische-Genossenschaftsverband e.V. eine Vorstudie zu den Potenzialen der genossenschaftlichen Rechtsform im Bereich der kommunalen Ver- und Entsorgung in Auftrag. Seite 13

www.contraste.org

300 LINKE UND ALTERNATIVE MEDIENMACHERiNNEN BEIM »GIPFELTREFFEN«

Häufig fehlt das Sprachrohr für gewünschte Veränderungen

Es gibt sie, die Mehrheit links der Mitte, wie sie bereits Willy Brandt prognostizierte. Zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sind linke Grundhaltungen nicht länger ernsthaft dem Vorwurf totalitärer Tendenzen ausgeliefert. Das beweisen eindrucksvoll die jüngsten Landtagswahlen und veranlassen jetzt die CSU zu einem »Kreuzzug« gegen Linke.

Christoph Nitz / Bernd Hüttner ● Linkes Selbstverständnis ist in Deutschland daher nicht eine Frage der Doktrin oder der sich links nennenden demokratischen Parteien. Vielmehr ist es die Überzeugung breiter Schichten der Bevölkerung, dass das zentrale Thema im 21. Jahrhundert die soziale Gerechtigkeit ist und zwangsläufig auch sein muss. Heute können daher der Mehrheit links der Mitte sogar weite Teile der Mitte selbst zugerechnet werden: Über Partei- und Milieugrenzen hinweg gibt es die Forderung nach links orientierten humanitären, ökologischen und sozialen Standards.

Unterstützung dafür kommt auch von den Medien, die den linken Parteien eigentlich eher skeptisch gegenüber stehen, deren Konsumenten aber in den kritischen Bildungseliten, dem engagierten Bürgertum und der in ihrer Existenz bedrohten Arbeitnehmermitte zu finden sind und deren gemeinsame Basis der zentrale Wert Gerechtigkeit ist.

Linke Politik oder linke Forderungen sind in Deutschland an vielen Stellen nicht vom vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagement zu trennen – dem allerdings häufig das Sprachrohr fehlt. Sie alle – die parteipolitisch Engagierten, aber auch diejenigen, die sich in Initiativen und Vereinen für das Gemeinwohl einsetzen – gilt es, in den Diskurs zu bringen, ihre Medienarbeit zu fördern und zu verbessern und sie in ihrer solidarischen Arbeit besonders für benachteiligte Milieus zu unterstützen.

Die fünfte Akademie für linke Medienmacher/innen brachte mehr als 300 Akteure zusammen, die sich der demokratischen Gesellschaft und ihren Debatten nicht verweigern wollten und die diese Herausforderung zum echten Dialog annahmen. Die oft selbst gewählte Isolation passt nicht zusammen mit dem Wunsch, breite Mehrheiten für linke Politik – besonders für einen demokratischen Sozialismus – zu gewinnen. Bereits Willi Münzenberg hat erkannt, dass mit der »vierten Gewalt« – den Medien – ein wichtiges Korrektiv vorhanden ist, das sich die breite Linke nutzbar machen muss. Der Erfolg des von ihm geschaffenen einflussreichen, zweitgrößten und noch dazu linken Medienkonzerns der Weimarer Republik gründete in seiner Erkenntnis, dem Denken und Interesse unterschiedlicher Milieus nahe sein zu müssen, um breitere Massen zu erreichen. Nicht theoretisch und doktrinär, sondern lebensnah und authentisch banden seine Medien Menschen unterschiedlicher Überzeugung an linke Ideen.

Will die Linke politischen Erfolg haben, kann sie sich selbst und andere nicht vom Dialog ausschließen. Sie kann es vor allem nicht aufgrund von ideologischen Unterschieden, die eigentlich überwindbar sind. Die Mehrheit links der Mitte benötigt zwischen nicht hinterfragten Absolutheiten und fader Beliebigkeit natürlich ein klares Profil. Es ist selbstbewusst, stiftet Identität und Sinn, überzeugt – und ist sich dabei der pluralen demokratischen wie linken Lage bewusst und bevormundet nicht. Wer Menschen bewegen will, muss ihnen ausreichend Grund dafür bieten.Im kommenden Jahr soll die 6. Akademie für linke Medienmacher/innen – geplant vom 5. bis 8. März 2009 in Berlin – den Austausch über linke Standpunkte fördern. Das Programm wird um einen Tag für die »Junge linke Medienakademie« erweitert.

Linker und alternativer Journalismus ist vielfältig, selbstbewusst, diskussionsfreudig und zielorientiert – die Akademie soll als »Gipfeltreffen« hochwertige fachliche Weiterbildung offerieren, politische Diskussionen befördern und ein »Netzwerk« linker und alternativer Medienmacher knüpfen. Jede/r ist herzlich eingeladen, Ideen einzubringen:
info@linke-medienakademie.de●

Christoph Nitz ist Vorsitzender der Interessenvertretung Linker Medienmacher und gemeinsam mit Bernd Hüttner Projektleiter der Linken Medienakademie.

SCHWERPUNKTTHEMA

»Inhalte brauchen Qualität – Qualität braucht Inhalte« Seite 7

Russische Medien
Journalisten in der »gelenkten« Demokratie Seite 7

Politische und historische Aspekte
Das Projekt einer linken Ästhetik Seite 8

Blogs, Newsletter und mehr
Formen politischer Kommunikation im virtuellen Raum Seite 9

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

D 8008

Anzeige

büros.de
büro- und lohnservice gmbh

Schwerpunkte:
Einzel- und Kleinbetriebe (ohne Buchhaltung)
Soziale und kulturelle Projekte
Vereine/Hausprojekte

- Buchung der laufenden Geschäftsvorfälle
- Laufende Lohnabrechnung
- Betriebswirtschaftliche Beratung*
- Existenzgründungsberatung*

* ohne Steuer- und Rechtsberatung

Richardstr. 99 | 12043 Berlin-Neukölln | Tel.: 030-6805 3330 | www.buros.de

EUROPÄISCHES SOZIALFORUM IN MALMÖ

»Power to the People!«

Am 21.9.2008 ging das Europäische Sozialforum (ESF) in Malmö zu Ende. Fast 10.000 Menschen aus ganz Europa hatten an hunderten politischen und kulturellen Veranstaltungen teilgenommen. Der Höhepunkt war eine Demonstration am Samstag mit 15.000 TeilnehmerInnen, die gemeinsam »Power to the People!« forderten.

Wladek Flakin, indymedia ● Die ESF-BesucherInnen kamen in erster Linie aus Skandinavien, aber es waren auch AktivistInnen aus ganz Europa – von Spanien bis zur Ukraine – und sogar aus Lateinamerika dabei. Das ESF ist eine Gelegenheit für verschiedene Bewegungen, sich länderübergreifend zu vernetzen. So versammelten sich GegnerInnen der US-Luftwaffenbasis in Vicenza in Italien mit GegnerInnen des geplanten US-Raketenstützpunktes in Polen. In einer großen Runde tauschten sie Erfahrungen aus und planten Proteste gegen den bevorstehenden 60. Jahrestag der NATO. Auch VertreterInnen von europäischen Studierenden hatten eine besondere Versammlung, um über einen europaweiten Aktionstag gegen Bildungsabbau zu beraten.

Neu für das ESF war ein »Labour Youth Space«: ein Kirchengebäude, in dem die Gewerkschaftsjugend aus verschiedenen Ländern eigene Workshops anbot. »Es geht darum, die Jugend der europäischen Gewerkschaften von unten zu vernetzen« meinte Joachim Heckel, Aktivist der IG Metall-Jugend aus Nürnberg. »Hier stellen wir fest, dass Flexibilisierung ein Riesenproblem für junge ArbeiterInnen in ganz Europa ist. Deswegen müssen wir uns überlegen, europaweite Aktionstage zu organisieren.«

Bei einer Veranstaltung über die EU-Terrorlisten teilten sich VertreterInnen der revolutionären Linken aus der Türkei, der linken Unabhängigkeitsbewegung aus dem Baskenland und antiimperialistischer Organisationen aus Dänemark das Podium. Sie erklärten, wozu diese »schwarzen Listen« der Repression gegen linke Parteien und Bewegungen in aller Welt dienen. So war zur Zeit des Forums eine riesige Repressionswelle im spanischen Staat gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung in Gang, bei der mehrere Parteien verboten wurden. Ulrik Kohl vom dänischen Verein »Fighters and Lovers«, der T-Shirts mit den Logos der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und der kolumbianischen Guerilla FARC vertrieb, wurde am Tag davor wegen »Unterstützung des Terrorismus« verurteilt – beim ESF kündigte er jedoch an, die Solidaritätsarbeit fortzusetzen.

Am Wochenende titelte die schwedische Boulevardpresse: »Krawall och Kaos!«. Sie bezog sich damit auf eine »Reclaim the Streets«-Party, die Freitag Abend durch die Malmöer Innenstadt gezogen war. Die rund 2.000 TeilnehmerInnen tanzten zu Hiphop und Techno – und weil die schwedischen Autonomen anscheinend etwas klassenkämpferischer als ihre hiesigen KollegInnen sind, lief das Ganze hinter dem Fronttransparent »Klasse mit Klasse« ab. Dabei haben einige die Straße mit Graffitis besprüht und auch eine Fensterscheibe der Bank SEB zerschlagen – also kaum die Massenrandale, vor der die Presse tagelang gewarnt hatte! Die anwesende Polizei blieb erstaunlich zurückhaltend. »Wenn sie angreifen würden, dann würde alles viel, viel schlimmer werden« kommentierte ein ESF-Organisator die Polizeitaktik.

Außerhalb des offiziellen ESF-Programms fanden Aktionen des anarchistisch geprägten »Action Network« statt. Am Freitag versammelten sich beispielsweise rund 1.000 Menschen vor dem Büro des Stromkonzerns E.on, um gegen den Klimawandel zu protestieren. Am Tag davor hatten einige hundert vor dem Sitz der Ausländerbehörde in Malmö demonstriert, um ein Zeichen gegen Abschiebungen zu setzen.

Das ESF endete am Sonntag mit der Versammlung der sozialen Bewegungen, die die Abschlusserklärung des Forums beschloss. Eine wichtige Mobilisierung für alle ESFlerInnen werden die Proteste gegen den 60. Jahrestag der NATO im April 2009 sein. Aber auch die Proteste gegen den G8-Gipfel auf Sardinien im Juli 2009 oder gegen die Klimakonferenz in Kopenhagen im November 2009 haben eine große Bedeutung. Ort und Termin des nächsten ESFs stehen auch schon fest: 2010 in Istanbul.●

Originalartikel zum weiterlesen:
http://de.indymedia.org/2008/09/227762.shtml

Link:
www.esf2008.org

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Strafverfahren wegen Genfeldbefreiung: Richter verbietet Fragen im Gerichtsprozess

Ein eigenartiger Prozess: Es geht um die Attacke auf ein Genversuchsfeld im Jahr 2006. Doch zum Versuchsfeld und zur Gentechnik dürfen Fragen nicht gestellt werden. Dafür beschimpft der Richter mehrfach das Publikum. Ein Staatsschützer log als Zeuge. Doch der grausame Höhepunkt folgte erst am dritten Verhandlungstag. Richter Oehm wollte die Beweiserhebung mit aller Macht beenden: Erst wurden Teile des Publikums rausgeworfen, dann einer der Angeklagten zunächst mit Rauswurf bedroht und dann tatsächlich nur deshalb, weil er den Richter kritisierte für seine Kinderfeindlichkeit, aus dem Prozess geworfen. Und am Ende wurden 6 Monate ohne Bewährung verhängt – für beide Angeklagten. Ihre Sozialprognose sei schlecht, befanden Richter und Staatsanwältin. Letztere begründete das unter anderem damit, dass einer der Angeklagten während des Prozesses die Schuhe ausgezogen hätte und dreckige Socken zu sehen waren. Mehr unter
www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm.

Österreichische TierschützerInnen freigelassen

Die seit dem 21. Mai in Untersuchungshaft sitzenden restlichen neun von ursprünglich zehn österreichischen TierrechtlerInnen sind Anfang September überraschend freigelassen worden. Die TierrechtlerInnen waren nach §278a des österreichischen StGB festgenommen worden, der die Bildung krimineller Vereinigungen mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft und zu den sog. Vereinigungsparagraphen §§278a-d gehört, die mit den deutschen §§129 bzw. 129a vergleichbar sind. Der an sich gegen Organisierte Kriminalität gerichtete §278a wird in Österreich auch als »Anti-Mafia-Paragraf« bezeichnet. Mehr unter
http://de.indymedia.org/2008/09/226102.shtml.

Zum Hungerprotest von über 561 Gefangenen

Am 7.8. endete die Aktion der Gefangenen nicht nur in der BRD, sondern auch von Gefangenen aus der Schweiz, Holland, Italien, Spanien und Belgien. Wie der Gefangne Pit Scherzl, Sprecher der *Interessenvertretung Inhaftierter* (IvI) meinte, kann so schon von einem internationalen Streik gesprochen werden. Da auf Grund der Zensur wir noch nicht ausreichende Informationen von den streikenden Gefangenen selbst erhalten haben, begnügnen wir uns mit einem kurzen Zwischenbericht und gehen auf Fragen ein, die nicht nur von den Medien kamen. Diese vorläufige fragmentarische Einschätzung stammt von Menschen aus den Redaktionen des *Maulfalls* und dem des *Gefangenen Infos* sowie dem *Autonomen Knastprojekt* aus Köln. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/08/225608.shtml.

Alltagsrassismus: Verurteilung wegen Besuch der Freundin

Am 18. August 08 fand in Halle vor dem Amtsgericht der Prozess gegen den politischen Flüchtling Kodjo D'Almelda statt. Er war mehrfach von der Polizei an Bahnhöfen kontrolliert worden und hatte keine Verlassenserlaubnis.

Für Flüchtlinge mit Duldung oder im Asylverfahren gilt die Residenzpflicht. Dieses in Europa einmalige Sondergesetz, gilt in Deutschland seit 1936 und besagt, dass ein Flüchtling seinen Landkreis nicht ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde verlassen darf. Die Ausländerbehörde kann den Bereich, in dem sich ein Flüchtling aufhalten darf, auf den Landkreis, den Regierungsbezirk oder das Bundesland einschränken.

Kodjo D'Almelda durfte sich nur im Bundesland Sachsen-Anhalt aufhalten. Wenn er seine Freundin in Schleswig-Holstein besuchen wollte, musste er bei der Ausländerbehörde des Saalkreis eine »Verlassenserlaubnis« beantragen. Die Ausländerbehörde kann diese ausstellen oder verweigern, die Flüchtlinge haben kaum Möglichkeiten sich gegen die Entscheidung zu wehren. Die Ausländerbehörde des Saalkreis erschwert das Beantragen der Verlassenserlaubnis durch eine Gebühr von 10 Euro, die die Flüchtlinge von ihrer gekürzten Sozialhilfe in Höhe von 190 Euro aufbringen müssen. Obendrein gilt die »Verlassenserlaubnis« höchstens eine Woche. Die vom Anwalt geforderte Verfassungklage gegen die Residenzpflicht wurde abgelehnt und Kodjo D'Almelda zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt. Bericht auf
http://de.indymedia.org/2008/08/224991.shtml.

Blick in einen Gerichtssaal, mit Richterhammer im Vordergrund

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Amtsgericht stellt Verfahren gegen mutmaßliche Feldbefreierin ein

In der Prozess-Serie in Folge der freiwilligen Feldbefreiung in Altreetz 2007 wurde am 3. September ein weiteres Verfahren eingestellt. Der Angeklagten wurde vorgeworfen, an der Feldbefreiung teilgenommen zu haben. Als Beweis hierfür galt Polizei und Staatsanwaltschaft bereits, dass sie neben dem Genmaisfeld entlang gegangen war. In der Gerichtsverhandlung stimmten der Staatsanwalt und die Angeklagte einer Einstellung des Verfahrens zu. Die Kosten des Verfahrens inklusive der Auslagen der Angeklagten übernimmt die Staatskasse. Bereits Mitte Juli war ein Verfahren eingestellt worden, da der Angeklagte nur eine einzige Maispflanze herausgerissen hatte, um sie dann der Polizei als Beweismittel gegen den Genbauern zu überreichen. Mehr bei www.gendreck-weg.de.

Prozesstrainings in den nächsten Wochen

Die Rechtshilfegruppe von Gendreck weg bietet in diesem Jahr noch ein Prozesstraining vom 5.-7. Dezember an (www.gendreck-weg.de). Mehrere Prozesstrainings werden noch von AktivistInnen mit der Idee offensiver Prozessführung und kreativer Antirepression angeboten – so Anfang Oktober in Berlin und am 9. November in Erfurt. Näheres unter
www.prozesstipps.de.vu.

Gesinnungsprüfung bei politischen Gutachten?

In einem Brief hat sich der Innenminister des Landes Hessen, Volker Bouffier (CDU, www.im-namen-des-volkers.de.vu), an den hessischen Landtagspräsidenten, seinen Parteifreund Norbert Kartmann, gewandt, in dem er die Ende Juli veröffentlichte Stellungnahme der *Roten Hilfe* zum hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz scharf kritisiert. Dabei geht es gar nicht um inhaltliche Kritik an dem Papier: Allein die Tatsache, dass *Die.Linke*, die um diese Stellungnahme gebeten hat, es wagt, eine in seinen Augen »verfassungsfeindliche« Organisation in die heiligen Hallen des Parlaments zu lassen, sei ein Skandal. Mehr:
www.rote-hilfe.de/news/gesinnungspruefung_bei_politischen_gutachten.●

Jörg Bergstedt

AKTION 2008

Redaktion Heidelberg ● Herbstdepressionen befallen uns noch nicht, aber die Kündigungen von sechs Abos (davon drei aus einem Sammelabo einer Kollektivdruckerei) und einem weiteren, dass wegen Nichtzahlung nach vielen Anschreiben ohne Reaktion eingestellt werden musste, machen uns schon betroffen. Die Freistellung eines Abos von der Abogebühr für ein Jahr verursacht ein weiteres Minus von 45 EUR. Ein neues Abo kommt im Monat September hinzu.

Gefreut hat uns die Umstellung eines Normalabos auf eine Fördermitgliedschaft (70 EUR) und eine weitere Spendeneinnahme über 168 EUR.

Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 151+ Abos, die wir benötigen, um eine stabile finanzielle Basis zu erreichen. Das schon mit Stolz verkündete Guthaben in der letzten Ausgabe für das kommende Jahr ist nun von 269,50 EUR auf 147,50 EUR zusammengeschmolzen.

Nachfolgend die Spendeneingänge, für die wir uns herzlichst bedanken:

- Udo Gesterkamp, Allensbach (50 EUR)
- Armin Meyer, Niederfinow (38 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (50 EUR)
- Buchladen König Kurt, Dresden (30 EUR)

Wir suchen also weiterhin nach Neuabos, die das Zeitungsprojekt stabilisieren, vielleicht gibt es ja im Umfeld unserer jetzigen LeserInnen NeuabonenntInnen, die geworben werden können (siehe unseren Prämien-Coupon auf Seite 3). Auch ein Schnupperabo, das gezielt im Umfeld unserer LeserInnen verschenkt wird, hilft weiter, denn oftmals werden aus diesen Normalabos.

Auch eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres im Coupon auf dieser Seite).

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Adressenänderungen

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt!« zurück. Oftmals werden sie auch weiterhin vom Postboten in den WG-Briefkasten gesteckt. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er bei der Rücksendung auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung! Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Konto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung).●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Guthaben für 2009: 147,50 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 151+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

CD-ROM-PROJEKT: ARCHIV-CD 2008

Ein neues Projekt ist entstanden – eine Archiv-CD, auf der zunächst einmal die CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2007 archiviert sind. Anschauen kann mensch sich das Layout im pdf-Format. Auch der Jahrgang 1984 mit den historischen drei ersten »Wandelsblatt«-Ausgaben ist archiviert, die Texte befinden sich als pdf-Dateien auf der CD-ROM. Mit dem Adobe-Reader lässt sich alles bequem nach Stichworten durchsuchen.

Zusätzlich haben wir den »Reader der Alternativ-Medien« aus unserer Printausgabe der »Bunten Seiten 2003+« komplett überarbeitet, er befindet sich in zwei Datenbanken (Deutschland & Schweiz) – teilweise mit Beschreibungen – ebenfalls auf der CD-ROM.

Ein Update ist geplant für den Herbst 2009 – erweitert um den Jahrgang 2008 sowie zusätzliche ältere Jahrgänge und um die Datenbank mit den Adressen der AlternativMedien aus Österreich. Vorgenommen haben wir uns, weitere Teile der zuletzt als Buch erschienenen »Bunten Seiten 2003+« als komplett überarbeitete Adressen-Datenbank einzuarbeiten.

Die »Archiv-CD 2008« kann ab Ende Oktober 2008 ausgeliefert werden. CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten diese für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten oder kostenlos als Aboprämie (siehe Coupon auf Seite 3). Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Das Update 2009 kostet für AbonenntInnen und Fördermitglieder 20 EUR, für alle anderen 30 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten.

Die Einnahmen aus der ersten Auflage der CD-ROM werden für die aufwendige Arbeit der Archivierung alter Ausgaben der CONTRASTE und für die Adressenrecherche der Bunten Seiten verwendet.●

Bestellungen:
Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg,
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Teds n Grog: Sag es durch die Blume / Berlinska dróha

Der Album- und Songtitel »Sag es durch die Blume« ist vielleicht nicht gerade die beste Beschreibung dessen, was die beiden, lediglich mit Gitarren bewaffneten Brüder Teds und Grog machen – stattdessen sagen die beiden Musiker rund heraus und frei nach Berliner Schnauze, was ihnen alles aufstößt und sie ankotzt. In liebenswürdig-schnoddriger Art und Weise präsentieren sie ihre Sicht der Welt – zwischen Utopie (»niemals erwacht«), anarchistischer Selbststilisierung (»Die Fee«) und der alltäglichen Wut (»Machs Maul auf«).

Es beginnt mit dem blueslastigen Titel »nich weg«, während der Stil der beiden wohl am ehesten unter Folkpunk bzw. Liedermacherpunk einzuordnen ist. Der Song »nich weg« behandelt die Gängelung von Menschen, die nicht in das Bild einer sauberen Stadt passen. Ähnliche Themen finden sich auch bei den anderen Songs – Songs über die Probleme, die Rechnung zu bezahlen (»langsam rieselts«), und über die Probleme mit dem 1-Euro-Job (»mach's maul auf«). Der Track »Der Gammler«, ist eine persönliche Hommage an das Gammlertum, in dessen Refrain es heißt: »Ich bin ein Gammler – von Beruf. Gammeln war schon immer mein schlechter Ruf«.

Angefangen hat das Duo – zwei Brüder – im Oktober 2004. Zum politischen Selbstverständnis der Band gehört, dass sie nicht nur über Politik singen, sondern auch im politischen Kontext auftreten – auf linken Soliparties und auf Antifademos, wo sie auch mit ihren politischen Texten sehr gut hineinpassen. Neben dem Album »Sag es durch die Blume« haben »Teds n Grog« noch das Album »klopf an die Zellentür« (2006) am Start. Beide Alben sind im Eigenverlag erschienen und kosten jeweils 12 Euro (inkl. Porto + Verpackung). Kontakt, Hörproben und Bestellmöglichkeit im Internet: www.teds-n-grog.de bzw. über ihre myspace-Seite: www.myspace.com/ tedsngrog.

Bislang noch ohne Album ist hingegen das ebenfalls aus Berlin stammende Duo »Berlinska dróha«. Es besteht aus Paul »Geigerzähler« (Gesang und Gitarre) und Uta Schwede (Klavier und Gesang), die sich 2007 bei einem Gig kennengelernt haben. Seit dem mischen sie sorbischen Folk, Punk und Jazzelemente miteinander zu einer eigenwilligen und sehr hörbaren Mischung, von der es hoffentlich bald die ersten Aufnahmen auf myspace geben wird. Ihre Seite lautet:
www.myspace.com/berlinskadroha.●

DJ Chaoz

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

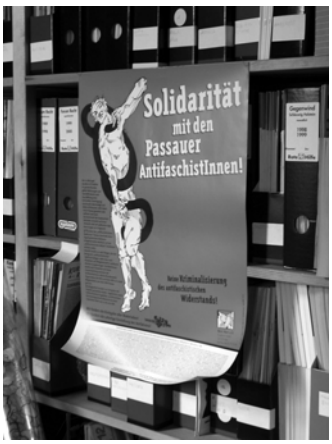
HANS-LITTEN-ARCHIV, GÖTTINGEN: MATERIALIEN ÜBER POLITISCHE VERFOLGUNG

Sammelstelle der Solidaritätsbewegung

In der bunten Landschaft der »freien«, »unabhängigen« und selbstverwalteten Archive hat es in den letzten Jahren einiges an Bewegung gegeben. Oft jedoch leider in negative Richtung: Etliche Einrichtungen konnten ihre Arbeit aufgrund immer stärkeren finanziellen Drucks nicht mehr fortführen.

Günther Siedbürger, Red. Göttingen ● Dem *eco-Archiv* im hessischen Hofgeismar gelang es wenigstens noch, seine Bestände in ein Studienarchiv und eine Bibliothek in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu überführen. Die eigene jahrzehntelang sehr erfolgreiche Arbeit in Nordhessen musste eingestellt werden. Mitten in diese krisenhafte Zeit – die gleichermaßen auch kommunale Archive bedroht – fiel die Gründung eines neuen, selbstverwalteten Archivs in Göttingen.

Nach einer etwa einjährigen Vorbereitungs- und Gründungsphase nahm das *Hans-Litten-Archiv* im Sommer 2006 seine Tätigkeit auf. Der im Februar 2005 gegründete Trägerverein »Hans-Litten-Archiv – Verein zur Errichtung und Förderung eines Archivs



Den Kernbestand des Archivs bilden Unterlagen über Repression gegen Aktive aus sozialen und politischen Bewegungen seit Ende der 1980er Jahre

der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der Sozialen Bewegungen (Rote-Hilfe-Archiv) e.V.« erreichte die Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung. Der Vereinsname verrät, dass die Initiative zur Gründung des Archivs aus dem Umfeld der Roten Hilfe e.V., der bundesweit tätigen, strömungsübergreifenden Solidaritätsorganisation der Linken, kam. Er zeigt aber ebenso, dass der Anspruch des Hauses über den engeren Rahmen eines Archivs der Roten Hilfe e.V. und ihrer historischen Vorläuferorganisationen aus den 1920er und 1970er Jahren (Rote Hilfe Deutschlands [RHD], Rote Hilfe e.V. sowie unabhängige lokale Rote Hilfen) weit hinausgeht, indem es sich der Pflege und Dokumentation der Zeugnisse diverser Solidaritätsorganisationen der sich historisch verändernden Linken widmen will. Dieser Entscheidung lag die Überlegung zugrunde, dass die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und die Sozialen Bewegungen in ihren Kämpfen ständig von Widerständen begleitet und von Repression bedroht waren und sind und dass ihre Geschichte somit immer zugleich auch die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrükkung und Verfolgung ist. Diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation sollte, sowohl um ihrer selbst willen als auch wegen des Nutzens historischer Erkenntnis für aktuelle Kämpfe, nicht in Vergessenheit geraten.

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Militarisierung, gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als

❍ kostenloses Probeheft
❍ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
❍ Halbjahresabo zu € 29,-
❍ Jahresförderabo: ❍ € 75,- ❍ € 104,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort
Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum Unterschrift

Verlag Ossietzky GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 0511 / 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

Strafverteidiger als Namensgeber

Der inhaltlich wie historisch weitreichende Anspruch des Archivs drückt sich dementsprechend in der Wahl des Namensgebers aus. Hans Litten (1903-1938) war ein Rechtsanwalt und Strafverteidiger, der sich insbesondere als Gegner des NS-Regimes und Anwalt des Proletariats einen Namen gemacht hat. In seiner Person bündeln sich Einflüsse von Judentum, Christlichkeit und Mystizismus, Humanismus, Kunstsinn, Wandervogelbewegung und sozialrevolutionären Ideen. Nach Abschluss seines Jurastudiums 1928 lehnte Litten die Angebote renommierter Kanzleien ab, um im Namen der proletarischen Selbsthilfeorganisation Roten Hilfe die Verteidigung politisch verfolgter Arbeiter zu übernehmen. Bekannt wurde Litten als »Mann, der Hitler in die Enge trieb«, weil es ihm 1931 gelang, den Naziführer beim Prozess um einen SA-Überfall auf den Berliner Tanzpalast »Eden« als Zeugen vorzuladen. Im Verhör wies Litten nach, dass der SA-Terror trotz aller Legalitätsschwüre einer planmäßigen Taktik Hitlers zur Destabilisierung des Weimarer Staates entsprang. Dies wurde ihm nicht vergessen: Am Tag nach dem Reichstagsbrand wurde Hans Litten in Schutzhaft genommen. Nach einem fünfjährigen Martyrium in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern trieben SS-Schergen Hans Litten in der Nacht zum 5. Februar 1938 im KZ Dachau in den Freitod.

Über Unterlagen aus der Zeit der Tätigkeit Hans Littens für die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) kann das Archiv bisher nur in geringem Maße verfügen – sie sind immer gesucht. Die faschistische Herrschaft mit der Illegalität der RHD, aber auch die langjährige Diskontinuität bis in die 1970er Jahre hinein haben nur einen minimalen Bestand an historischer Überlieferung erhalten lassen. Durch Recherchearbeit in öffentlichen Archiven, Ankäufe aus Antiquariaten und anderen Quellen sowie vereinzelte Kontakte mit Zeitzeugen ist das Archiv ständig bemüht, diese Lücken zu verringern. Ein Forschungsprojekt zur Geschichte der Verfolgung von Rote-Hilfe-Mitgliedern in den Strafl agern des NS und Aktivitäten der illegalen Roten Hilfe in diesen Lagern, um dessen Finanzierung sich der Vereinsvorstand derzeit bemüht, soll demselben Zweck dienen.

Die Überlieferungssituation aus der Zeit der Neugründung von Roten Hilfen im Umfeld der »68er-Bewegung« ist ungleich besser. Dennoch hat das Archiv auch in diesem Bereich noch jede Menge zu tun. So konnten erst kürzlich wichtige Prozessunterlagen aus einem großen politischen Verfahren gegen einen presserechtlich Verantwortlichen von Roten Hilfe Publikationen aus den 1970er Jahre gesichert werden. An einem derzeit laufenden umfangreichen Dokumentations- und Buchprojekt zur Roten Hilfe und ihren Veröffentlichungen in den 1970er Jahren ist das Hans-Litten-Archiv maßgeblich beteiligt.

Umfangreiche Unterlagen seit den 80er Jahren

Den Kernbestand des Archivs machen jedoch Unterlagen aus der Arbeit der Roten Hilfe e.V. und ihrer Ortsgruppen seit Ende der 1980er Jahre aus. Gleichrangig vertreten sind Dokumente über die Repression gegen Angehörige sozialer und politischer Bewegungen wie z.B. der Anti-Castor- bzw. Anti-AKW-Bewegung, gegen Antimilitaristen und »Totalverweigerer«, Antifaschisten, Antirassisten, Gewaltfreie und »Autonome« und aus dem Kampf um soziale Freiräume und gegen den Einsatz von Gentechnik. Darüber hinaus verfügt das Archiv über einen nennenswerten Bestand an Zeitschriften aus dem genannten Umfeld und über eine Bibliothek. Aktivitäten aus diesem Bereich werden fortlaufend dokumentiert und Unterlagen archiviert. Dasselbe gilt für öffentliche Darstellungen wie beispielsweise die aktuelle Debatte um die Beteiligung der Roten Hilfe e.V. am parlamentarischen Anhörungsverfahren zur Änderung des hessischen Polizeigesetzes.

Die Grenzen der Arbeit des Archivs werden wie so oft in allererster Linie von der Finanzsituation gesetzt. Das Archiv finanziert sich bisher aus Einzelspenden und Beiträgen von Fördermitgliedern. Derzeit kann eine wissenschaftlich ausgebildete Person einige Stunden in der Woche im Archiv arbeiten. Alle weitere Arbeit muss ehrenamtlich erledigt werden. Das reicht nicht immer aus, um beispielsweise die Erschließung der Archivalien und die Arbeitsbedingungen für Interessierte angemessen zu gewährleisten. Für den Aufbau und Erhalt einer langfristig tragfähigen Arbeitsstruktur werden dringend Spenden und Fördermitgliedschaften gesucht. Diese sind steuerabzugsfähig.

Für die beengte Raumsituation zeichnet sich mittelfristig eine Lösung ab. Das gesamte »Rote Zentrum«, in dessen Arbeitsbereich das Hans-Litten-Archiv derzeit residiert, plant in großzügigere Räumlichkeiten umzuziehen. Hierdurch würde auch das Archiv größere Räume erhalten.●

Zwei kürzlich erworbene Originalbroschüren aus der Zeit Hans Littens Fotos: Kai Böhne

INFO

Hans-Litten-Archiv e.V., Geismarlandstraße 6, 37083 Göttingen
Tel. (05 51) 770 80 07, 770 80 09
E-Mail: email@hans-litten-archiv.de
Internet: www.hans-litten-archiv.de
Öffnungszeit: jeden Donnerstag 15-20 Uhr und nach Absprache.

Für die Überlassung (auch leihweise zur Kopie) von einschlägigen Materialien ist das Hans-Litten-Archiv immer dankbar. Dasselbe gilt für eine finanzielle oder auch tatkräftige physische Unterstützung.

PRÄMIEN FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien:

❍ **Michaela Seul**
RelaXX
Treibgutgeschichten
br., 245 Seiten
Geschichten (nicht nur) für den Urlaub
www.unrast-verlag.de

❍ **Edward Viesel**
Freiheit statt Freibier
Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt – mit einer Einführung in Linux
br., 280 Seiten
www.unrast-verlag.de

❍ **CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken (lieferbar ab Ende Oktober 2008).**

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH HAUSPROJEKTE IN BERLIN

Solidarische Finanzierung und Absicherung

Vom 6. bis 8. Juni 2008 trafen sich in Berlin Menschen aus Hausprojekten und Häuserverbünden zum Erfahrungsaustausch. Eingeladen hatte das »NETZ Kompetenzzentrum für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg eG« in Zusammenarbeit mit dem politischen Förderfonds »Netzwerk Selbsthilfe« und der »Stiftung trias«, die Initiativen fördert, die Fragestellungen des Umgangs mit Grund und Boden, Ökologie und Wohnen aufnehmen.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● In Berlin und Umgebung gibt es mehrere Hundert Hausprojekte. Manche sind aus Hausbesetzungen entstanden, andere Immobilien wurden von den BewohnerInnen gekauft, gepachtet oder gemietet. Meist gab es bei der Gründung gemeinsame Ideen, die deutlich weiter reichten als »nur« günstig zu wohnen. Oft gibt es neben den Wohnräumen auch Projekträume oder Betriebe.

Der Grad der Verbindlichkeit im Zusammenleben, Art und Umfang gemeinsamer Entscheidungen und der gemeinsamen ökonomischen Verantwortung ist sehr unterschiedlich. Regelungen für den Einstieg bewegen sich zwischen »jedeR kann mitmachen« und fünfstelligen Eigenkapitalbeträgen. Ob Ausziehende etwas mitnehmen können von dem, was sie eingebracht oder gemeinsam mit erwirtschaftet haben, und wonach sich dies gegebenenfalls bemisst, variiert in den verschiedenen Modellen.

Die Formen der Finanzierung hängen ab von den finanziellen Möglichkeiten der BewohnerInnen und ihres sozialen Umfelds, aber auch von grundsätzlichen politischen oder sozialen Erwägungen. In der Szene hat sich in den letzten Jahrzehnten ein geballtes Finanzierungs-Know How entwickelt, so dass eigentlich kaum ein Projekt am Geld scheitern braucht. Wesentlich für das Gelingen ist – sofern eine geeignete Immobilie zur Verfügung steht – dass die Gruppe in sich stabil ist.

Die Tragfähigkeit der Regelungen, mit denen individuelle Wünsche und Anforderungen der Gruppe aufeinander abgestimmt werden, und die Wirksamkeit von Instrumenten zum Umgang mit Interessengegensätzen erweisen sich spätestens dann, wenn es zu Konflikten kommt. Dann zeigt sich, ob das, was in guten Zeiten ausgehandelt wurde, auch im Streit, und notfalls vor Gericht Bestand hat. Um dauerhaft guten und bezahlbaren Wohnraum in einem sozialen Umfeld bereit stellen zu können, müssen Immobilien nachhaltig vor einer Privatisierung und Verwertung am Markt geschützt werden.

An dem Wochenende in Berlin betrachteten wir an Beispielen aus Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden verschiedene Möglichkeiten, wie teilweise schon seit Jahrzehnten bestehende, teilweise relativ junge selbstverwaltete Hausprojekte diese Fragen gelöst haben und welche Erfahrungen sie damit gemacht haben.

Wir beschränkten uns auf Projekte, die aus der Selbstverwaltungsbewegung entstanden sind und bewusst entsprechende Strukturen aufgebaut haben. Alte Wohnungsbaugenossenschaften oder neu gegründete Genossenschaften, die als Privatisierungsalternative ganze Quartiere mit Hunderten von Wohnungen übernehmen, sowie relativ ungeregelte Nischenprojekte, in denen Menschen brachliegende Gebäude so lange nutzen, bis sie vertrieben werden, waren an diesem Wochenende kein ausdrückliches Thema.

Insgesamt 38 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Projekten tauschten sich ein Wochenende lang intensiv aus über unterschiedliche praktische Ansätze der solidarischen Organisation und Finanzierung von Hausprojekten. In erster Linie ging es um die nachhaltige Sicherung dieser Immobilien für eine gemeinschaftliche Nutzung und gegen eine profitable Verwertung am Markt.

Was bedeutet Solidarität in der Praxis? Lassen sich die Ansprüche des Beginnens so festschreiben, dass sie auf Dauer Bestand haben, auch wenn die BewohnerInnen wechseln oder vielleicht einfach andere Ideen oder Bedürfnisse entwickeln? Und wie erstrebenswert ist es, Festlegungen zu treffen, die die Selbstbestimmung der BewohnerInnen beschränken? Ist das legitim, um gemeinschaftlich geschaffene Strukturen abzusichern? Und für welche Festschreibungen entscheidet sich eine Gruppe? Geht es »nur« darum, eine spätere Privatisierung der Immobilie zu verhindern – und was bedeutet »Privatisierung« konkret, ist damit der Verkauf gemeint, oder auch die Umnutzung von ursprünglich gemeinschaftlichen Räumen für private Zwecke? Oder geht es auch um die Festschreibung inhaltlicher und politischer Zielsetzungen und Aktivitäten?

Solidarität bedeutet auch, über den Tellerrand des eigenen Projekts hinaus zu denken und zu handeln – wie können neue Hausprojekte unterstützt werden? Und welche Aktivitäten können Hausprojekte in ihrem lokalen Umfeld oder darüber hinaus entfalten? Welche nicht finanziellen Formen von Solidarität werden praktiziert?

Etliche TeilnehmerInnen äußerten den Wunsch, diese Fragestellungen gemeinsam mit anderen weiter zu behandeln, die bestehenden Vernetzungen auszubauen und zu praktischer Zusammenarbeit zu kommen. In Berlin-Brandenburg wurde 2007 ein Hausprojekte-Solidaritätsfonds gegründet. Für eine bundesweite Zusammenarbeit gab es verschiedene Ideen, insbesondere wurden Möglichkeiten einer Koppelung von Alterssicherung und Anlage dieser Gelder in Hausprojekten andiskutiert.

Die umfangreichen Fragestellungen konnten teilweise nur angerissen werden. Die VertreterInnen der inputgebenden Häuserverbünde Radical Routes (GB), Solidair (NL), Allerwohnen eG (Verden/Aller), Mietshäuser Syndikat (bundesweit), Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (Berlin-Brandenburg) und Stiftung trias (bundesweit) stellten jeweils kurz dar, wie sie die formale Gestaltung von Solidarität und Eigentum geregelt haben, wie sie ihre Ökonomie solidarisch gestalten und wie Trennung und ggf. Verkauf von Immobilien geregelt sind.

Die Darstellungen dieser Projekte finden sich im Vorbereitungsreader des Seminars. Einige teilnehmende Projekte haben für einen Ergänzungsreader ebenfalls dargelegt, wie sie mit diesen Fragen praktisch umgehen. Im Ergebnisreader finden sich die Protokolle der Arbeitsgruppen, die im Anschluss an die Inputs einzelne Fragestellungen diskutiert haben.

Neben dem Erfahrungsaustausch untereinander sollte das Wochenende auch der Förderung der Entstehung neuer Hausprojekte dienen. Insbesondere sollten Wege aufgezeigt werden, wie auch in Zeiten von Privatisierung und zunehmender Armut Immobilien zum Wohnen und Arbeiten im Interesse der NutzerInnen angeeignet, bewirtschaftet und gesichert werden können.

Daher werden die Ergebnisse des Erfahrungsaustauschs veröffentlicht und damit auch anderen Projekten zur Verfügung gestellt. In einem Anhang zum Ergebnisreader sind Links auf hilfreiche Einrichtungen und Organisationen gesammelt, die Hausprojekte auf unterschiedliche Art unterstützen können.●

Seminarunterlagen und Ergebnisreader unter:
www.netz-eg.de/hausprojekte

REZENSION

Honig aus dem zweiten Stock

In dieser wunderschönen Textbildcollage zeigt die Autorin Fotos und Auszüge aus 16 Interviews mit BewohnerInnen aus vier verschiedenen Berliner Hausprojekten, »[...] zusammengestellt zu einer subjektiven Erzählung über Konzepte des alternativen Zusammenlebens und die Versuche eines solidarischen Bezugs – eine Momentaufnahme aus dem Hier und Jetzt.« Zielsicher lässt sie kein Thema aus.

Wie organisieren überwiegend jüngere Menschen ihre Leben zwischen Studium und Übergang ins Berufsleben, Räumungsbedrohung oder Hauskauf und Selbsthilfesanierung? Wie äußern sich die konkurrierenden Anforderungen im Leben der einzelnen Personen, und wie versuchen Gruppen Strukturen und Transparenz in ihren Alltag zu bringen?

Politische und persönliche Wünsche und Ansprüche werden sichtbar, Fragen gemeinsamer Verantwortung für Kinderbetreuung oder für Menschen in schwierigen Lebenssituationen von Krankheit oder Krise. Im Hausprojekt ist das Private mindestens halböffentlich, Freundschaften, Beziehungen und Konflikte werden von anderen wahrgenommen, selbst beim Sex hören vielleicht andere zu, zwangsläufig. Das Aushandeln von Nähe und Distanz ist ein Dauerthema gemeinschaftlichen Wohnens.

Und alles was in selbstverwalteten Zusammenhängen immer wiederkehrt, ist auch hier sichtbar: Dominanz weißer AkademikerInnen, Entstehung informeller Hierarchien, Unterschiede bei der Übernahme von Verantwortung, autonome Frauenräume....

Das Buch bietet keine Analyse, aber berührende und auch witzige Einblicke, keinen distanziert-überheblichen Zooblick, sondern eine respektvolle Liebeserklärung auf Basis persönlicher Erfahrungen. Heide Kolling ist selbst hausprojekterprobt, unter www.hallo-heide.de ist mehr von ihr zu sehen.●

Elisabeth Voß

Heide Kolling: Honig aus dem zweiten Stock. Assoziation A, Berlin, 2008, 128 Seiten, 18 EUR

FONDS SOZIOKULTUR VERGIBT 420.000 EURO PROJEKTMITTEL

»Germanys next Superstar«

Gerade behinderten Menschen traut man selten Humor und Satire zu. Im Rahmen des Projektes »Germanys next Superstar« werden geistig und körperlich Behinderte den Gegenbeweis antreten und eine satirische Parodie auf die TV-Casting-Shows auf der Bühne präsentieren. Gemeinsam mit einem Regisseur, mit Profi-Schauspielern und Sängern, werden sie ein Theaterstück entwickeln, bei dem die Kandidaten einer Talentshow in der Endrunde – unter aktiver Einbeziehung der Zuschauer – ihr Können unter Beweis stellen.

Hinter dem Titel »Vor der Mauer – hinter der Mauer. Ein Lebenswegeprojekt« verbirgt sich ein multimediales Projekt, das den zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls zum Anlass nimmt, Berliner Jugendlichen zur Auseinandersetzung mit nicht mehr selbst erlebter Geschichte anzuregen. Über ein Jahr lang werden die Jugendlichen Zeitzeugen zum Leben vor und hinter der Mauer befragen und die Mauer als historisches, politisches und vor allem menschliches Ereignis untersuchen. Die Ergebnisse dieser Recherchen werden u.a. in einer Film-und Fotodokumentation festgehalten und im September 2009 in wandernden Vorführungen und Ausstellungen öffentlich präsentiert.

Die vorgestellten Projekte sind zwei von insgesamt 47 Projekten, die das Kuratorium des Fonds Soziokultur aus insgesamt 460 Projektanträgen ausgesucht hat. Die Vergabesitzung für das zweite Halbjahr 2008 fand am 30. Juni und 1. Juli statt. 420.000 Euro Fördermittel konnten vergeben werden. Für die praktische Erprobung und Umsetzung ihrer Projektideen stellt der Fonds den Projektträgern jeweils Förderbeträge bis zu 20.000 Euro zur Verfügung.

Thematisch am stärksten vertreten waren in diesem Halbjahr Projekte, die die Medienarbeit mit Jugendlichen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Aber auch Projekte, die sich mit Fragen der Migration und des interkulturellen Austausches auseinandersetzen, bilden einen Schwerpunkt bei den eingereichten Förderanträgen. An dritter Stelle standen Vorhaben, die beispielhaft Konzepte für die Kooperation zwischen freien Trägern der Kulturarbeit und Schulen und für die generationenübergreifende Kulturarbeit entwickeln und erproben wollen.

Der Fonds Soziokultur ist ein gemeinnütziger Verein, dem acht Bundesverbände aus der soziokulturellen Arbeit angehören. Seit 1988 fördert er Projekte, in denen Menschen zur aktiven Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermutigt werden. Die Projekte sollen Modellcharakter haben und für andere soziokulturelle Initiativen und Einrichtungen qualitative Maßstäbe setzen. Die Fördermittel werden von der Kulturstiftung des Bundes bereitgestellt.

Im September dieses Jahres gibt es eine neue Chance für Aktive in der Soziokultur: Dann schreibt der Fonds die Mittel für Projekte aus, die im ersten Halbjahr 2009 beginnen oder realisiert werden. Stichtag zur Abgabe der Anträge ist der 1. November 2008.●

Nähere Infos unter www.fonds-soziokultur.de.

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Plakative Anschläge

Ein Plakatarchiv, eine Ausstellung und Anregungen zum Selbermachen

»Ach, das kenn ich.« – denkt man oft, wenn man sich durch das Plakatarchiv der Gruppe »Politisches Plakat« wühlt. Unzählige Plakate aus allen politischen Bereichen der vergangenen zwanzig Jahre sind dort versammelt. Die Gruppe archiviert seit September 2006 Plakate aus dem linken politischen Spektrum. Das Projekt verfolgt neben der Archivierung der Plakate auch das Ziel, sie einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bisher erfolgte dies über das Internet. Als Präsentationsformen ist neben einem Weblog auch bewusst die Internetplattform »Flickr« gewählt worden, da diese auch einer großen Öffentlichkeit die Möglichkeit gibt, sich die Plakate in einer ansprechenden Form anzuschauen. Mittlerweile haben sich über tausend verschiedene Plakate angesammelt, die aus unterschiedlichsten Zeiträumen, Gegenden und Zusammenhängen kommen.

Das eintausendste Plakat wurde zum Anlass genommen, dem Projekt einen neuen Rahmen zu geben. Und zwar in Form einer Ausstellung. Damit soll dem Projekt eine neue Öffentlichkeit verschafft werden. Folglich auch jenen, die nicht im Besitz eines Internetzugangs sind oder denen die Existenz des bisherigen Onlineprojekts unbekannt ist, die Entwicklungen des politischen Plakates in den letzten zwanzig Jahren vor Augen zu führen. Um den Rahmen der Ausstellung noch zu erweitern, werden in jeder Stadt, in der die Ausstellung gezeigt wird, zusätzlich Workshops zu Grundlagen der Plakatgestaltung und zum Thema Layout und Antisexismus angeboten.

Mit einer Broschüre, welche den Zusammenhang von Wirkung des Mediums Plakat in Politik und Gesellschaft sowie die praktische Seite über die Gestaltung und Erstellung von Plakaten genauer erläutern, startet das Projekt in seine nächste Runde. Wir dürfen gespannt sein, wie sich das Programm rund um die politischen Plakate weiter entwickelt.

Wenn ihr die Ausstellung in eurer Stadt zeigen wollt, dann mailt an: politisches.plakat@gmx.de.

Termine der Ausstellung für Oktober 2008

3.10.-16.10.2008: Berlin, Alice Salomon Fachhochschule, Alice Salomon Platz 5
20.10.-31.10.2008: Frankfurt/Oder, Kontaktladen, Berliner Straße 24

Plakatarchiv im Internet:
http://politischesplakat.blogsport.de und
www.politisches-plakat.tk●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Spenden an: Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00, Kontonummer: 302 33 00

SELBSTVERWALTETES STUDIERENDEN-WOHNHEIM »BETTENHAUS«

Solidarischer Hauskauf

Die Generation 2.0 kauft lieber ein Haus, statt sich jahrelange Fights mit der Staatsmacht oder ImmobilienbesitzerInnen zu liefern. Das Marburger selbstverwaltete Studierenden-Wohnheim »Bettenhaus« ist so eines.

Von Lena Zamzow und Miriam Wohlfahrt ● »WIR BLEIBEN ALLE!!! Selbstorganisierte Räume erkämpfen und verteidigen.« So lautet der Slogan der neuesten Kampagne von selbstorganisierten, linken Wohn-, Haus- und Kulturprojekten in Berlin. Sie reihen sich damit ein in die neue Welle von Kampagnen und Erhaltungskämpfen von selbstorganisierten, zum Teil noch besetzten oder in unsicheren Besitzverhältnissen befindlichen linken Projekten in Westeuropa. Der anhaltende (Straßen-)Kampf um das Ungsdomhuset in Kopenhagen, die erfolgreiche »here to stay«-Kampagne von linken Studi-WG-Häusern in Göttingen, die »Köpi-bleibt«-Kampagne in Berlin oder das endlose Ringen um das EKH in Wien sind nur einige Belege dafür, dass in den 1970er und 80er Jahren errungene, autonome Freiräume gegenwärtig verstärkt bedroht sind: Sei es durch Verkauf, Umnutzung oder Verwertung von ImmobilienbesitzerInnen, sei es durch konservative-neoliberale Politiken von Stadt/Land/Uni/Studentenwerksverwaltungen. Gemeinsam ist allen Projekten, dass ihre nichtkommerzielle, kollektive, selbstbestimmte und experimentelle Ausrichtung von Leben, Wohnen, Kulturschaffen und Arbeiten in diesen Zeiten wohl besonders unbeliebt ist.

Ein solidarischer Verbund. Doch an den genannten Kampagnen ist ablesbar, dass auch von Seiten der FreiraumverteidigerInnen ein Umdenken beim Erhaltungskampf stattgefunden hat. Sicherlich ist das auch den derzeitigen Kräfteverhältnissen einer an sich schwachen linken Bewegung geschuldet, die dem Kampf auf der Straße nicht gewachsen ist. Viele setzen dabei auf die Wirksamkeit von öffentlichem Druck durch Kampagnen und Vernetzung. Das Internet ist dabei ein hilfreiches Werkzeug. Ein weiteres neues Modell für die langfristige Sicherung ist in der BRD der Hauskauf im Verbund mit einem nichtkapitalistischen UnternehmerInnenverbund namens »Mietshäusersyndikat« (siehe auch CONTRASTE-Schwerpunktthema Nr. 230) geworden.

Ein solidarischer, nichtkapitalistischer UnternehmerInnenverbund? Was soll das denn bitte sein? Wir aus dem Marburger Wohnprojekt »Bettenhaus« haben uns das auch gefragt, als es darum ging, Lösungen für eine langfristige Perspektive für unser Haus zu entwerfen.

Das Bettenhaus in Marburg, zwischen Frankfurt/Main und Kassel, steht exemplarisch für genannte Freiräume mit prekärem Status. 1985 wurde es von hochschulpolitisch engagierten Linken als alternatives, kollektives Wohnprojekt für Studierende in einem ehemaligen Klinikgebäude gegründet. Die Idee und die Grundlage des gemeinsamen Wohnens sollte entfremdetem Wohnen solidarische Kollektivität entgegensetzen und auf paritätischen, diskriminierungsfreien Miteinander von Frauen und Männern, Nichtpassdeutschen und Passdeutschen beruhen. Ein wichtiger Pfeiler des Wohnprojektes sollte die Selbstbestimmung durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung werden. Zu diesem Zweck wurde ein gemeinnütziger Verein für die Trägerschaft gegründet, dessen Mitglieder die HausbewohnerInnen sind und waren. Die Mitglieder- oder Hausversammlung trifft alle wichtigen hausübergreifenden Entscheidungen. Ansonsten agieren die 11 Wohngemeinschaften autonom, wie bei der Gestaltung der Räume oder des WG-Alltags.

minimal consens

Die Organisierung des gemeinsamen Zusammenlebens ist durchaus auch konfliktbehaftet – schon immer. So gibt es seit der Gründung Auseinandersetzungen darum, wer sich wie viel in dieses Projekt einbringen soll und was mit denen passiert, die nichts für das Haus tun. Eine ständig wieder aufkommende Auseinandersetzung gilt auch dem Selbstverständnis, in dem die so genannten »Spielregeln« als »minimal consens« für das gemeinsame Zusammenleben formuliert werden. Neben Eigenverantwortlichkeit gibt es die klare Positionierung gegen rassistische, sexistische, faschistische und homophobe Äußerungen und Handlungen wie auch gegen körperliche Gewalt. Das Ziel ist es, einen offenen, aber auch angstfreien Raum zu schaffen. »International« schreibt sich das Bettenhaus auf die Fahnen, weil der Anspruch formuliert wurde, eine Art Quote für Menschen ohne deutschen Pass einzuführen. Oft ist die Differenz zwischen Anspruch und Umsetzung jedoch sehr groß. Beim quantitativen Geschlechterverhältnis hingegen ließ sich dies wesentlich besser umsetzen. Derzeit sind viele der Aktiven des Wohnprojekts Frauen, die die neuen Entwicklungen rund um die Perspektivensicherung des Hauses gestalten. Ein in linken Strukturen eher ungewöhnliches Phänomen – und ein sichtbarer Erfolg unserer gelebten feminstischen Praxis.

Langfristige Perspektiven

In Marburg wurde 2007 von der Uni Marburg und StadtpolitikerInnen ein renommiertes, internationales und selbstverwaltetes Studierendenwohnheim, das von den Alliierten im Rahmen der Redemokratisierung Deutschlands gegründet wurde, abgewickelt. Im Rahmen der Schließungsverhandlungen und der Bekanntmachung von neuen Campusplänen teilte uns die Marburger Universitäts-Leitung mit, dass auch das Bettenhaus im Rahmen einer neoliberalen Reformierung der Uni als Kostenfaktor auf der Abschussliste steht.

Und nun – was tun? Kyra Röder, eine Mitbewohnerin aus dem Projekt, fasst die Entscheidungsfindung zusammen: »Wir haben uns die Frage gestellt, ob wir die Situation einfach aussitzen und dann wenn nötig besetzen sollen. Beide Optionen wollen wir jedoch erstmal zurückstellen, denn wir sind an einer sicheren, langfristigen Perspektive interessiert. Dass Besetzen meist nicht dazu gehört, hat uns die Geschichte der letzten Jahrzehnte zu häufig schmerzhaft gezeigt.« Motiviert durch das Beispiel eines Marburger Wohnprojekts, das sich im Verbund mit dem Freiburger Mietshäuser Syndikat ein Haus gekauft hat, haben wir uns ebenfalls dem Syndikat angeschlossen. Das Mietshäusersyndikat nutzt kapitalistische Rechtsformen wie die GmbH und Kreditvergaben, vor allem private Darlehen, um solidarische, antikapitalistische Werte zu schaffen.

Das funktioniert so: Gemeinsam mit dem Syndikat gründet unser Hausverein eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Syndikat nutzt sein Stimmrecht als Mitgesellschafter, um einen Verkauf der Immobilie zu verhindern. Es fungiert so als Garant, dass das Haus im Besitz der wechselnden BewohnerInnenschaft verbleibt. Finanziert wird der Kauf, wie auch zu erwartende Sanierungskosten, über die Einnahme von Direktkrediten von Privatpersonen, staatlichen Sanierungsförderungskrediten und normalen Bankkrediten. Die Kredittilgung ist durch die weiterlaufenden Mietzahlungen garantiert, daher auch der Name Mietshäusersyndikat. Mit fortschreitender Kredittilgung fließt ein zunehmend größerer Teil der Mieten in den Solidarfonds des Syndikats, wodurch weitere Wohnprojekte unterstützt werden können.

Dieses Modell ermöglicht also auch finanzschwachen Projekten den Hauskauf und installiert ein solidarisches Netzwerk von Hausprojekten, die sich gegenseitig unterstützen, finanziell, aber auch mit Wissenstransfer. Mit kapitalistischen Instrumenten werden also nicht kommerzielle, solidarische Zwecke erreicht.

Auf die nächsten 100 Jahre Bettenhaus!

Größere Handlungsfähigkeit

Die Arbeit, ein Haus zu übernehmen, bietet zudem die Möglichkeit, jede Menge zu lernen. Das können strategische Auseinandersetzungen um die Verhandlungspunkte für den Hauskauf sein, die Strategieentwicklung, wie eine positive Öffentlichkeit geschaffen werden kann, Buchhaltung oder das Bauen am Haus selbst: Wände einreißen, neue Fenster einsetzen, Isolierung, das Dach neu decken usw. Klassisches Empowerment, das Erlernen größerer Handlungsfähigkeit, wird in Projekten wie unserem zur Realität, die Selbstbestimmung wächst durch die Organisierung und durch das konkrete Lernen von neuen Fähigkeiten, die nicht auf Lohnarbeit bezogen sind. So ist auch garantiert, dass mensch aus der klassischen, paternalistischen Mietstruktur aussteigt.

Der Erfolg spricht für sich. Inzwischen gibt es bundesweit mehr als dreißig gekaufte Projekte und noch mal so viele Projektinitiativen im Syndikat. Das Syndikat selbst ist der Verbund aller Projekte. Die Koordinierung und Verwaltung liegt derzeit noch in Freiburg, die BeraterInnen für neue Projekte kommen jedoch schon dezentral aus den bundesweiten Hausprojekten. Syndikatswichtige Entscheidungen werden basisdemokratisch, gemeinsam auf den Bundes-Mitgliederversammlungen diskutiert und gefällt. Dieses Hauskauf-Modell ist ein weiterer Versuch, selbstorganisierte (Wohn-)Räume langfristig zu erhalten. Hauseigentum wird unter den BewohnerInnen sozialisiert. Ähnlich verhalten sich auch Genossenschaftsmodelle. Neben oftmals erfolgreichen Kampagnen wie der Berliner Köpi-bleibt Kampagne, die im Frühjahr eine Mietvertragsverlängerung erwirkt hat, kann das Syndikats-Modell eine neue und sichere Alternative im Kampf um die Erhaltung, aber auch bei der Schaffung von alternativen Wohn-, Kultur- und Arbeitsprojekten sein. Für das Ausprobieren und Leben unserer Ideen von einer emanzipierten, solidarischen und selbstbestimmten Gesellschaft von Gleichen oder einfach nur für ein besseres Leben im Falschen brauchen wir Räume – kaufen wir sie!●

Aus:
an.schläge – das feministische Magazin, Juni 2008
www.anschlaege.at

LINKS

www.bettenhaus.blogsport.de
– Homepage des Marburger Bettenhaus
www.syndikat.org
– Homepage des Mietshäusersyndikats
www.wba.blogsport.de
– Homepage der Berliner Kampagne »wir bleiben alle«
www.freeparade.org
– Homepage der Freeparade in Wien am 5.7.2008
http://april2008.squat.net
– Homepage der europäischen Vernetzung von Freirauminitiativen

BESUCH BEI LONGO MAÏ IN DEN KARAWANKEN

Nah bei den Sternen

Auf der Tagung »Solidarische Ökonomie« in St. Georgen bei Klagenfurt begegneten Heinz Weinhausen und Ariane Dettloff (CONTRASTE-Redaktion Köln) und Hans Wieser (CONTRASTE-Redaktion Österreich) Robert Kauer, der als Vertreter über die europäischen Kooperativen »Longo Maï« referierte. Da der Hof Stopar nur ein paar Katzensprünge vom Tagungsort entfernt liegt, beschlossen wir, den Berghof zu besuchen.

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Dort leben und arbeiten zur Zeit neben Robert auch Beate, Gabi, Helmut, Heike, Anna, Kolja. Milena, die zehnjährige Tochter von Beate und Robert, besucht mit sechs weiteren Kindern aus der Umgebung die zweisprachige Zwergschule (slowenisch und deutsch), wo sie stressfrei und jahrgangsübergreifend lernen. 60 Schafe und 60 Lämmer, drei Schweine, drei Ziegen und drei Zicklein, Hahn und Hühner, Bienenvölker, acht Katzen und ein Hund sind gleichfalls hier zuhause.

Die Kärntner Longo maï-Kooperative Stopar, nahe bei Eisenkappel gelegen, existiert seit 31 Jahren. Damals stießen die Kommunarden auf den verfallenen Hof hoch über dem Lobnik-Graben, weil sie sich mit der Ex-Partisanin Leni Kuchar (»Jelka«) befreundet hatten, die hier gegen die Nazis gekämpft und agitiert hatte. Ältere CONTRASTE-LeserInnen kennen sie vermutlich durch das Lied »Drei rote Pfiffe« der Wiener Gruppe »Schmetterlinge«. Leider hat unsere Zeit nicht ausgereicht, auch das Partisanen-Museum in der Nachbarschaft zu besuchen.

Hof Stopar, Wohnhaus Foto: CONTRASTE

Als wir RedakteurInnen eintreffen, haben Robert und Beate gerade ihren hoch beladenen Heuwagen eingefahren, und wir helfen alle beim Abladen der Ballen. Das ging flott. Danach kam die Fütterung der Tiere, dann der Menschen. Weil Heike, die Imkerin, Geburtstag hatte, gab's ein Festmahl: gegrillte Forellen und Auberginen, frisch gepflückten Salat mit Kürbiskernöl, selbst gebackenes Brot und dazu den Weißwein aus der französischen Schwesterkommune in Forcalquier. Zum Dessert stellte Beate den kärntnerischen Hefekuchen »Reindling« auf den Tisch. Dabei ließ es sich höchst angenehm diskutieren und erzählen. Wovon lebt die Gemeinschaft? Von den eigenen Produkten: Fleisch, Gemüse, Obst, Eier, Käse, Honig. Und vom Verkauf der Schafe, Schafsfelle, Wolle, Lammfleisch. Gabi betätigt sich noch außerhalb als Heilmasseurin, Helmut als Koordinator im Dachverband der Freien Radios Österreichs. Außerdem gibt es kostenfreien Austausch mit den anderen Longo maï-Kommunen (in der Provence, Mecklenburg Vorpommern, Ukraine und in der Schweiz) und deren Erzeugnissen.

Die Atmosphäre ist sehr freundschaftlich und sehr entspannt. Wir verabreden, uns beim Kongress »Solidarische Ökonomie« im Februar 2009 in Wien wieder zu treffen und dort zu beratschlagen, wie den zerstörerischen kapitalistischen Wachstumszwängen gemeinschaftlich begegnet werden kann. Und versprechen, den CONTRASTE-LeserInnen zu empfehlen, Urlaub in den Karawanken nahe der Grenze zu Slowenien zu erproben, im tausend Meter hoch gelegenen Feriendomizil der Kooperative ganz nah bei den Sternen.●

Kontaktadresse:
Longo maï, Hof Stopar, Lobnik 16,
A-9135 Bad Eisenkappel/Železna Kapla
mail: stopar@aon.at

ERASMUS SCHÖFERS ROMAN ÜBER DIE UMWÄLZUNGSVERSUCHE DER ACHTZIGER JAHRE

Vom Eisen befreit

Ein kunstvolles, auch nützliches und nicht zuletzt genussreiches Stück Literatur hat Erasmus Schöfer uns erschaffen. Auch eine Art Zukunftswerkstatt im Sinn von Robert Jungk, der neben anderen realen Zeitgenossen seinen Auftritt hat in diesem vielgestaltigen Opus. Von Liebe und Widerstand handelt auch der vierte Band von Schöfers Romantetralogie, die das Zeitgeschehen von 1968 bis 1989 sichtet.

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Mit dem »Frühling irrer Hoffnung« achtundsechzig begann, mit einer »Winterdämmerung« der achtziger Jahre endet nun sein Alterswerk. Kein Verdämmern, eher ein Heraufscheinen ist gemeint. Schon in den ersten Zeilen klingt symbolisch das Thema Befreiung an: »Vom Eisen befreit sind Straßen und Plätze« mit zwinkernder Anspielung auf den Osterspaziergang in Goethes Faust – das Eisen meint die Autoplage, darüber hinaus aber auch die industrielle Umweltzerstörung und gesellschaftliche Fesseln insgesamt. Und auch die Befreiung der Menschen aus eisern zwanghaftem Verhalten und Verhältnissen wird damit angedeutet: das Märchen vom Froschkönig und dem Eisernen Heinrich, dessen Brustpanzer zerspringt, als der Freund erlöst wird, taucht an entscheidenden Stellen der Handlung wieder auf.

Die Frauengestalten Lena, Malina, Salli, Madeleine und Ann verkörpern auf je unterschiedliche Weise den Stand der Emanzipation im Westen vor der Wende. Die Gemeinsamkeit der Figuren besteht in ihrem Kämpfen – beim »Schreibpartisan« Schöfer durchweg positiv konnotiert. So ist auch das Symbol Sisyphos keinesfalls resignativ zu verstehen, eher Aufforderung zu stetigem Mühen. Die Nachkommen des Sisyphos wissen, »dass man auch Wagnisse eingehen muss ohne feste Erfolgsaussichten.« Dass solches Mühen sogar lustvoll ausfallen kann, entdeckt die Parallele zu den Anstrengungen des Liebenden Armin Kolenda. Auch der »hochgemute Pessimist« und »Überblicker« Robert Jungk, dem Schöfer in der »Winterdämmerung« seine Hommage zukommen lässt, wird mit einem Lob der Sisyphos-Arbeit zitiert: »Wenn man weiß, dass man auch wieder aufstehen kann, hat man vor dem nächsten Absturz keine Angst mehr.«

Wir erleben die Schicksale der Romanfiguren in ihrer Verflechtung mit Widerstandsaktionen und politischen Auseinandersetzungen der achtziger Jahre.

Der Journalist Armin Kolenda erlebt die Kämpfe um die Startbahn West am Flughafen Frankfurt und trifft dort überraschend seine verlorene Liebe Salli aus Wyhl wieder. Viktor Bliss, Lehrer mit Berufsverbot und Brandopfer einer missglückten Rettungsaktion in Griechenland, zieht sich schwer verletzt und entstellt als »Gefangener in Freiheit« vor allem und allen zurück, bis Freunde und Freundinnen und insbesondere seine aus den USA angereiste Enkelin Ann ihn aus seinen Panzerungen lösen. Lena Bliss, Viktors verlassene Ehefrau und als solche »solidarisch zur Landpommeranze geschrumpft«, verwirklicht sich als Schauspielerin und in einer neuen beglückenden Beziehung. Der geschasste Betriebsrat Anklam wechselt ins Unternehmerlager und dann doch wieder zurück zu den gegen die Werksschließung in Duisburg-Rheinhausen kämpfenden KollegInnen.

Die Romanhandlung bewegt sich außerdem in der Friedensbewegung, der RAF und der Nicaragua-Solidarität, in der von Arbeitern besetzten Villa Hügel anlässlich der Schließung der Krupp-Stahlhütte und auch in der Kommune Niederkaufungen, wo sogar die Zeitung CONTRASTE empfohlen wird.

Sämtliche ProtagonistInnen erleben wir auch in detailreich geschilderten erotischen Szenen, in der »Gegenwelt ihrer brennenden Körper«. Und alle mühen sich um die verschiedenen Felsbrocken, die sie umwälzend bergauf rollen, um Freiheit, Freundlichkeit, Gerechtigkeit. Mehr oder weniger erfolgreich. Das schrecklichste Scheitern ist jenes des zum Sexualmörder mutierten Gewerkschafters Sonnefeld. Dessen Weg in die unfassbare Untat und mögliche Gründe werden breit erörtert – wohl auch deshalb, weil der Autor Ähnliches aus nächster Nähe miterlebt hat. Schöfer versteht sich als realistischer Schriftsteller und schildert darum auch Krasses wie Banales, Anrührendes wie Abstoßendes, Tragisches und Komisches.

Dafür verwendet er eine breite Palette dichterischer Formen – klassische Hexameter gelingen ihm ebenso wie flapsige Wortschöpfungen oder -schreibweisen: da gibt es die »deutschen Meistervergesser« und den »Gottseibeiuns Profit«, das »Bergbauchquellwasser« und die »Bebies« und die »Kautsch«.

Und immer wieder lyrische Karfunkel: »Das Tukkern eines Fischkutters pochte von fern an die Stille« zum Beispiel, oder »die tintige Ägäis reglos wie vor Erfindung der Luftbewegung«; »braune Blätter segeln selbstfliegend in ihre Herkunft«.

Eine lustvolle Sisyphos-Tat hat der Autor vorgelegt, formal wie inhaltlich brillant. Schöfers Roman-Tetralogie schildert den Untergang des Industriezeitalters, insofern ist die »Winterdämmerung« auch im Sinn von Verfinsterung zu begreifen. Das gesamte Werk leistet nicht nur Zeit-, sondern »Epochenkritik« – von der Studentin Ann mit ihrer »existenziellen Übelkeit« beim Anblick des Stahlkochens verkörpert. Als »rezeptfreies Stärkungsmittel« kann nach Ansicht des lesenden Malochers Manfred Anklam die »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss genutzt werden – aber auch, so meint die Rezensentin, das Werk von Schöfer. Ein paar Wermutstropfen sind für deren Geschmack enthalten: die allzu breit ausgefaltete Sexualmord-Problematik zählt dazu und ein übergewichtiges Schwelgen in Erotik.

Realismus will der Autor bieten. Dazu gehört die Arbeitswelt, die den meisten SchriftstellerInnen fremd ist und darum kein Thema. Dass und wie sie hier vorkommt, ist beeindruckend. Immerhin hat Schöfer ja den »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« gegründet und ist von daher für deren Schilderung prädestiniert. Glänzend auch Zeitdiagnosen in nuce wie gleich auf Seite eins der prägnante Satz: »Einsame Fussgänger schlendern, haben ihre Ziele verloren oder vergessen.« Damit ist die Stimmung der Postmoderne plastisch umrissen. Dieser Einleitung korrespondiert am Ende des Romans eine buffoneske Silvesterszene, in der Romanheld Anklam den »roten Fetzen« über der Kranhütte des sterbenden Hochofens flattern lässt, während in Berlin zur Feier der großdeutschen Vereinigung »dem nationalen Affen schwer Zucker gefüttert« wird. Ein kleines Satyrspiel zum Abschluss der Tetralogie, die insgesamt voller Verweise auf die Antike steckt. Das Gelächter der Silvestergäste über das wiedergefundene Symbol des Kampfes bildet den heiteren Ausklang der »Winterdämmerung«. Die rote Fahne als Phönix aus der Asche, dessen Wiederaufstieg leider nicht terminiert sei, wie Viktor Bliss bedauernd anmerkt. Seine Enkelin stört das nicht. »Ganz einfach«, konstatiert sie: »Wenn nichts festgelegt worden ist von den Göttern, dann sind wir so frei und bestimmen den Zeitpunkt selbst!«●

Protest an der Startbahn-West – Betonzaun und Staatsmacht auf der Baustelle Foto: Rainer Momann

Erasmus Schöfer: Winterdämmerung. Band 4 der Roman-Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Berlin (Dittrich Verlag) 2008, 632 Seiten, 24,80 EUR

LESEPROBE

Ökobäuerin Salli erzählt Armin von ihrem Plan für eine Landkommune.

» ...inzwischen hab ich feste Kunden und könnte manchmal mehr verkaufen als unsre Felder hergeben. Sie werfen uns Steine in den Weg, die Offiziellen vom Bauernverband, ich will dich nicht langweilen mit den Details, will dir nur erklären, weshalb ich meine, dass wir unser eigenes Ding anfangen müssen, statt uns nur gegen die Zerstörungen zu wehren, die unser Wirtschaftssystem anrichtet.

Glaubst du, dass du mit wurmigen Radieschen und Äpfeln den Kapitalismus erschüttern kannst?

Die Sorte Fragen von euch Linken kennich Armin. Ihr wollt nicht begreifen, dass wir heute schon Beispiele schaffen müssen wie wir leben möchten, in dem Sozialimus oder Kommunismus der irgendwo im Nebel der Zukunft liegt oder nicht. Du hast mir mal begeistert erzählt von Arbeitern einer Glashütte, die ihren Betrieb vor der Pleite gerettet haben, ihren Chef rausgeschmissen und selbst die Hütte weitergeführt. Das hat dir damals imponiert, stimmts? In der Schweiz hab ich einen Vortrag gehört über eine Landkommune in der Provence, das wolltich wissen, bin voriges Jahr hingefahrn, Longo Maï heißt die, so vierzig fünfzig Leute, Franzosen, Schweizer, Österreicher, und Deutsche, leben dort seit ix Jahren auf einem alten Bauergut zusammen und die sind keine Aussteiger – Einsteiger sind die, in ein andres, ja, solidarisches Leben.

Haben die eine Ölquelle gefunden? fragte Armin, aber als da Salli ärgerlich die Brauen zusammenzog, gleich noch: Ich meine, wie finanziern die dieses Leben?

Na sie arbeiten Mensch, ist doch klar! Aber selbstbestimmt! Kriegen auch ein paar Spenden von Unterstützern, zugegeben. Sie sind noch in der Aufbaufase. Du solltest dir das mal anschaun, eine Reportage schreiben in der DeZet, es ist wirklich faszinierend. (...)

Mich fasziniert das ungezwungne Zusammenleben verschiedner Menschen, ohne Besitz, wie sie gemeinsam, aus freiem Willen, ihren Lebensunterhalt erarbeiten, unsre Konsumzwänge vergessen, sie haben eine Gemeinschaftsküche, sogar für die Kinder fühlen sich alle verantwortlich, und wer mal was extra braucht, nimmt sich das Geld dafür aus der Gemeinschaftskasse.

Wie – sie bekommen keinen Lohn für ihre Arbeit?

Nein! Das ist es ja! Jedem nach seinen Bedürfnissen! Und so etwas möchte ich versuchen aufzubaun, aber bei uns in Wyhl.«●

ERASMUS SCHÖFER

1931 bei Berlin geboren und dort aufgewachsen, hat später in Köln, Freiburg, München, Neuss, in Paris und auf den Inseln Patmos und Ithaka als freier Schriftsteller gelebt. Er arbeitete mehrere Jahre in Berliner und Kölner Fabriken, promovierte in Bonn in Sprachwissenschaft und Philosophie, war einer der Gründer und Vorsitzender des »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«, Mitinitiator und Autor des »Industrietheater Der Wahre Anton« und Mitarbeiter im Bundesvorstand des Deutschen Schriftstellerverbandes (VS). Er ist seit 1980 Mitglied des Deutschen P.E.N.-Zentrums. Seine zahlreichen literarischen und publizistischen Arbeiten sind in Theatern, Rundfunkanstalten, Verlagen, Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht worden. Erasmus Schöfer lebt seit dreißig Jahren vorwiegend in Köln.

Die Romantetralogie »Die Kinder des Sisyfos«, deren Einzelbände auch je für sich gelesen werden können, im Überblick:

Band 1:
Erasmus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung
Jahr 1968: Viktor Bliss, Münchner Universitätsdozent und Lena Bliss, Gewandmeisterin an den Kammerspielen, werden aus ihrer bürgerlichen Genügsamkeit gerissen. 1968: das bedeutet, Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, Unruhen nach dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke und die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze. Frauenemanzipation, sexuelle Befreiung und Sturz der Autoritäten, all das hinterlässt auch in der persönlichen Beziehung von Lena und Viktor Bliss seine Spuren. Die Besetzung der Druckerei des Springer-Konzerns und der Streik an den Kammerspielen, an dem Therese Giehse, Peter Stein, Bruno Ganz und Edith Clever beteiligt sind, führen für sie zu einem weiteren dramatischen Höhepunkt. Schöfer schreibt nicht aus der Perspektive und Distanz von heute, sondern aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Eramus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung, Berlin (Dittrich) 2001, 496 Seiten, 20 EUR

Band 2:
Erasmus Schöfer: Zwielicht
In »Zwielicht« entwirft Schöfer ein breites Panorama der siebziger Jahre, in deren Verlauf viele Reformanstöße der Achtundsechziger weiterentwickelt werden. Die lange verdunkelte Arbeitswelt und die Natur werden in Bürgerinitiativen, in der Arbeiterbewegung und in der Literatur neu entdeckt. Gleichzeitig rüstet der demokratische Staat, in Abwehr der militanten Herausforderung durch die Gewalttäter der RAF, seine Gesetze und polizeilichen Machtmittel auf und setzt sie mit wachsendem Nachdruck auch gegen die außerparlamentarische Bewegung ein. Schöfer schildert Menschen, die in dieser zwiespältigen Entwicklung der Gesellschaft als handelnde Demokraten ihren Weg suchen. Der Geschichtslehrer Viktor Bliss und der Betriebsrat Manfred Anklam, die Akteure des achtundsechziger Romans, werden in neuen Lebenskonstellationen verfolgt, während als dritte Hauptperson Armin Kolenda, ein angehender Journalist, beim Kampf gegen das Atomkraftwerk Wyhl seine große Liebe und unter den schreibenden Arbeitern des Werkkreises Freunde und Gegner findet.

Erasmus Schöfer: Zwielicht, Berlin (Dittrich) 2004, 600 Seiten, 24,80 EUR

Band 3:
Sonnenflucht
In »Sonnenflucht« treffen wir erneut Schöfers Hauptfiguren Viktor Bliss, den unfreiwillig arbeitslosen Geschichtslehrer und dessen Freund, den Metallarbeiter Manfred Anklam. Der Betriebsrat Anklam hat sich auf den Weg in den Süden gemacht, um seinen heimatflüchtigen Freund Bliss von dessen Ägäisinsel zurück in die deutsche Realität zu holen. Auf der Rückreise, im Athen des Sommers 1980, treffen sie die Studentin Katina und erleben die Wirklichkeit des modernen Griechenland. Mit einem Telefonanruf holt den Betriebsrat Manfred Anklam das unwirtliche Vaterland ein und zurück. Bliss bleibt in Athen. Der Tod von Katinas Freundin Sotiria bei einer Demonstration in der griechischen Hauptstadt und das große Waldbrennen um die Stadt treiben ihn aus seiner existenziellen Verzweiflung.

Erasmus Schöfer: Sonnenflucht. Berlin (Dittrich) 2005, 380 Seiten, 19,80 EUR

Band 4:
Winterdämmerung
Die Geschichte der Achtundsechziger, der Kinder des Sisyfos, setzt sich fort in den achtziger Jahren: Der Betriebsrat Manfred Anklam wechselt auf die Seite der Unternehmensleitung und besetzt dann trotzdem mit seinen Kollegen die Villa Hügel der Krupp-Familie. Der berufslose Viktor Bliss kämpft gegen seine Feuerverletzungen und gegen seine Partei, der Journalist Armin Kolenda erlebt das schreckliche Verbrechen eines Freundes. Seine Liebe zu dessen Freundin Lisa rettet die beiden völlig verstörten Menschen. Lena Bliss und Malina Stotz machen ernst mit ihrer Befreiung, verlassen ihre Männer und spielen ihr eigenes Leben. In seinem witzig-rührenden Schlusskapitel führt Schöfer seine Hauptpersonen in der Silvesternacht 1989 zu einer privaten Party zusammen, während am Brandenburger Tor die große gesamtdeutsche Party gefeiert wird.

Erasmus Schöfer: Winterdämmerung, Berlin (Dittrich) 2008, 632, Seiten 24,80 EUR

5. Medienakademie vom 6.-9.3.2008

5. Linke Medienakademie

»Inhalte brauchen Qualität – Qualität braucht Inhalte«

Grußwort von Ulrike Maercks-Franzen, Bundesgeschäftsführerin dju – Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung und die Ehre, hier ein paar Begrüßungsworte auf diesem Kongress halten zu können.

Wenn sich das Engagement für politische und soziale Themen mit dem Bemühen um journalistische Qualität trifft, dann haben Sie die Gewerkschaft der Profis der Journalistinnen und Journalisten in ver.di an Ihrer Seite. Wir begegnen uns unter dem Motto »Inhalte brauchen Qualität, aber auch umgekehrt: Qualität braucht Inhalte«.

Ich begrüße es, dass einer ihrer Schwerpunkte in den Workshops und Foren die Onlinemedien sind. Trotz mancher wirklich gegenteiliger Eindrücke im Netz wird sich auch hier Qualität auf Dauer durchsetzen. Gerade im linken Spektrum gibt es dafür bereits hervorragende Beispiele. Aber auch die Printmedien behalten ihre Bedeutung. Sie sind trotz zunehmender Konkurrenz elektronischer Angebote einiger Zeitungen und Zeitschriften nach wie vor politische Leitmedien. Wer sich profund und verlässlich über die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Debatten informieren und an der öffentlichen Kommunikation teilhaben möchte, ist und bleibt auf die Lektüre von Printmedien angewiesen.

Vieles wird aber auch in diesen Leitmedien nicht gesagt – oder anders gesagt und geschrieben, als sich das viele von uns vorstellen und wünschen. Da kommen wir zu einem wichtigen Stichwort: Qualität. Wer wichtige Inhalte liefert und beachtet werden will, muss bestimmte Qualitätskriterien beachten. Das gilt für den professionellen Journalismus ebenso wie für den engagierten ehrenamtlichen politischen Journalismus, egal ob es sich hierbei um Print-, Funk- oder Onlinemedien handelt.

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) hilft den Journalistinnen und Journalisten aller Medien dabei, sowohl an den Inhalten wie auch an den Rahmenbedingungen qualitativ zu arbeiten.

Als Berufsorganisation haben wir unsere Ansprüche grundsätzlich dem professionellen Journalismus verpflichtet. Ausgangspunkt dafür ist ein Grundsatz, den wir in unserer »Charta für Qualität im Journalismus« formuliert haben.

Dieses Prinzip lautet: »Journalismus und Medien nehmen eine öffentliche Aufgabe wahr, für die Artikel 5 Grundgesetz einen besonderen Schutz gewährleistet«. Dafür brauchen beide – Journalisten und Medien – gesellschaftlich akzeptierte Leitbilder. Medienunternehmer sowie Journalistinnen und Journalisten sind aufgefordert, gemeinsam solche Leitbilder, Qualitätsstandards, journalistische und ethische Grundsätze zu definieren.

Um Qualitätsansprüchen Genüge zu tun, sollten folgende Stichworte beachtet werden: Der gesellschaftliche Auftrag der Medien und die daraus abgeleitete und abzuleitende Pressefreiheit. Wir unterscheiden dabei die innere und äußere Pressefreiheit. Dazu gehören die Freiheit beim Zugang zu Informationen – beim Recherchieren von Informationen, der Schutz der Quellen und Informanten – sowie die Freiheit beim Verbreiten von Informationen.

Plakat der 5. Medienakademie 2008 am Eingang zum Tagungsort Foto: Roland Hägele/rore

In Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe leisten die Medien einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Auseinandersetzung, zur Entfaltung von Kultur und der Bildung freier Meinung. Um diese hohen Güter stets zu gewährleisten, ist eine permanente Qualitätsdebatte zu führen. Denn Qualität im Journalismus steht und fällt mit solidem handwerklichen Wissen. Dazu ist eine verbindlich geregelte und stetige Aus- und Weiterbildung notwendig, sowohl innerhalb von Medienunternehmen als auch außerhalb, wie zum Beispiel in Journalistenschulen und Universitäten. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass sich das wandelnde journalistische Berufsbild auch in diesen Ausbildungswegen niederschlägt. In Zukunft muss die betriebliche und universitäre Ausbildung den kommenden Anforderungen für Journalisten Rechnung tragen. Auch technische Kompetenz wird zukünftig integraler Bestandteil unseres Berufes sein.

Es gibt aber noch ein paar andere Qualitätskriterien, die ich hier nur kurz nennen will:

- Qualität im Journalismus braucht gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit. Auch diese Standards tragen zur Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten bei.
- Der Kampf um den Markt und die Marktanteile darf weder die Grenzen von Information und Werbung verwischen noch durch Sponsoring oder Public Relations die journalistische Arbeit beeinträchtigen.
- Journalismus braucht Anregung und Kritik von innen und außen.
- Journalismus braucht eine permanente Qualitätsprüfung und Qualitätssicherung, was zudem heißt, vor allem auch Zeit zum Recherchieren zu haben.

Wo dieser Anspruch an Qualität und Professionalität aufrecht erhalten wird, ist er durch den Wandel des Konsumenten zum Beteiligten, hin zum Produzenten gefordert. Das neue Mediennutzer- und Selbstproduktionsverhalten findet längst statt. Durch neue Programme und technische Systeme wird vieles erleichtert. In letzter Zeit ist der Begriff des »Bürgerjournalismus« und des »User generated content« aufgekommen.

Er wird aber auch oft missbraucht. Gerade von solchen, die sich die Arbeit von Menschen zu eigen machen, ohne dafür zahlen zu wollen oder die das Gefühl vermitteln, alles, was »User« ist und was irgendjemand mit einer Kamera oder mit einem Stift anstellt, sei Journalismus. Sicher kann man nicht alle Formen des so genannten »Bürgerjournalismus« – vor allem im Internet – über einen Kamm scheren. Gerade in Ländern mit gefährdeter Pressefreiheit, oder mit beherrschenden Meinungsmonopolen müssen andere Kommunikationsmöglichkeiten eine wichtige demokratieschöpfende Rolle spielen. Journalistisch begründete Pressefreiheit allerdings beruht auf anderen Grundlagen: Auf der Verpflichtung zur Recherche und Prüfung der Quellen, zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung und zur Wahrnehmung einer verantwortlichen Rolle im Interesse der Öffentlichkeit. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wer kontrolliert, wer garantiert Wahrheitsgehalt und Authentizität von Wort und Bild? Bei der Bewertung journalistischer Tätigkeit steht für die deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union dju die Frage der journalistischen Arbeitsweise, der Ethik und der Verantwortung und Glaubwürdigkeit im Vordergrund.●

RUSSISCHE MEDIEN ZWISCHEN TRADITION, RÜCKSCHRITT UND LETZTEN BASTIONEN DER KRITIK

Journalisten in der »gelenkten« Demokratie

Die Pressefreiheit in Russland hat in der westlichen Welt ein schlechtes Image. Immer noch rangiert das Land auf Platz drei unter den weltweit gefährlichsten Orten für die schreibende Zunft. Pauschalurteile jedoch helfen nicht weiter, wenn man die komplexe Medienstruktur des größten Landes der Erde verstehen will, meint der Journalistik- und Kulturwissenschaftsstudent Peter Althaus. Er hat sich auf der letzten Medienakademie in einem Referat näher mit dem Phänomen »Pressefreiheit in Russland« beschäftigt – im Folgenden eine Zusammenfassung der Thesen von Peter Althaus.

Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder hat den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin einmal als »lupenreinen Demokraten« bezeichnet. Dies auf seinen Wahrheitsgehalt zu untersuchen, ist legitim, denn nicht nur in der Sowjetunion war die Presse beschränkt. Bevor man allerdings pauschale Urteile fällt, ist anzumerken, dass die Maßstäbe und Rahmenbedingungen des östlichen Nachbarn andere sind als in der westlichen Hemisphäre. Offiziell gibt es keine Zensur mehr in Russland. Das Problem der Pressevertreter ist hingegen das Wissen um die Konsequenzen, die aus den eigenen Handlungen resultieren können. Dies bezieht sich auf die kritische Berichterstattung in empfindlichen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und besonders des politischen Lebens im Riesenreich.

Meinungsbeiträge statt aufwändiger Recherchen

Der russische Journalismus jedoch hat eine ganz andere Tradition als der »westliche« und trägt immer noch die Signatur der Sowjetpresse. Medien waren in der Sowjetunion nur Mittel zum Zweck einer aktiven Agitation und Propaganda. Vor 1989/90 wusste jeder Journalist, was er zu schreiben hatte und welche Konsequenzen ihm drohen würden. So entwickelten nicht Wenige eine Schreibweise, die die Leser zwischen den Zeilen lesen ließ. Gleiches gilt auch für die anderen Medien. In der Journalismusausbildung in der Sowjetunion setzte man damals, wie heute, mehr auf Philologie, Sprachwissenschaften und Literatur. Dies führte und führt dazu, dass viele Journalisten zwar alles über Puschkin und Gorki, jedoch nichts über Recherche und Faktenkontrolle wussten. Warum sollten sie auch? Kritische Fragen waren ja bis zum Beginn der Perestroika unerwünscht und auch danach noch recht selten. Heute hat sich dieses Bild etwas gewandelt, oder sich zumindest einer neuen Verkleidung bedient. Kritisches Fragen ist heute nicht nur unerwünscht, sondern unpatriotisch. So berichten viele Journalisten, dass ihnen unpatriotisches Verhalten nach der Veröffentlichung von Enthüllungsgeschichten vorgeworfen wurde. Zudem werden hartnäckige Recherchen von vielen Journalisten als mühsam angesehen. Doch gibt es auch die Entwicklung hin zu einer Inszenierung des Politikers in Russland. Denkt man dabei doch allzu gern an die Bilder von – damals noch Präsident – Vladimir Putin beim Angeln oder als Bezwinger eines sibirischen Tigers. Dies spiegelt sich auch anderweitig in Berichten wieder, die in Deutschland schlichtweg als PR gelten.

Workshop Foto: Ruth Steinhof/rore

Rechtliche Pressefreiheit mit Hindernissen

Wie grundlegend in der russischen Verfassung geregelt, hat die Presse eigentlich alle Freiheiten, wie auch jede andere westliche Presse. Ein entscheidender Unterschied an der russischen Mediengesetzgebung von 1991 ist allerdings, dass die Bürger kein Informationsrecht besitzen wie zum Beispiel in Deutschland oder den USA. Hier können sich Journalisten als Bürger an die Behörden wenden und Informationen einfordern. Zudem existiert dort ein Passus, welcher bestimmt, dass die journalistische Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen strafbar ist. Hierbei ist nicht genau definiert, was ein Staatsgeheimnis ist. Das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus, das 2005 verabschiedet wurde, erweiterte den Spielraum für persönliche Anfeindungen und juristische Beschuldigungen und kann aus jedem Journalisten einen Staatsfeind oder Terroristen machen.

Nowaja Gazeta als letzte unabhängige Bastion

Die russische Journalistenvereinigung – eine der bis-

Fortsetzung auf Seite 8

POLITISCHE UND HISTORISCHE ASPEKTE

5. Linke Medienakademie

Das Projekt einer linken Ästhetik

Der Grafikdesigner Hartmut Lindemann ging auf der Medienakademie der Frage nach, ob es eine eigene linke Ästhetik gibt. In seine Betrachtung bezog Lindemann ebenso politische wie historische Aspekte ein, um letztlich auf die Notwendigkeit einer linken, ästhetischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit hinzuweisen. Der Beitrag stellt im Wesentlichen die Thesen seines Referates zusammen.

Alltagssprachlich bezeichnet der Ausdruck Ästhetik das Gefühl für »schön«, »geschmackvoll« oder auch »ansprechend«. Ästhetik, also sinnliche Erkenntnis, wurde in der Philosophie lange Zeit als Gegensatz zu rationaler Erkenntnis gesehen. Die Geschichte der Auseinandersetzung mit der Ästhetik ist lang: Das 20. Jahrhundert erweitert den Begriff der Ästhetik beispielsweise um die Kritik der Warenästhetik, es gibt eine Ästhetik des Hässlichen und letztendlich leben wir heute mit dem Phänomen Massenästhetik, aber auch wie seit jeher mit der Ästhetik des Schreckens und der des Alterns. Wie aber begründet sich linke Ästhetik? Konstituierende Elemente linker Ästhetik werden immer in ihrer räumlichen und zeitlichen Bestimmung des Ästhetischen vorgegeben. So gesehen wären z.B. die Politik und das Zeitalter der Industrialisierung Stichworte dieser konstituierenden Herleitung.

Was ist rechte Ästhetik?

Die Frage nach einer linken Ästhetik impliziert selbstverständlich auch die Frage nach einer rechten Ästhetik. Gibt es diese? Diese Frage ist leichter mit »Ja« zu beantworten, als linke Ästhetik mit Beweisen und Methoden spezifisch klarer Signifikanzen zu belegen. Wir leben in einer alltäglichen Atmosphäre, die nicht unbedingt links ist. Wir sind gegründet auf rechte Prinzipien des Zusammenlebens. Bei der Frage nach linker oder rechter Ästhetik kann es nicht um eine hypostasierte Wesenheit des Ästhetischen an sich gehen, sondern um die Funktionen des Ästhetischen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Gegenstand des Interesses sind demnach Erscheinungen der allgemeinen gesellschaftlichen Kultur, die unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen existieren. Damit sind Erscheinungen gemeint, die aus der ökonomischen Sphäre stammen und für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Kultur konstitutiv sind. Das beeinflusst das Verhalten der Menschen insgesamt und formt und modelliert ihr Bewusstsein. Als Gebrauchsgrafiker kann man in der alltäglichen Praxis keine linke Ästhetik machen. Man kann sich nur vor übermäßig identitätsstiftender rechter Ästhetik bewahren. Dasselbe gilt für das sozialistische Erbe, beispielsweise der Stalinschen Massenpropaganda. Er erzeugte das Bild des Vaters der Nation und des überlegenen Führers der linken Bewegung. Bei ihm hat die ästhetisch determinierte Gestaltqualität keine Chance einer Realitätsbestimmung bzw. einer Gestaltung im linken Sinne. Aus der unmittelbaren Ablaufstruktur kommt nur ein Wille zur persönlichen Macht zum Vorschein. Die daraus entspringende Ästhetik ist eine rechte, eine undemokratische, eine unterdrückende Ästhetik.

Linke Ästhetik braucht ein neues Verhältnis zu den Objekten

Linke Ästhetik ist dagegen zuerst einmal in der alltäglichen Bestellung der Existenz kaum möglich. Zu einem Neuaufbau linker Ästhetik gehören politische Souveränitäten und sogenannte notwendige Jahrhundertaufgaben. Der Übergang zu erneuerbaren Energien, die Linderung des Bevölkerungsdrucks, die globale Bewirtschaftung von Natur, Wasser und Rohstoffen. Die Ökologisierung der Industriekultur – die Schlüsselfrage für das Überleben der Menschheit – macht ein neues Verhältnis der Menschen zu den Objekten notwendig. Die damit verbundene Kultivierung des Alltags ist nicht nur ein ästhetisches, sondern zuerst ein kulturelles Projekt. Unsere Kultur erfordert eine neue Beziehung der Menschen zu den Dingen, mit denen und in denen wir unser Leben gestalten. Links ist die Emanzipation der unteren Schichten. Sie ist erst dann vollendet, wenn neben der Freiheit von politischer Willkür und der Gleichheit vor dem Gesetz auch die Solidarität zum Fundament der Gesellschaft wird. An die Stelle von moralisch motiviertem Eintreten für die Schwachen, Almosen und Familienbanden tritt das reale Band der Arbeitsteilung, das die Gesellschaftsmitglieder einander verpflichtet. Wir müssen begreifen, dass sich eine wesentliche linke Ästhetik nicht aus der Stiftung von Almosen und dem moralischen Eintreten für Schwache bilden lässt. Die Chance einer linken Ästhetik besteht in einer emanzipatorischer Bewegung.

Plenum Foto: Roland Hägele/rore

Ausstellung mit Zeichnungen des politischen Karikaturisten Klaus Stuttmann während der Medienakademie Foto: Ruth Steinhof/rore

Ästhetik und Praxis

Doch die Untersuchung des Wesens ästhetischer Gestaltung erfordert zunächst von dem ganzheitlichen Charakter der Wirkung abzusehen und gedanklich das Ästhetische von seinen Beziehungen zu isolieren und es zu verselbständigen. Ein Gegenstand an sich weist immer mehrere Gestaltungsqualitäten auf: strukturelle, technische, praktische sowie auch ästhetische. Der Begriff der ästhetischen Gestalt wird vor allem durch die Bestimmung der Praxis gebildet. Die Ansprüche des Menschen an die Gegenstände sind nicht zuerst solche der Anschauung, sondern der Handhabung. Die praktische Gestalt erwächst aus den Erfordernissen ihrer Handhabung. Die ästhetische Bedeutung der Gestalt entspringt vor allem aus ihrer Bewährung gegenüber den Ansprüchen des Praktischen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neue Verhältnisse und Beziehungen der Menschen zu den Dingen zu bilden. Die Grenzen der Wegwerfgesellschaft sind im letzten Jahrzehnt deutlicher zutage getreten und von einer breiteren politischen Öffentlichkeit erkannt worden. Die Überflussgesellschaft der hochindustrialisierten Länder, also auch der Bundesrepublik mit ihrem Zwei-Drittel-Wohlstand, ist nur ein Schlaraffenland-Klischee. Die Armen stehen vor unserer Tür, aber auch die ständige Vermehrung der verkäuflichen Waren als Kern der kapitalistischen Utopie hat sich als ökologisch lebensgefährlich erwiesen. Das immerwährende Wachstum bedeutet auch weiterhin, Ressourcen und Energie zu verbrauchen – mit den bekannten Folgen. Doch was bedeutet das kulturell für unsere Beziehung zu den Dingen, zur materiellen Lebenswelt? Das ist noch gänzlich unerforscht.

Heute gibt es noch keine linke Ästhetik

Die Frage »Gibt es eine linke Ästhetik?« ist überflüssig, da linke Ästhetik nicht da ist, sondern sich von selbst bilden muss. So wie es kein selbstständiges moralisches Verhalten gibt, sondern die Eigenschaft des Moralischen vielmehr in allen besonderen Verhaltensweisen realisiert ist, gibt es auch kein besonderes ästhetisches Verhalten und keine besonderen ästhetischen Verhältnisse. Ohne eine neue Verantwortlichkeit für die eigene Arbeit und die Fähigkeit, sie in übergreifende Zusammenhänge einzuordnen, wird es auch bei der Konstituierung einer neuen linken Ästhetik nicht gehen. Fakt ist, dass es derzeit eine solche Herausbildung einer linken Ästhetik nicht gibt. Die Frage ist, wie wir es organisieren, Projekte entstehen zu lassen, aus denen etwas Neues erwachsen kann. Das beste linke Projekt ist das Bauhaus gewesen, wo sich inhaltliches Bestreben in der Gestaltung visualisierte. Heute kann man solche Ansätze leider noch nicht entdecken.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

her noch wenigen kritischen Organisationen – stellte in einer Untersuchung fest, dass in den politischen Nachrichten zu 90 Prozent über Staatsinstitutionen und staatstreue Politiker und nur zu rund vier Prozent über die Opposition berichtet wird. Wenn über die Opposition geredet wird, dann meist negativ.

Neben den fast allumfassenden staatstreuen Medien wie die Medienholding WGTRK und Gazprom-Media gibt es einige wenige unabhängige Medien. Eine dieser letzten Bastionen ist die Nowaja Gazeta. Auch nach dem Tod einiger Redakteure, unter ihnen auch die erschossene, preisgekrönte Anna Politkowskaja, und massivem Druck von Seiten der Regierung, hat die Zeitung ihre Kritik beibehalten. Viele andere, weniger bekannte Blätter, sind in den letzten Jahren einfach geschlossen worden.

Eines der letzten freien Medien sind die Weblogs in Russland. Zwar haben die meisten Russen noch keinen Internetanschluss, doch das Internet ist der letzte Zufluchtsort für einfache Bürger, wie für Journalisten, die ihre Meinung frei äußern wollen. Doch auch hier gibt es Versuche, die Kritik zu unterbinden. In Informationskriegen wie dem mit Estland oder mit Georgien, gingen die Russen als Sieger hervor. Daher ist es nur eine Frage der Zeit bis man sich dem Problem im eigenen Land widmet.

»Gefährlich wird es immer dann, wenn Wahlen anstehen«

Nach Angaben der Russischen Journalistenunion sind seit Ende 1993 261 Journalisten ermordet worden, oder auf unerklärliche Weise zu Tode gekommen. Laut Reporter ohne Grenzen ist die Russische Föderation mittlerweile das drittgefährlichste Land für Journalisten – nach dem Irak und China. In der Pressefreiheit rangiert sie nach dem letzten Bericht auf Platz 144 von 169. Dabei schwanken die Anzahl der Morde und die Verfolgung von Journalisten. Besonders hoch lagen die Zahlen in den Jahren 1996/97, 2000, 2002 und seit dem letzten Herbst. Interessanterweise also immer dann, wenn in Russland die Duma- oder Präsidentschaftswahlen anstanden.●

INFO

Dieser Schwerpunkt wurde zusammengestellt von:

Bernd Hüttner
Geboren 1966, Politikwissenschaftler. Regionalmitarbeiter Bremen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Schreibt seit 1993 in CONTRASTE. Diente auf dem Zwischendeck der alternativen Medienprojekte Neues Nebelhorn – Stadtzeitung für Konstanz (1989 bis 1992) und FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen bzw. alaska – Zeitschrift für Internationalismus (1995 bis 2000).
Kontakt: archivbremen@niatu.net

und

Christoph Nitz
1964 in Tübingen geboren, Kommunikationswissenschaftler. Mitarbeit bei vielen alternativen Medienprojekten wie bei Radio Dreyeckland und der Stadtzeitung ZET in Freiburg. Seit 1998 Redakteur bei der sozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland«, dort seit 2006 Mitglied des Betriebsrats. Freiberuflicher Dozent und Mitinitiator der Linken Medienakademie in Berlin.
Kontakt: c.nitz@nd-online.de

Christoph Nitz

Die Linke Medienakademie ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

BLOGS, NEWSLETTER UND MEHR

5. Linke Medienakademie

Formen politischer Kommunikation im virtuellen Raum

Politische Kommunikation über Internet hat für alle gesellschaftlichen Gruppen, und hier speziell für Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Initiativen im Non-Profit-Sektor eine große Bedeutung, die in Zukunft eher noch steigen dürfte.

Von Thomas Lohmeier ● Beim Themenkomplex der virtuellen Kommunikation, also der Kommunikation im und über das Internet und seine verschiedenen Möglichkeiten, sind mehrere Prinzipien zu unterscheiden, die sich anhand des Verhältnisses von Sender und Empfängern festmachen lassen:

Die einseitige virtuelle Kommunikation, also Websites, Pod- und Vodcasts, Newsletter, zweitens die interaktive virtuelle Kommunikation, also Blog, Fundraising, Organizing, Testimonials (1) und drittens die Formen sozialer virtueller Kommunikation. Hierfür sind Social Communities und das damit verbundene virale Marketing Beispiele.

Einseitige virtuelle Kommunikation

...ist im Grunde, obwohl das Internet (mittlerweile) als interaktives Medium gilt, ein Top-Down-Modell: Einer sendet, alle anderen nutzen.

Internetseite

Der Bedeutungszuwachs des Internets in der Mediennutzung hält weiter an. Derzeit geht über die Hälfte der Bevölkerung täglich ins Internet.

Eine Website ist heute ein Muss. Eine Website ist die bevorzugte Informationsquelle für Multiplikatoren wie Journalisten und die Fachöffentlichkeit. Eine gute Webpräsenz steht für Transparenz und Bürgerfreundlichkeit des Anbieters, nicht zuletzt ist das Internet ein relativ demokratisches und hierarchiearmes Medium.

Pod- und Vodcasts

Der Bereich des Podcasting wächst ebenfalls weiter an. Podcasting bezeichnet das Produzieren und Anbieten von Mediendateien (Audio oder Video) über das Internet. Das Kofferwort setzt sich aus den beiden Wörtern iPod und Broadcasting zusammen. Ein einzelner Podcast (deutsch: ein Hörstück, genauer Hördatei oder Bewegtbilddatei) ist somit eine Serie von Medienbeiträgen (Episoden), die über einen Feed (meistens RSS) automatisch bezogen werden können.

Die bekannteste Podcasterin ist wohl Angela Merkel, die wöchentlich einen Podcast produziert. Diesen kann man anschauen, anhören, sich vorlesen lassen oder als gedruckten Text ausdrucken. Auch im amerikanischen Vorwahlkampf spielen Pod- und Vodcasts eine große Rolle, da zumindest die Vodcasts dem Trend zur Visualisierung entsprechen. Weiter bieten Vodcasts prinzipiell die Möglichkeiten Inhalte, sprich Filme, die im Fernsehen gezeigt werden, nachher außerhalb dieses klassischen Mediums zu benutzen. Die, die diese Filme dann bereitstellen, können die ProduzentInnen selbst sein, aber auch jeder andere, der seinen Schnipsel eines Mitschnittes einer Sendung bei youtube einstellt. Man kann seine Angebote auch gleich bei youtube einstellen, und dann nur dorthin verlinken.

Als Beispiel sei ein Produkt von attac genannt (2). Dieser Vodcast ist aufgezogen wie eine Radiosendung, es gibt eine Anmoderation, einen redaktionellen Teil, er enthält Originaltöne. Bei der Benutzung von Bildern und erst recht von Musik, ist natürlich das Urheberrecht zu beachten.

Newsletter

Die Kommunikation per E-Mail ist der wichtigste Grund für InternetnutzerInnen online zu gehen, 85 Prozent nennen E-Mail als Grund, online zu gehen. Das bedeutet, dass nicht Internetseiten der Hauptgrund sind, online zu gehen, sondern E-mail. Ein E-Newsletter ist in weithin unterschätztes Medium, seine Vorteile sind: Er ist schnell und persönlich, er ist billig und ermöglicht direkte Kommunikation zu und mit den Dialoggruppen, er bietet, gerade im Non-Profitbereich, Informationsverbreitung an den etablierten Medien vorbei und er kann notfalls als Presseverteiler genutzt werden.

Oberstes Ziel von Öffentlichkeitsarbeit ist es, Post und E-Mail-Adressen zu sammeln. Dies zeigt nicht zuletzt die Wahlkampagne von Obama in den USA. Ein Newsletter kann selbstverständlich nicht aus ein paar zusammenkopierten Nachrichten bestehen, sondern er sollte mit einem redaktionellen Konzept gestaltet werden, ein Inhaltsverzeichnis, bei längeren Beiträgen Links dorthin enthalten, wo man den Rest des Textes und/oder weitere Informationen erhalten kann.

Interaktive virtuelle Kommunikation

Interaktive virtuelle Kommunikation ist die Möglichkeit der NutzerInnen, die Inhalte mitzubestimmen. Hier treten Sender und Empfänger miteinander in Beziehung, der Empfänger hat prinzipiell die Möglichkeit sich zurückzumelden.

Bloggen

Ein Weblog (Wortkreuzung aus engl. World Wide Web und Log für Logbuch), meist abgekürzt als Blog, ist ein auf einer Webseite geführtes und damit öffentlich einsehbares Tagebuch oder Journal. Häufig ist ein Blog »endlos«, d. h. eine lange, umgekehrt chronologisch sortierte Liste von Einträgen, die in bestimmten Abständen umbrochen wird. Es handelt sich damit zwar um eine Website, die aber im Idealfall nur eine Inhaltsebene umfasst. Viele Organisationen nutzen heute eine Blogtechnologie für ihren Internetauftritt, und auch kleinste politische Gruppen können mit einem Blog arbeiten.

Grassroots Organizing

Organizing wird als Methode zur Stärkung der eigenen Durchsetzungsfähigkeit und zur Mitgliedergewinnung eingesetzt. Grassroots Campaigning (Graswurzel-Kampagne) wird als Kampagne begriffen, die sich das Engagement der Bevölkerung zu Erlangung ihres Kampagnenziels zu Nutze macht. Dieses Vorgehen ist gerade für Organisationen und erst recht Parteien, die auf öffentliches Auftreten im real life angewiesen sind (Stichwort: Wahlkämpfe) wichtig.

Testimonials

Testimonials sind relativ und ein Teil der personalisierenden Kommunikation. Menschen zeigen für ein Anliegen, eine Partei, ihr Gesicht, und ergreifen damit öffentlich Partei für oder gegen etwas.

Fundraising

Fundraising ist ist eigentlich eine Sonderform. Fundraising ist die systematische Analyse, Planung, Durchführung und Kontrolle sämtlicher Aktivitäten einer Nonprofit-Organisation(NPO), welche darauf abzielen, alle für die Erfüllung des Satzungszwecks benötigten Ressourcen (Geld-, Sach- und Dienstleistungen) durch eine konsequente Ausrichtung an den Bedürfnissen der Ressourcenbereitsteller ohne marktadäquate materielle Gegenleistung zu beschaffen.

Als prägnante Online-Beispiele für Fundraising, Testimonials und auch für Grassroots Organising sei auf die verschiedenen Webseiten von Hilary Clinton, Barack Obama, und John McCain hingewiesen. An ihnen wird sehr deutlich, wie versucht wird, die BesucherInnen der Webseiten zu Engagement und Spenden zu bewegen und ihr Interesse für die eigenen Ziele ernst zunehmen, aber auch zu funktionalisieren.

Foto: Roland Hägele/rore

Die Vielfalt alternativer Medien – viele Zeitungen und Zeitschriften lagen am Zeitungstisch aus

Virtuelle soziale Netzwerke

Der dritte Bereich sind die virtuellen sozialen Netzwerke. Hier gibt es eigentlich genau genommen keine Empfänger mehr, sondern nur noch Sender, bzw. die gesamte Kommunikation spielt sich horizontal zwischen den Empfänger-/SenderInnen ab, der komplette Inhalt wird von den NutzerInnen gestaltet. Im wirklichen Leben wäre das noch am ehesten mit der »Mund-zu-Mund-Propaganda« vergleichbar.

Onlinecommunities

Onlinecommunities entstehen durch die Verwendung von sozialer Software. Die NutzerInnen gestalten und erzeugen den Inhalt komplett, während sie bei der interaktiven Kommunikation nur Teile mitgestalten können. Beispiele für diese Netzwerke, die aktuell hohe mediale Aufmerksamkeit und immens hohe NutzerInnen – bzw. Mitgliedszahlen haben, sind Wikipedia, mySpace, Facebook, Youtube, Flickr. Beispiele sind der youtube Kanal der Linksfraktion oder auch die Seiten von Obama bei flickr.

Virales Marketing

Virales Marketing (auch Viral-Marketing oder manchmal Virus-Marketing, kurz VM) ist eine Marketingform, die existierende soziale Netzwerke ausnutzt, um Aufmerksamkeit auf Marken, Produkte oder Kampagnen zu lenken, indem Nachrichten sich epidemisch, wie ein Virus ausbreiten. Die Verbreitung der Nachrichten basiert damit letztlich auf Mundpropaganda, also der Kommunikation zwischen den Kunden oder Konsumenten.

Ein Beispiel ist ein Wahlspot der FDP zur Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2008 (3)der mit kritischer Absicht neu synchronisiert und wieder bei youtube eingestellt wurde (4). Die Bewerbung dieses »überarbeiteten Wahlspots erfolgte dann über Blogs und E-Mail.●

Comicstrip – drei Personen am Tisch schälen Kartoffeln. Einer dreht sich um und antwortet einer vierten Person: „Was heißt hier Buchmesse, Mann! Wir drucken in echt alternativem, energiesparenden Kartoffeldruck! Kannst ja Weihnachten noch mal nachfragen!“

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Thomas Lohmeier ist Mitarbeiter von WARENFORM GbR kommunizieren & gestalten, Dresdner Straße 11, 10999 Berlin, Tel. (0 30) 61 65 17 52 – 0, thomas@warenform.net, www.warenform.net

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autoren auf der Linken Medientagung 2008 und wurde von Bernd Hüttner gekürzt und redaktionell überarbeitet.

Anmerkungen

1) Testimonials sind personalisierte öffentliche Erklärungen von BürgerInnen und Prominenten (»ich unterstütze die NGO XYZ, weil sie das und das macht«)
2) http://cba.fro.at/download.php?eintrag_id=8762&file=radioattac/radioattac-05-02-2008_23-51-39.mp3
3) http://de.youtube.com/watch?v=hYIxj0857y1
4) http://de.youtube.com/watch?v=5krF0Bz6s8M

WIE MONSANTO BEGEGNET WERDEN KANN

Das Treffen in Glandorf

Eines der Bücher des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass trägt den Titel »Das Treffen in Telgte«. Es geht hier darum, dass die Friedensverhandlungen gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) in Telgte, also zwischen den beiden inzwischen sogenannten Friedensstädten Münster und Osnabrück, wo sich jeweils eines der beiden Hauptquartiere der verfeindeten katholischen und protestantischen Parteien befand, stattfanden. Am 17. Juni 2008 fand in Glandorf (etwa mittig zwischen Münster und Osnabrück und in der Nähe von Telgte) eine Veranstaltung mit dem kanadischen Bauern und Träger des Alternativen Nobelpreises, Percy Schmeiser, statt.

Pressekonferenz in Glandorf mit Percy Schmeiser (Mitte)

Von Rolf Brinkmann ● In seinem Vortrag bezog sich Percy Schmeiser hauptsächlich auf die großen Gefahren der grünen Gentechnik und die wegen ihrer extrem negativen Auswirkungen erschreckenden Machenschaften der weltweit agierenden Agrochemie-Konzerne, vor allem Monsanto.

Seit Jahren wehrt sich der kanadische Farmer Percy Schmeiser erfolgreich auch gerichtlich gegen die Firmenpolitik des Agrokonzerns Monsanto. Er verteidigt das Recht der Landwirte auf gentechnikfreies Saatgut, auf eine selbstbestimmte Landwirtschaft und das Recht der Menschheit auf gesunde Lebensmittel.

In seiner direkt übersetzten, streckenweise ergreifenden Rede im mit etwa 400 Personen überfüllten Saal der Gaststätte »Plocksaugust«, direkt an der B 51 in Glandorf, führte Percy Schmeiser vor allem aus, dass die Auswirkungen der grünen Gentechnik krank machen (bis hin zu Krebs) und durch Wind und Bienen Pollen auf andere Felder verteilt werden und sich auch auf verwandte Pflanzen auskreuzen können. Durch Patente der Saatgutkonzerne werden der Zukauf der Saat und letztlich die Lebensmittel teurer. Nach einiger Zeit werden viel mehr Spritzmittel gegen Unkraut gebraucht, die auch teuer sind und in Boden und Grundwasser gehen. Außerdem haben sich »Superunkräuter« entwickelt, denen man nur schwer zu Leibe rücken kann. Die Haftungsfrage ist nicht geklärt (auch deswegen wird die Problematik mit den Auswirkungen der Atomtechnik verglichen).

Sein Hauptanliegen ist jedoch, uns klar zu machen, dass wir uns hier in Deutschland und Europa noch gegen die unheilvolle Verbreitung der Gentechnik wehren können, da hier bisher noch sehr wenige entsprechende Felder vorhanden sind (0,15% der landwirtschaftlichen Flächen, kommerziell nur Mais, Versuchsfelder gibt es jedoch mit Raps, Zuckerrüben, Weizen, Gerste, Erbsen und Kartoffeln). Dieser Bestand könnte leicht eliminiert werden, zumal 80% der BundesbürgerInnen nach statistischen Erhebungen gegen Gentechnik sind.

In Kanada werden bisher Mais, Soja, Raps und Baumwolle kommerziell angebaut und hierbei ist der gesamte Bestand verseucht. Auch konventioneller Anbau dieser Pflanzen ohne Gentechnik ist nicht mehr möglich – gar nicht zu reden von Bioanbau. Bekannt ist, dass Monsanto inzwischen sogar ein Spritzmittel eingeführt hat, in dem sich Beimischungen des berüchtigten und schon im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittels »Agent orange« befinden!

Wie Percy Schmeiser noch ausführte, ist die Anti-Gentechnikfront in Kanada dadurch gestärkt worden, dass die Kirchen sich auf ihre Seite geschlagen haben.

Louise und Percy Schmeiser, Farmer eines für Kanada eher kleinen 650 ha-Hofes, betrieben seit Jahrzehnten eine eigene Rapszucht. Eines Tages wollte der multinationale Chemie- und Saatgutkonzern Monsanto eine Gebühr erheben, weil einzelne Pflanzen auf ihrem Acker technisch manipulierte Gene enthielten, auf die der Konzern ein Patent hatte. Keiner wusste, wie diese Pflanzen auf den Acker gekommen waren. Hierdurch war den Schmeisers eigentlich ein Schaden entstanden. Eine Zahlung an Monsanto wurde abgelehnt. Daraufhin wurde Percy Schmeiser von dem Agrochemiemulti verklagt und verlor den Prozess. Das Oberste Gericht von Kanada entschied 2004 für Monsanto. Die Schmeisers mussten 400.000 Can$ Gerichtskosten bezahlen. Das Gericht hatte aber auch festgestellt, dass die betreffenden Pflanzen Monsanto gehören. So verklagte Mr. Schmeiser den Konzern darauf, den entsprechenden Raps von seinem Acker zu entfernen. Anfang 2008 gewann er diesen Prozess. Nach einem Bericht des Centre for Food Safety (CFS), Washington, ergeht es vielen Bauern wie Percy Schmeiser, aber nur wenige wehren sich.

Percy Schmeiser ist wegen seiner Aktivitäten für eine gentechnikfreie Nahrungsmittelproduktion berühmt geworden und hat mittlerweile über 150 Länder bereist und Vorträge gehalten. Er sieht sich aber nicht als Missionar in diesem Zusammenhang, letztendlich müsse jedes Land und jede Bevölkerung selbst entscheiden, ob sie gentechnisch veränderte Organismen haben wollen oder nicht. In Indien wurde ihm schon im Jahr 2000 der »Mahatma Ghandi Preis für eine gewaltfreie, bessere Welt« verliehen. Im Dezember 2007 wurde das Ehepaar Schmeiser von der internationalen Jury des »Right Livelihood Award« im Reichstag zu Stockholm mit dem renommierten Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

Percy Schmeiser erhielt nach seinem Vortrag in Glandorf »Standing ovations«!

Die Podiumsmitglieder Kattenstrodt und Bäumer sprachen sich geradlinig gegen grüne Gentechnik aus (wobei es sich bei Martin Bäumer um seine persönliche Ansicht handelt, nicht um die Meinung der CDU). Meyer zu Wehdel, der auf seinem Hof keine transgenen Futtermittel einsetzt und dies z.Zt. auch generell nicht für nötig hält, ist aber der Ansicht, dass auf Dauer der Eiweißbedarf bezüglich Viehfütterung in Deutschland wohl nur mittels Import von Gensoja befriedigt werden könnte. *(Anm. Dies ist nachweislich falsch, da es genug genfreies Soja z.B. aus Brasilien auf dem Weltmarkt gibt).*

Aus der Zuhörerschaft wurden sehr viele Fragen an Percy Schmeiser gerichtet, seine qualifizierten Antworten wurden sofort übersetzt. Bei der offenen Diskussion mit den Anwesenden, waren fast alle Wortmeldungen im Tenor gegen Gentechnik. In zwei Fällen kommt es aus dem Publikum zu sehr emotionalen Statements gegen die Agro-Gentechnik. Unter anderem von einem Imker, denn Honig ist im aktuellen Gentechnikgesetz nicht einmal erwähnt! In Deutschland sind schon Kühe verendet, nachdem sie Genmais gefressen hatten sowie Stroh von Getreide, das zuvor mit Monsantos »Roundupready« gegen Beikräuter behandelt worden war.

Sicher wäre eine starke Waffe gegen Lebensmittel mit GVOs (gentechnisch veränderte Organismen), wenn Bauern die entsprechenden Pflanzen nicht anbauen und KonsumentInnen die Produkte nicht kaufen würden. Es gibt also Möglichkeiten des Widerstands und Hoffnungen.

Unser neuer Gentechniksong von Jakob Volz wurde live von ihm uraufgeführt und mit großem Beifall bedacht.●

Kontakt:
Rolf Brinkmann, ecovillage e.V., Diepholzer Str. 2, 49088 Osnabrück, Tel. (05 41) 44 59 41
www.ecovillage.de, ecovillage@gmx.de,
www.percy-in-glandorf.de

Anzeige

Zum Tod des Schriftstellers und Dokumentarfilmers Christian Geissler

Am Anfang seines literarischen Schreibens stand eine »Anfrage«. Der 1960 erschienene Roman stellt die Frage nach der Verantwortung der Väter im Nationalsozialismus, als erster auch die nach der Beteiligung an der Vernichtung der Juden. »Wo war Ihr Herr Vater am 9. November 1938, nachts?« – in dieser Präzision geht Klaus Köhler, der Protagonist des Romans, dem Schicksal einer jüdischen Familie in Frankfurt und der Rolle ihrer ganz normalen Nachbarn in der Reichspogromnacht nach. Denn wo persönliche Verantwortung liegt, ist auch Schuld, steht die Frage nach Konsequenzen im Raum. Dabei rückt Geissler aber auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Verhältnissen innewohnende Logik ins Blickfeld. Das Buch traf einen Nerv, im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik Deutschland waren viele Einzelne dabei, sich in einer als »Kollektivschuld« getarnten »Unschuld« einzurichten.

Christian Geissler, geboren im Dezember 1928, war gerade noch alt genug, um als Flak-Helfer in den Krieg eingezogen zu werden. Sein Vater war Bauunternehmer in Hamburg, Nationalsozialist, überlebte den Krieg nicht. Seine Mutter stammte aus einer bürgerlichen, polnischen Familie. Geissler wurde Mitglied der Hitler-Jugend und sah das Leid, wenn jüdische Freunde der Mutter aus Deutschland fliehen mussten oder Menschen einfach verschwanden. In diesem persönlichen Erleben wurzelt die »Anfrage«. Die Antworten führen den Autor zunächst in den linkskatholischen Kreis um die »Werkhefte katholischer Laien«, dann in die Ostermarschbewegung gegen die atomare Aufrüstung, in die illegale KPD und in den siebziger Jahren in die Nähe der RAF. Als politisch Handelnder, als Dokumentarfilmer und Autor (»Kalte Zeiten«, »Das Brot mit der Feile«, »kamalatta«, »Im Vorfeld einer Schussverletzung«, »Klopfzeichen« u.a.) richtet er seine Fragen jetzt an die eigene Generation: Was ist das für eine Gesellschaft, die mit Militärdiktaturen in aller Welt zusammenarbeitet, an der Seite der USA den Vietnamkrieg gut heißt, im Inneren Notstandsgesetze durchsetzt? Wie leben die Menschen in einer solchen Gesellschaft, gerade jene, die nicht von den Machtverhältnissen profitieren? Welche Möglichkeiten des Handelns, welche Verantwortung hat der Einzelne? Politische Gewalt ist dabei nie sein Credo, stets aber eine ernst zu nehmende Frage, die er in seinen Romanen gestaltet. Zuletzt hat er noch einmal große Aufmerksamkeit erregt, als er 2001 zusammen mit seinem Sohn, dem Dokumentarfilmer Benjamin Geissler, im ehemals polnischen Drohobycz die lange verschollen geglaubten Wandfresken des von den Nationalsozialisten ermordeten jüdischen Malers und Schriftstellers Bruno Schulz wiederentdeckt hat.

»Die Liebe zum Leben«, so Geissler, hat ihn zu einem politischen Menschen, zu einem politischen Autor werden lassen. Die Fragen, was ein Leben bedeutet, was es »wert« ist, wodurch es bedroht wird und wie es sich befreien kann, prägen sein gesamtes Werk. Nach der Zeitenwende 1989 fügt er seinem Autorennamen ein in Klammern gesetztes *»(k)«* hinzu, um zu zeigen, dass er Kommunist bleiben würde. Auf der einen Seite die Ohnmacht, die Erfahrung, gegen die Macht der Verhältnisse nichts ausrichten zu können, das politische Scheitern. Auf der anderen Seite dieses Festhalten daran, als Individuum frei verantwortlich zu sein, handeln zu müssen.

Dieser Zwiespalt bestimmte fast sein ganzes Leben – und auch sein Sterben. Bis zuletzt hat Christian Geissler seine eigenen »Verhältnisse«, die Macht des Krebsgeschwürs in seinem Körper und die eigenen, schwindenden Kräfte analysiert, hat er den Zeitpunkt bestimmen wollen, an dem er kapituliert. Er starb am 26. August 2008 in Hamburg.●

Edition Nautilus

FILME & BÜCHER

Fernsehfilme

»Anfrage«. Regie: Egon Monk. Norddeutscher Rundfunk/ARD. 15.2.1962.
»Schlachtvieh«. Regie: Egon Monk. Norddeutscher Rundfunk/ARD. 14.2.1963.
»Wilhelmsburger Freitag«. Regie: Egon Monk. Norddeutscher Rundfunk/ ARD. 19.3.1964.
»Flakhelfer« (in der Reihe »Die eigene Geschichte«). Norddeutscher Rundfunk. 7.3.1978.
»Frau eines Führers« (in der Reihe »Die eigene Geschichte«). Norddeutscher Rundfunk. 20.11.1979.
»Zeugen der Zeit: Richard Scheringer«. Norddeutscher Rundfunk. 5.9.1980.

Bücher:

»Anfrage. Roman«. Hamburg (Claassen) 1960. Lizenzausgabe: Mit gesondertem Vorwort des Autors. Berlin, DDR (Aufbau) 1961.
Neuausgabe: Mit einem Nachwort von Thomas Rothschild. Hamburg (Rotbuch) 1996.
»Schlachtvieh. Ein Fernsehspiel«. Hamburg (Claassen) 1963.
»Kalte Zeiten. Erzählung, nicht frei erfunden«. Roman. Hamburg (Claassen) 1965. Lizenzausgabe: Berlin, DDR, Weimar (Aufbau) 1966.
»Ende der Anfrage«. Erzählungen, Reden, Stücke. München (Rütten & Loening) 1967. Lizenzausgabe der erw. Fassung: Berlin, DDR, Weimar (Aufbau) 1967.
»Altersgenossen«. Fernsehspiel. In: kürbiskern. 1970. H. 2. S. 181-219.
»Das Brot mit der Feile. Roman«. München, Gütersloh, Wien (Bertelsmann, AutorenEdition) 1973. Neuausgabe: Berlin (Rotbuch) 1986.
»Wird Zeit, daß wir leben. Geschichte einer exemplarischen Aktion«. Roman. Berlin 1976. (= Rotbuch 154).
»Die Plage gegen den Stein«. Arbeiten aus den Jahren 1958-1965. Reinbek (Rowohlt) 1978. (= rororo 4300).
»Im Vorfeld einer Schußverletzung. Gedichte von Juli 77 bis März 80«. Berlin (Rotbuch) 1980. (= Rotbuch 230).
»spiel auf ungeheuer. Gedichte von April 80 bis November 82«. Berlin (Rotbuch) 1983. (= Rotbuch 280).
»kamalatta. romantisches fragment«. Berlin (Rotbuch) 1988.
»dissonanzen der klärung. an die genossinnen und genossen der roten armee fraktion. kamalatta – flugschrift 2«. Kiel (zapata buchladen) 1990.
»winterdeutsch. Zweite Flugschrift«. In: Die Aktion. 1992. H. 89/92. S. 1451-1513
»Prozeß im Bruch. Schreibarbeit Februar 89 bis Februar 92. Musik mit Singstimme und Trommel, Messungen und Messer«. Hamburg (Edition Nautilus) 1992.
»Klopfzeichen. Gedichte von 83 bis 97«. Hamburg (Rotbuch) 1998
»Ein Kind essen. Liebeslied«. Hamburg (Rotbuch) 2001.
»Wildwechsel mit Gleisanschluß. Kinderlied«. Hamburg (Rotbuch) 1996.

»FOLLOW THE WOMEN«-SOLIDARITÄTSREISE

Mit dem Fahrrad nach Palästina

250 Frauen aus 28 Ländern waren im Mai 2008 unterwegs im Libanon, Syrien, Jordanien und Palästina. So viele Frauen auf Rädern erregen auch in unseren Breiten Aufmerksamkeit – besonders aber in Ländern, wo Rad fahren – speziell für Frauen – noch in den Kinderschuhen steckt.

Von Waltraud Schauer ● »Follow the Women« (FTW) wurde von Detta Regan, einer Sozialarbeiterin aus England, die viele Jahre mit Jugendlichen in Palästina und Syrien gearbeitet hat, gegründet. 2002 erreichte sie ein verzweifelter Hilferuf aus Jericho, einer von den Israelis belagerten Stadt im Westjordanland, sie möge doch etwas unternehmen und auf die unerträgliche Situation der Palästinenser aufmerksam machen. Der passionierten Radfahrerin ist es mit dieser Initiative nicht nur gelungen, großes Medieninteresse in den bereisten Ländern zu erwirken, sondern die Begeisterung für diesen Sport an die vielen Teilnehmerinnen aus den arabischen Ländern (Irak, Syrien, Libanon, Jordanien, Palästina etc.) auch Iranerinnen waren dabei, weiter zu geben.

Es war dieses Jahr bereits die fünfte derartige Reise. Gestartet wird immer von einem anderen Ausgangspunkt aber immer ist Palästina das Endziel. Die Reise ist auch immer mit dem üblichen Nervenkitzel verbunden. Wie werden die israelischen Behörden reagieren, werden sie die Einreise erlauben? Nur die erste Reise 2004 endete nicht in Palästina. Der Versuch, damals ins Westjordanland einzureisen, scheiterte an der Willkür der israelischen Behörden.

Dieses Jahr betrug die Wartezeit an der King Hussein Bridge, dem Grenzübergang nach Palästina, nur mehr drei Stunden – ein deutlicher Fortschritt zum letzten Jahr. Da waren es noch fünf Stunden gewesen – und das obwohl es Order vom israelischen Tourismusminister gab, rasch abzufertigen. Israel ist ein Militärstaat und – die Militärs haben ihre eigenen Regeln – das bekamen wir bei der Ausreise zu spüren. Sei geschmeidig und fügsam – sagte der Mühlstein zum Samenkorn.

Ein Heer von freiwilligen Helfern ist in den jeweiligen Ländern Monate damit beschäftigt, diese Solidaritätsreise zu organisieren und zu koordinieren. 250 Frauen mit Rädern, Unterkunft, Verpflegung, Transport zu versorgen (es wurden Strecken auch in Bussen zurückgelegt, z.B. im Libanongebirge, auf den Golan-Höhen, die Räder mussten mittransportiert werden) ist eine Herkulesarbeit.

Treffpunkt war in Beirut. Meine Freude war groß, als ich die vielen Palästinenserinnen erblickte. Sie waren 29 Stunden in Minibussen unterwegs gewesen, um nach Beirut zu kommen. Eine Strecke, die, wäre Israel endlich zu ehrlichen Friedensverhandlungen bereit, nur einen Bruchteil dieser Zeit in Anspruch nähme.

Unser erster Besuch galt dem Flüchtlingslager Sabra und Shatila im Süden Beiruts. Arafat hatte nach dem Massaker 1982 (von Sharon befürwortet und nicht verhindert) fünf Kinder aus diesem Lager adoptiert. Zwei dieser Adoptivtöchter sind auch dieses Jahr wieder mitgefahren. Für sie ist es besonders schwer, das Elend der PalästinenserInnen, speziell in diesem Lager, und die besonders triste Lage der Palästina-Flüchtlinge im Libanon zu sehen und zu spüren.

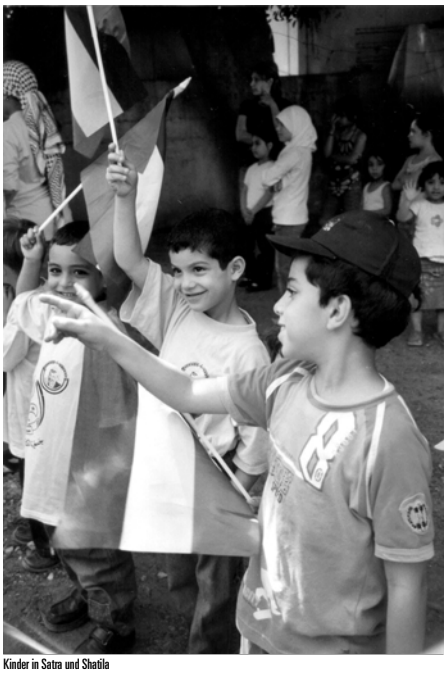
Das zerbomte Quneitra am Golan

Die Begeisterung der Bevölkerung in den von uns besuchten Orten war auch im Libanon und Jordanien unglaublich – aber nicht zu vergleichen mit der unbeschreiblichen Gastfreundschaft und Herzlichkeit, die uns in Syrien und Palästina empfing. Überall bekamen wir Blumen, Datteln, Kuchen etc. geschenkt.

In Syrien war der Empfang besonders großzügig. Die Straßen wurden gesperrt. In Damaskus ritten wir auf unseren Drahteseln wie Gladiatorinnen ein. Die Menschen winkten und riefen – welcome, welcome. Syrien wird von Israel und den USA besonders attackiert. Das Land zählt noch immer zu der Achse der Bösen – es fragt sich nur, wer hier der Böse ist.

Vertreterinnen von UNHCR in Damaskus bestätigten, dass Syrien 1,4 Millionen irakische Flüchtlinge aufgenommen hat, die nicht in Flüchtlingslagern leben, sondern privat untergebracht sind. Das verschärft nicht nur die ohnehin schon angespannte Trinkwassersituation. Auch die palästinensischen Flüchtlinge genießen die gleichen Rechte wie die Syrer – Recht auf Arbeit, Bildung, med. Versorgung – nur der syrische Pass wird ihnen vorenthalten. Das wurde uns von den Bewohnern im Lager »Al Hussaineh« in Damaskus bestätigt. Syrien bot auch allen Flüchtenden aus dem Libanon Unterschlupf – als Israel 2006 das Land in Schutt und Asche legte. Syrien, ein armes Land – empfängt Gäste und auch Flüchtlinge mit Würde und Wärme. Bei uns sind schon ein paar ausländische Familien nicht zu verkraften.

Die Golan-Höhen sind ein Paradies – auch zum



Kinder in Satra und Shatila

Rad fahren – eine Hochebene, beherrscht vom Mount Hermon und der ist wiederum bestückt mit unzähligen von Israel benutzten Überwachungsausrüstungen, die weithin sichtbar in den Himmel ragen. In Quneitra, die von den Israelis 1967 total zerbombte und nie wieder aufgebaute Stadt, ist jetzt der Sitz der österreichischen UN-Soldaten. Ihr Hauptquartier wurde neben dem ehemaligen, jetzt eine Ruine, »Golan General Hospital« – diese Aufschrift ist noch zu lesen – errichtet. Die meisten der ursprünglichen Einwohner des Golan wurden von den Israelis vertrieben. Es leben nur mehr wenige Menschen in der entmilitarisierten Zone des Golan. Israel hingegen siedelt ungebrochen immer weiter Menschen völkerrechtswidrig auf den von ihnen annektierten Gebieten des Golan an.

Auch hier, im total zerbombten Quneitra, gab es zu unserer Begrüßung Tanz und Musik. Die Palästinenserinnen sind immer die ersten, die bei den Tanzgruppen mitmachen und reißen die übrigen Radfahrerinnen mit ihrer Lebensfreude und Begeisterung mit – alle Müdigkeit scheint wie weggeblasen.

Am nächsten Tag ging es von Damaskus zur jordanischen Grenze ständig bergauf und bei starkem Gegenwind. Wieder die Strasse gesperrt für uns – die Schlange war bisweilen sechs km lang. Die amerikanischen Teilnehmerinnen hatten ihre Radfahrhelme mit dem Sternenbanner beklebt – patriotisch wie immer – waren dadurch leicht erkennbar und begehrtes Objekt für die diversen Medien. Speziell beim Pflanzen von Olivenbäumen in einem Hain am Weg nach Jordanien waren alle Kameras auf sie gerichtet. Der Empfang in Swaida – nahe der jordanischen Grenze, hatte alles bisherige übertroffen – die Menschen standen auf den Dächern, auf den Straßen, der ganze Ort war auf den Beinen, wieder Musik, Tanz und Blumen, Hände schütteln ohne Ende, Essen selbstgemacht – der ganze Wohlgenuss der orientalischen Küche erwartete uns hier, eine unendliche Herzlichkeit und Freude in allen Gesichtern.

Auch an der jordanischen Grenze spielte eine Band mit Tanzgruppe zu unserer Begrüßung. Mittlerweile war es fast Mitternacht und alle sehr müde – und doch tanzten wieder alle mit, selbstverständlich übernahmen wieder die Palästinenserinnen das Kommando, sie sind sehr starke Frauen. Die Zeit bis die Grenzformalitäten erledigt waren und wir alle wieder unsere Pässe hatten, verging sehr schnell. Herzliche Verabschiedung und weiter in den Bussen nach Amman.

Die Stadtrundfahrt am nächsten Tag habe ich geschwänzt – ich war einfach zu müde.

Abends gab es Treffen und Workshops mit irakischen Flüchtlingen. Eine Irakerin, die 2006 flüchten musste, nachdem sie alles verloren hatte, Mann, Kinder, Haus, sagte mir: *»Ich bete jeden Tag, dass sich das Öl im Irak in Wasser verwandeln möge und uns dann die Amerikaner endlich in Ruhe lassen.«* Auch dass sie Saddam hasste – aber erst jetzt weiß, wie gut er für den Irak war.

Die Fahrt zum Toten Meer war einfach – baden im Toten Meer und die Übernachtung in Beduinenzelten für alle ein Erlebnis.

Am nächsten Morgen ist allen die Spannung ins Gesicht geschrieben. Werden uns die Israelis einreisen lassen? Von den arabischen Teilnehmerinnen hieß es Abschied nehmen, sie bekommen keine Einreisegenehmigung von den Israelis. Somit waren wir nur noch ca. 150 Frauen, die sich zur King Hussein Brücke aufmachten. Von den israelischen Militärs, die die Grenzabfertigung verrichten – wurden wir nicht mit Blumen erwartet – Blicke sagen mehr als tausend Worte.

Die Palästinenserinnen waren glücklich mit uns abgefertigt zu werden und nicht wie üblich einen anderen Terminal benützen zu müssen und den Schikanen ausgesetzt zu sein. Israel zeigte ein menschliches Gesicht. Nach drei Stunden waren wir durch – auf die Räder bei 45 Grad und unter israelischer Militärbegleitung ging es nach Jericho. Ein erholsamer und vergnüglicher Abend war vor uns – denn für alle war es ein Traum und ein Wunder in Palästina zu sein.

Für die Fahrt nach Ramallah standen uns Busse zu Verfügung. Die Steigung vom Toten Meer – 300 Meter unter dem Meerespiegel auf fast 1.000 Meter ist nach so einer langen Tour mit dem Rad und bei der Hitze kaum zu bewältigen. Wir wurden von der Bürgermeisterin (!) von Ramallah im Kulturpalast begrüßt, just zu dem Zeitpunkt als sich George Bush in Israel zur 60 Jahr Feier aufhielt. Unser Aufenthalt in Palästina zum Zeitpunkt der 60 Jahre Nakba-Gedenken war mehr als

Start in Beirut

eine willkommene Solidaritätsgeste.

Auf der Fahrt nach Nablus fielen die vielen israelischen Fahnen links und rechts der Straße auf – so als wäre es israelisches Staatsgebiet. Israelische Siedlungen auf fast jedem Hügel.

Vor dem berüchtigten Huwara-Checkpoint vor Nablus gab es noch letzte Anweisungen – wie wir die Palästinenserinnen am besten schützen können, wir wurden durchgewunken – die erstaunten Gesichter mancher israelischer Soldaten zeigten auch ihre Überraschung über diese formlose Behandlung. Mir ist dieser Checkpoint von früheren Besuchen in äußerst unangenehmer Erinnerung. Nicht nur hier werden die PalästinenserInnen besonders gerne gedemütigt und zu Stunden langen Warten gezwungen, Kinder wurden hier geboren, Kinder sind hier gestorben.

Wir wurden auf der anderen Seite von den Palästinensern frenetisch begrüßt und so ging es durch die Stadt Nablus hinauf zur Universität. Ein herrliches Gebäude, hoch über der Stadt mit wunderbarem Ausblick – in Gesprächen mit den Studenten erzählten sie von ihren täglichen Behinderungen seitens der Israelis, den Razzien, den Verhaftungen, der ständigen Angst nicht nach Hause oder nicht zur Universität zu kommen. Von den fehlenden Lehrmitteln und der Unmöglichkeit mit Studenten anderer Länder zusammenzukommen, ja nicht einmal mit Studenten innerhalb Palästinas. Israel versucht jeden Schritt der Palästinenser zu kontrollieren – alles im Namen der Sicherheit Israels. Von der Sicherheit der Palästinenser spricht niemand. Sie sind seit Jahrzehnten der Gewalt und Willkür, dem Land- und Wasserraub und den High-Tech Waffen der Israelis ausgesetzt.

Die Nacht verbrachten wir im ehemaligen Gefängnis Alfara. Es wurde in den 30iger Jahren von den Briten errichtet und von den Israelis von 1982 bis 1995 als Anhaltelager für Jugendliche bis 17 Jahre benutzt, ehe alle Gefangenen in Palästina nach Israel transferiert wurden.

Zwei Überlebende dieses Lagers erklärten uns die Foltermethoden in diesem Gefängnis. Die meisten derartigen Vorrichtungen haben die Israelis mitgenommen oder zerstört, aber einige haben sie zurückgelassen. Viele sind hier gestorben. Ein bedrückender Ort. Er wird heute als Jugendzentrum für vielerlei Sport und Veranstaltungsmöglichkeiten genutzt.

Am nächsten Tag ging es weiter nach Jenin. Norwegen hat mittlerweile das Flüchtlingslager – das von den Israelis 2002 zerstört wurde – wieder aufgebaut. Wir verbrachten die Nacht in einem Dorf in der Nähe von Jenin, übernachteten bei Familien, die damals die Flüchtlinge aus dem Lager aufgenommen hatten. Es wurde gemeinsam gekocht und gegessen, erzählt und natürlich getanzt. Dieses Dorf leidet besonders unter der israelischen Besatzung. Der Mauerbau hat große Teile ihres Landes weggenommen, die Bauern werden ständig von den Soldaten behindert und belästigt. Es herrscht pure Angst, denn ganz in der Nähe ist eine Kaserne der Israelis, es wird ständig geschossen, Kinder können nicht spielen, Bauern nicht ihre Felder bearbeiten, es gibt ständig Ausgangssperren, Razzien etc.

Das Leben – ein Albtraum

Die Rückfahrt zur Grenze nach Jordanien erfolgte durch das Jordantal. Auch hier unzählige israelische Siedlungen mit großen Gärtnereien, die in diesem trockenen Gebiet und bei der Hitze besonders viel Wasser benötigen – das sie natürlich den Palästinensern wegnehmen.

Die Verabschiedung von unseren neuen palästinensischen Freundinnen war schmerzlich und tränenreich – aber nächstes Jahr gibt es ein Wiedersehen! Alle Teilnehmerinnen hoffen, dass auch die sechste derartige Reise gelingen möge.

Ausreisen aus Palästina kann ebenso mühsam und schwierig sein wie die Einreise. Die Israelis wendeten »Kollektiv-Strafen« an. Unsere palästinensischen Betreuer empfahlen uns – bei der Ausreise keine palästinensischen Symbole zu tragen. Viele hielten sich nicht daran und trugen dementsprechende T-Shirts. Das veranlasste die Israelis – uns aus »Sicherheitsgründen« die Fahrräder fünf Mal umladen zu lassen und das bei über 40 Grad im Schatten.

Es war herrlich wieder in Jordanien zu sein und die freundlichen Gesichter und Gesten dieser Beamten zu erleben. Die Palästinenserinnen durften nur ganz kurze Zeit dieses Gefühl der Freiheit genießen. Es war ein Vergnügen sie beim Radfahren zu beobachten. Diese ungestüme Lebensfreude, diese Kraft und Ausdauer – sie waren immer an der Spitze – ist ansteckend und könnte Vorbild für viele andere sein.●

Info: www.followthewomen.com/
Originalartikel:
http://arendt-art.de/deutsch/palestina/Stimmen_international/schauer_waltraud_mit_fahrrad_nach_palaestina.htm

FINANZIERUNG DES GRUNDEINKOMMENS

Ein neues Eigentumsrecht statt Grundeinkommen

In den CONTRASTE-Ausgaben von Januar, Februar, Juni und Sommer 2008 lieferten sich Rahel Uhlenhof, Philip Kovce und Elisabeth Voß eine Auseinandersetzung über die Frage der Finanzierung des Grundeinkommens. Uhlenhof und Kovce favorisieren eine Finanzierung über eine Ausgabensteuer, Voß eine Finanzierung über eine Einkommensteuer. Da Uhlenhof und Kovce wohl Anthroposophen sind, und offenbar die Thesen von Götz Werner in einen Zusammenhang zur Anthroposophie bringen wollen, rückten Rudolf Steiners Ideen über eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Kultur in den Fokus der Auseinandersetzung. Dadurch entstand der Eindruck, das ausgabensteuer-finanzierte Grundeinkommens-Modell habe etwas mit der Sozialwissenschaft Rudolf Steiners oder mit der von ihm initiierten Bewegung der sozialen Dreigliederung zu tun. Das soll an dieser Stelle richtig gestellt werden.

Johannes Mosmann, Institut für soziale Dreigliederung ● Das Grundeinkommen, egal mit welcher Finanzierungsform, hat mit Rudolf Steiner und seiner Idee einer Dreigliederung des sozialen Organismus nicht das geringste zu tun. Das weiß auch Götz Werner: *»Wo wollen Sie sich beim Grundeinkommen auf Rudolf Steiner beziehen? ... Rudolf Steiner wollte, dass wir seine Methode übernehmen, aber nicht seine Aussagen in die Welt bringen«* (Das Goetheanum 24/2008). Das ist natürlich sehr löblich, dass Götz Werner, trotzdem er bekennender Anthroposoph ist, nicht an den Worten Rudolf Steiners klebt. Er hat aber auch seine ganz persönlichen Gründe dafür, denn so klingt Rudolf Steiner im Wortlaut: *»Der Begriff des Arbeitgebers – Sie können es meinen früheren Vorträgen und auch meinem Buch über die soziale Frage entnehmen –, der Begriff des Arbeitgebers, der muss eigentlich als solcher bei einer wirklichen Sozialisierung verschwinden. Denn einen Arbeitgeber kann es nur geben, wenn er ein Arbeitbesitzer ist, und Arbeitbesitzer darf es eben nicht geben ... Darauf ist der größte Wert zu legen, dass man endlich einmal den wirklichen Begriff der Arbeit fasst, denn ein Arbeitgeber, der nicht selbst mitarbeitet, gehört in Wirklichkeit gar nicht zum Betrieb, sondern ist ein Parasit der Arbeit«* (Betriebsräte und Sozialisierung, GA 331, S.114).

Oder: *»Das sind die Krebsschäden der heutigen sozialen Ordnung, dass man innerhalb des Wirtschaftsprozesses nicht bloß Waren kaufen kann, sondern auch Arbeit und Rechte kaufen kann. Indem man Arbeit kaufen kann, erwirbt man die Möglichkeit, diese Arbeit in den Wirtschaftsprozess hineinzuziehen, das heißt zu vergewaltigen. Und indem man das Nutzungsrecht an Grund und Boden kaufen kann, erwirbt man Macht. Man muss sich klar darüber sein, dass man aus dieser Kalamität überhaupt nicht herauskommt, wenn man der Sache nicht radikal zu Leibe rückt«* (GA 331, S.62).

Rudolf Steiner ist der Sache radikal zu Leibe gerückt. Ihm genügte es nicht, den Eigentümern bloß etwas von dem Geld, das sie den arbeitenden Menschen abpressen, abzunehmen und umzuverteilen. Er wollte vielmehr erreichen, dass überhaupt ausgeschlossen wird, dass irgendjemand den Ertrag anderer Leute Arbeit für sich beanspruchen kann, weil er sich Eigentümer des Bodens oder der Produktionsmittel nennen darf. Ab 1918 beteiligte sich Steiner aktiv an der Betriebsrätebewegung und forderte die Arbeiter öffentlich dazu auf, die Fabriken zu besetzen und die Leitung selbst in die Hand zu nehmen. Er lavierte also nicht, wie Uhlenhof und Kovce behaupten, zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmer herum, sondern bezog Stellung für die Arbeiter, und zwar so eindeutig, dass er damit sogar den Gewerkschaften zu weit ging. Denn Steiner wollte, dass sich die Arbeiter wirklich ihrer Herren entledigten: *»Man muss sich eben durchaus darüber klar sein, dass der Betriebsrat als solcher so gedacht ist, dass er der wirkliche Leiter eines Betriebes sein wird, so das alles Unternehmertum im heutigen Sinne neben diesem Betriebsrat verschwindet«* (GA 331, S. 222).

Die Betriebsräte sollten freilich etwas ganz anderes sein, als das, was man sich heute unter ihnen vorstellt: Nicht die Arbeiter innerhalb eines Betriebes, sondern alle Arbeiter sollten sich *überbetrieblich* zusammenschließen (Über die Betriebsräte: Sylvain Coiplet, *Anarchismus und soziale Dreigliederung – Ein Vergleich*, kostenlos unter www.dreigliederung.de). Das passte den Gewerkschaften natürlich gar nicht, denn diese brauchten die alten Machtverhältnisse, um selbst gebraucht zu werden. Steiner machte indes keinen Hehl daraus, was er von Kompromissen mit Wirtschaftsbossen und Politikern hielt: *»Das heißt in diesem Falle nämlich nichts anderes, als die Leute darauf hin zu dressieren, dass sie sich im Dienst des Kapitalismus wohlfühlen«* (GA 331, S.116). Am Widerstand der Gewerkschaften ist die Betriebsrätebewegung von 1919 dann gescheitert, und die Dreigliederungsbewegung erlitt einen herben Rückschlag (Vergl.: Albert Schmelzer, *Die Dreigliederungsbewegung 1919*).

Elisabeth Voß schrieb über den Steinerschen Ansatz: *»Das ist klassische liberale Wirtschaftstheorie, als gäbe es keine unterschiedliche Anfangsbasis, von der aus die Beteiligten in solche Verhandlungen eintreten. Interessengegensätze aufgrund von Machtverhältnissen, Privateigentum an Produktionsmitteln und Unterschieden in der sozio-ökonomischen Situation kommen in diesem Weltbild nicht vor.«*

Man kann Voß keinen Vorwurf machen. Ihre Kritik bringt in der Tat das Weltbild von Götz Werner auf den Punkt. Das steht aber eben in einem krassen Gegensatz zu dem von Rudolf Steiner, der sich klar zum Anarchismus bekannt hat (GA 31, S.283). Das konnte Elisabeth Voß nicht wissen – wieso hätte sie nämlich Uhlenhof und Kovce misstrauen sollen? Schließlich sind diese nicht die einzigen Anthroposophen, die das Wernersche Grundeinkommens-Modells propagieren. Das erklärt sich aber eben nicht aus der Weltsicht Rudolf Steiners, sondern wohl eher daraus, dass die Anhänger Steiners selbst Nutznießer der bestehenden Verhältnisse sind.

Das Werk Rudolf Steiners umfasst über 350 Bände, und es ist also ein leichtes, irgendwo ein Zitat zu finden, um die eigene Ideologie mit Steiner zu rechtfertigen, wenn man das nötig hat. Und so entspricht es z.B. auch ganz der Wahrheit, wenn Uhlenhof und Kovce behaupten, dass sich Rudolf Steiner für eine Ausgabensteuer ausgesprochen habe. Verständlich wird das aber erst, wenn man weiß, dass Steiner eine Einkommensgerechtigkeit dadurch herstellen wollte, dass niemand mehr in den Verhandlungen um sein Einkommen irgendein Eigentumsrecht geltend machen kann. Über das Verhältnis zwischen »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer« schrieb Steiner in seinem Hauptwerk zur sozialen Frage, in *Die Kernpunkte der sozialen Frage*, dass in Wahrheit der *Arbeitnehmer* den *Arbeitgeber* bezahle, in dem er für ihn die Waren produziere. Dadurch, dass der *Arbeitgeber* aber Eigentümer der Produktionsmittel und damit von vorne herein auch Eigentümer der produzierten Waren ist, interpretiere er sein Verhältnis zu den Arbeitern so, als würde er die Arbeiter aus dem Erlös der Waren bezahlen. Durch das Eigentum an den Produktionsmitteln könne der sog. Arbeitgeber einfach alleine das Verhältnis bestimmen, in dem der Gegenwert der gemeinsam produzierten Waren aufgeteilt werde, und sich selbst besser abfinden.

Dieses Eigentum muss deshalb laut Steiner verschwinden, und an seine Stelle muss das Eigentum der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz treten. Freilich kann es dann noch erfinderische Köpfe geben, die die Arbeitsprozesse zusammenführen. Ein Eigentum am Arbeitsplatz der Arbeiter, über das sie den Arbeitern irgendwelche Gewinne abpressen können, haben sie deswegen nicht. Vielmehr treten, wenn das Eigentum neutralisiert ist, und die Betriebe »sozialisiert« sind, die wahren Verhältnisse zum Vorschein, und die *Arbeitsleiter* müssen dann *ihrerseits ihr* Einkommen mit den Arbeitern aushandeln. Sie können den Preis der Waren, die Ihnen die Arbeiter liefern, nicht mehr drücken, sondern müssen jetzt ihren wahren Wert bezahlen. Das sind die Verhandlungen, von denen Rudolf Steiner spricht, und von denen Elisabeth Voß annimmt, sie entsprächen der klassischen liberalen Wirtschaftstheorie.

Wenn aus irgendwelchen Eigentumsrechten überhaupt kein »Mehrwert« mehr entstehen kann, dann macht eine Einkommenssteuer keinen Sinn mehr, eine Anpassung der Steuer an die Art der Ausgaben dagegen sehr wohl. Das ist der Hintergrund der Steinerschen Ausgabensteuer. Die Anhänger Werners isolieren Aussagen Steiners und lassen den Zusammenhang, in dem sie stehen, unter den Tisch fallen. Das nennen sie dann »ergebnisoffenes« Denken. Im *Ergebnis* wird einfach einer *protektionistischen* Wirtschaftstheorie mit Hilfe Rudolf Steiners eine esoterische Aura verliehen, wodurch diese dann eine magische Anziehungskraft auf viele ausübt, die sich sicher aus ganzem Herzen nach einer menschenwürdigeren Gesellschaft sehnen.

Rudolf Steiner benennt den Gegenstand seiner Schrift *Die Kernpunkte der sozialen Frage*, in welcher er die Idee einer sozialen Dreigliederung als Gegenbild zum nationalistischen Einheitsstaat entwickelt, aber wie folgt: *»Diese Schrift stellt eine Form des sozialen Organismus dar, in dem der Begriff des Arbeitslohnes ebenso eine Umformung erfährt wie der alte Eigentumsbegriff«* (GA 23, S.108). Heute setzen sich wieder in der ganzen Welt Menschen für die in dieser Schrift vertretenen Idee einer Auflösung des alten Eigentums ein. Wer sich ein Bild davon machen will, um was es dabei geht, der sollte nicht Götz Werner fragen, sondern einen Blick auf die Webseite www.dreigliederung.de werfen. Die Seite ist das meistgelesene Medium zum Thema und bietet neben vielen anderen Texten auch *Die Kernpunkte der sozialen Frage* zum kostenlosen download an.●

Institut für soziale Dreigliederung
www.grundlos-bodenlos.de

3. GRUNDEINKOMMENSKONGRESS

Auf dem Weg um Grundeinkommen – bedingunglos und existenzsichernd

Mit den Kongressen in Wien 2005 und in Basel 2007 haben wir eine Tradition internationaler deutschsprachiger Kongresse zum bedingungslosen Grundeinkommen begründet. Schon in diesem Jahr setzen wir diese mit dem dritten Kongress in Berlin fort.

In der Zwischenzeit ist viel passiert. Die Debatte zum Grundeinkommen wird zunehmend konkreter, die Zahl der Befürworter wächst, die Finanzierungsmodelle werden immer exakter, immer öfter wird das Modell von Politikern und Parteien aufgegriffen. Das Grundeinkommen hat einen festen Platz in der öffentlichen Meinung gefunden. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass durch die in diesem Jahr erstmals stattfindende »Woche des Grundeinkommens« ein weiterer Mobilisierungsschub für das BGE in den Regionen erfolgt ist. Die Fortschritte sind unübersehbar, heute sind wir tatsächlich »auf dem Weg zum Grundeinkommen«.

Unter dem bedingungslosen Grundeinkommen verstehen wir ein Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder

- individuell,
- in existenzsichernder Höhe,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zur Gegenleistung

ausgezahlt wird.

Der Kongress wird wieder von den deutschen, österreichischen und schweizerischen Grundeinkommensinitiativen gemeinsam organisiert. Ziel ist es, die Debatten der vergangenen Jahre zum Grundeinkommen weiterzuführen. Wir wollen für die Idee werben und über alle damit zusammenhängenden Fragen öffentlich diskutieren. Der Kongress ist offen für alle Interessierten, dazu gehört selbstverständlich auch die faire und sachliche Diskussion mit den Kritikern der Idee.

Termin: 24. bis 26. Oktober 2008
Ort: Humboldt-Universiät Berlin
Information & Anmeldung:
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
Tel.: 0049-(0)30 – 61 26 0 75,
Fax 0049-(0)30 – 61 28 30 11
E-Mail: koordination@grundeinkommen2008.org
www.grundeinkommen2008.org

BUCHBESPRECHUNG

Menschheitliche Wirtschaftsordnung – ein Entwurf

Vieles in der Wirtschaftsordnung Deutschlands funktioniert nicht und führt zu ungerechten Ergebnissen. Aus diesem Grund entwirft Martin Regner – Absolvent des Studiengangs Sozialwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg – in seiner sehr positiv benoteten und als Buch erschienen Diplomarbeit eine neue, menschheitliche Wirtschaftsordnung. In dieser stehen der Mensch und seine Würde im Mittelpunkt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Zu Beginn seiner Monographie stellt Martin Regner mit einem Überblick über die Ursprünge volkswirtschaftlichen Denkens von der Antike bis heute fest, dass die Wirtschaft dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Anschließend arbeitet er zentrale Prinzipien der Menschheitlichkeit heraus, an denen sich die Wirtschaft orientieren und an denen sie sich messen lassen muss. Diese leitet er im Wesentlichen aus der kantianischen Ethik und aus der Freiheits-, Rechts- und Staatslehre von Karl A. Schachtschneider ab.

Wichtige Gestaltungsprinzipien

Freiheitsprinzip, Gleichheitsprinzip, Privatheitsprinzip und das Prinzip der kleinen Einheit werden in dem Buch als zentrale Grundlagen herausgearbeitet. Auch sollte der Mensch nach dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit über ein Mindesteigentum verfügen, das ihm ein menschenwürdiges Dasein, ein selbstbestimmtes Leben und Dispositionsfreiheit zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit eröffnet. Wer sich ein solches nicht selbst durch Arbeit und Leistung verschaffen kann, dem muss laut Regner im Wege der Umverteilung geholfen werden, ohne die Leistungsanreize in der Gesellschaft zu untergraben. Das Prinzip der Bescheidenheit vor der Umwelt gebietet, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen nicht zu beeinträchtigen. Im Rahmen der Erörterung des Arbeitsprinzips wird zudem das Recht des Menschen auf Arbeit im Sinne eines Rechts auf einen Arbeitsplatz begründet.

Nachdem Regner die Maßstäbe aufgestellt hat, an denen sich nach seiner Auffassung eine Wirtschaftsordnung orientieren muss, wenn sie dem Wesen des Menschen entsprechen, also menschheitlich sein soll, analysiert er anhand dieser Maßstäbe die in der jüngeren Vergangenheit bis heute praktizierten Wirtschaftsordnungen in Deutschland. Er kommt zu der Erkenntnis, dass eine marktlich organisierte Wirtschaft richtig ist, sofern der Markt in eine übergeordnete Rechtsordnung eingebunden bleibt, die sein Funktionieren und die Einhaltung der Prinzipien der Menschheitlichkeit sicherstellen.

Kritik bisheriger Systeme

Die Soziale Marktwirtschaft und der globalisierte Kapitalismus werden allerdings kritisch gesehen: Die Unterordnung des Menschen und seiner Würde unter die Gewinnmaximierungsinteressen der Kapitaleigentümer, die Ungerechtigkeit der Verteilung in Deutschland und insbesondere die wachsende Armut in immer breiteren Schichten der Bevölkerung, das jahrzehntelange Phänomen der Massenarbeitslosigkeit und zahlreiche weitere Kritikpunkte wie auch die in der Regel hierarchische Struktur der Wirtschaftsunternehmen gehören zu den größten Probleme dieser Wirtschaftsordnungen. Auch Kommunismus, Sozialismus und zentralverwaltete Planwirtschaft sind für Regner keine Alternative. Diese versagen aus anderen Gründen im Lichte der Menschheitlichkeit, in erster Linie wegen der Ungerechtigkeit der diktatorischen Enteignung der Produktionsmittel und der Unfreiheit der Menschen in diesen Systemen.

Aus diesem Grund entwirft der Autor eine neue, eine menschheitliche Wirtschaftsordnung. Er greift für diesen Zweck auf die Genossenschaftsidee zurück, die er erweitert und erneuert. Zentrales Element seines Entwurfs ist die von ihm so bezeichnete Sozial-Produktivgenossenschaft – ein genossenschaftlich organisiertes, sich im kollektiven Privateigentum befindliches und im marktlichen Wettbewerb stehendes Unternehmen. Dessen Anteile gehören eines Teil den Mitarbeitern der Unternehmen, werden aber auch unter der allgemeinen Bevölkerung verlost oder fließen dem Staat zu.

Fortsetzung nächste Seite

KOMMUNALE AUFGABEN

Genossenschaftliche Wasserversorgung

– eine zukunftsfähige Option!

Zur Zeit stehen die vielen kommunalen Unternehmen, die als Stadtwerke die Versorgung der Bevölkerung sowie der in den Kommunen angesiedelten Gewerbebetriebe mit Wasser und Energie garantieren, den vier großen, gebietsmonopolartig agierenden Energieunternehmen RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW gegenüber. Vor diesem Hintergrund beauftragte der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e.V. Hans Jürgen Rösner, Johannes Blome-Drees sowie Ingrid Schmale vom Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln mit einer Vorstudie zu den Potenzialen der genossenschaftlichen Rechtsform im Bereich der Kommunalen Ver- und Entsorgung.

Ingrid Schmale, Red. Genossenschaften ● Seit längerer Zeit sind in dem Bereich der kommunalen Energieversorgung sowie der Wasserver- und -entsorgung starke strukturelle Wandlungen beobachtbar. In den 1970er Jahren wurden in einer Privatisierungswelle die meisten Stadtwerke in eine private Rechtsform transformiert. Dabei kam vor allem die Rechtform der GmbH zum Zuge. Nicht zuletzt durch den Einfluss der Liberalisierungspolitik der EU ist in neuerer Zeit der Energie- und Wassersektor weiteren strukturellen Änderungen unterworfen. Diese sind darauf gerichtet, bestehende Gebietsmonopole aufzubrechen und die ehemals geschützten Bereiche dem marktlichen Wettbewerb zu öffnen.

600 Wasserversorger in NRW

Im Bereich der Wasserver- und -entsorgung nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich eine Sonderrolle ein: Ca. 6.500 Wasserversorgungsunternehmen versorgen über 80 Mio. Einwohner in 13.364 Kommunen. Bezogen auf 1 Mio. Einwohner kommen in Deutschland mehr als 80 Wasserversorgungsunternehmen, während in Frankreich oder auch in England die gleiche Anzahl von Menschen von nur einem Unternehmen versorgt wird. Ähnlich sieht die Situation in der Abwasserentsorgung aus, die – sofern es sich um ein öffentlich-rechtliches Entsorgungsunternehmen handelt – steuerfrei gestellt ist und daher vielfach unternehmerisch getrennt von der Wasserversorgung organisiert ist.

Seit Ende der 1990er Jahre sind 4 Prozent der deutschen Wasserversorgungsunternehmen für ca. 60 Prozent der Wasserversorgung zuständig. Diese Großunternehmen, wie RWE AG, Gelsenwasser AG oder auch Berlinwasser und Berlinwasser International AG, konzentrieren sich auf die industriellen Ballungsräume. In den ländlichen Räumen wird das Bild weiterhin von Kleinunternehmen geprägt, so dass es im Jahr 2002 allein in NRW 600 Wasserversorgungsunternehmen gab.

Hoher Investitionsbedarf

Den seitens der EU forcierten Privatisierungs- und Liberalisierungsprozessen zur Seite steht ein hoher Investitionsbedarf, der auf leere kommunale Kassen trifft. Allein die für die Wasserver- und entsorgung notwendigen Sanierungs- und Bestandsinvestitionen der Kanalisation wurden bereits vor einigen Jahren von der damaligen rot-grünen Bundesregierung auf 150-250 Mrd. EURO in den folgenden 15-20 Jahren geschätzt. Auch wenn diese Größenordnung nicht unbestritten ist: Nicht einfacher wird die Situation, wenn man bedenkt, dass Energie und Wasser keine Wachstumssektoren sind. Dafür sorgen die demographische Entwicklung, der Rückgang der Industrieproduktion und nicht zuletzt die zunehmende Verbreitung verbrauchsreduzierender Geräte und Technologien.

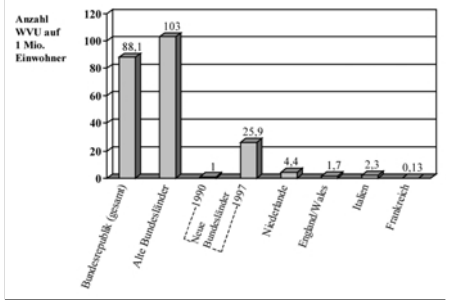


Abb.: Anzahl der Wasserversorgungsunternehmen pro 1 Mio. Einwohner im internationalen Vergleich (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005) S. 5)

Schon vor den verstärkten Privatisierungs- und Liberalisierungsaktivitäten der letzten Jahre kam es zu genossenschaftlichen Neugründungen im Bereich kommunaler Ver- und Entsorgung. Unter den zwischen 1993 und 1998 gegründeten 109 Genossenschaften sind beispielsweise achtzehn Energiegenossenschaften, die überwiegend im Sektor Wasser tätig sind. In Ellerhoop stellt eine Genossenschaft die Wasserversorgung für die Gemeinde bereit. Die Bremer Energiehaus-Genossenschaft möchte ihre inzwischen 500 Mitglieder zukünftig in Eigenregie mit Gas versorgen. In Hindenlang sichert ein genossenschaftlich betriebenes Elektrizitätswerk schon seit 1990 für 417 Mitglieder die Stromversorgung. Greenpeace energy eG bietet bundesweit als einzige Genossenschaft »sauberen« Strom an, der weder aus Atom-, noch aus Kohlekraftwerken, aber zu mindestens 50 Prozent aus regenerativen Energien sowie maximal 50 Prozent aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen stammt.

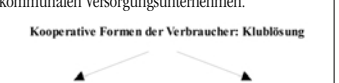
Dies sind alles keine Einzelfälle. Im Jahr 2001 sollen im Verbandsgebiet des Norddeutschen Genossenschaftsverbandes immerhin 90 Wassergenossenschaften bestanden haben; im Jahr 2008 berichtet der bayrische Genossenschaftsverband von 39 Wasserleitungsgenossenschaften, die bei ihm Mitglied sind. Ferner werden auch 35 Elektrizitätsgenossenschaften genannt.

Kritische Bürgerreaktionen

Nun zeigten die vorangegangen Privatisierungs- und Liberalisierungsbemühungen im Bereich des Energiemarktes nicht die Wirkungen, die zunächst erwartet wurden. Weder Preissenkungen, noch eine Erhöhung der Wettbewerbsintensität oder eine bessere Versorgungsqualität sind eingetreten. Nicht zuletzt durch diese Zielverfehlungen ist die Öffentlichkeit gegenüber Privatisierungsbestrebungen sensibilisiert. Bürger reagieren mit Unmut auf Preiserhöhungen ihrer Versorgungsunternehmen und es formiert sich Protest, der durch Umweltschutz- und Verbraucherverbände eine Lobby erhält.

So berichtet der LAK Wasser des BUND NRW bei 26 getätigten oder geplanten (Teil-) Verkäufen und Betriebsführungen von öffentlichen Wasser- und Energieversorgungsunternehmen in den Jahren 2000 bis 2003 von 9 Bürgerbegehren (davon 4 erfolgreich durchgeführt) und 6 Bürgerentscheiden (davon 5 erfolgreich durchgeführt). Vielfach wird die Beibehaltung der regionalen Ver- und Entsorgung gefordert. Gerade die mitglieder- und regionalgebundenen Genossenschaften rücken damit in den Blickpunkt auf dem kommunalen Ver- und Entsorgungsmarkt.

Interkommunale Kooperation wird meist in Form der sog. Zweckverbände durchgeführt, um in einem größeren Einzugsbereich die Größenvorteile zu nutzen. Hier wäre zu prüfen, ob die Rechtsform der Genossenschaft durch die jüngsten Änderungen des Genossenschaftsrechts in Frage kommt. Als Einkaufsgenossenschaft (Beschaffungsgenossenschaft) können Kooperationen von Unternehmen der kommunalen Ver- und -Entsorgung sinnvoll sein. Durch die Bündelung von Nachfrage ergeben sich häufig günstige Konditionen bei der Beschaffung. Zu denken ist hier an den gemeinsamen Bezug von Energien und Wasser, aber auch von Anlagen der Stadtwerke sowie weiteren Hilfs- und Betriebsstoffen. Jüngstes Beispiel ist die zum Jahresbeginn 2008 gegründete enPlus mit Hauptsitz in Würzburg, ein Erdgasverbund von neun fränkischen kommunalen Versorgungsunternehmen.



Gerade auf Nachfragerseite ist im Fall der Monopolsituation auf dem Energie- und Wassersektor an die sog. Clublösung in Form der Genossenschaft zu denken: die Nachfrager bilden eine Genossenschaft, um sich als Mitglieder mit Energie und Wasser zu versorgen. Als Nachfrager sind sie den Entscheidungen des Managements unterworfen und können dieses als Mitglied stärker kontrollieren und in ihrem Sinne beeinflussen. Auch für die nachfragenden Unternehmen könnte es sinnvoll sein, Energie und Wasser durch Einkaufsgenossenschaften günstig zu beziehen. Die Vorteilhaftigkeit der Rechtsform der Genossenschaft hat in der Vergangenheit zu zahlreichen Einkaufsgenossenschaften des Handwerks (z.B. der Maler, Bäcker, Installateure, Dachdecker etc.), aber auch im Gesundheitssektor (z.B. Apothekereinkaufsgenossenschaft, Krankenhauseinkaufsgenossenschaft etc.) geführt.

Vorteile der Genossenschaft

Der Rechtsform der Genossenschaft wird attestiert, dass sie besonders geeignet ist, öffentliche Aufgaben aller Arten zu realisieren. Die auf die Förderung der Mitglieder gesetzlich fixierte Zweckbestimmung lässt bei dieser Unternehmensform für überzogene Renditeerwartungen bzw. fremde Gewinnmaximierungsinteressen keinen Raum. Überschüsse verbleiben im Unternehmen oder fließen durch die Rückvergütung an die nutzenden Mitglieder, die zugleich auch Eigentümer des genossenschaftlichen Unternehmens sind, zurück. Die Mitglieder haben ein Interesse an der Kontrolle der Geschäftsführung, die zudem nicht nur der Kontrolle durch den Aufsichtsrat, sondern auch der Prüfung durch die genossenschaftlichen Prüfungsverbände unterliegen. So bietet die genossenschaftliche Organisationsform eine interessante Lösung für die regional verankerte sowie nutzernahe und nutzerbestimmte Versorgung.●

Ausführlich: »Potenziale für genossenschaftliche Neugründungen im Bereich kommunaler Ver- und Entsorgung«. Gutachten im Auftrag des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes e.V. von Hans Jürgen Rösner, Johannes Blome-Drees sowie Ingrid Schmale (Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln).

Makroaufnahme eines Wassertropfens

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Holzhausener Wasser-Abwasser-Genossenschaft eG

Die Holzhausener Wasser-Abwasser-Genossenschaft eG (HoWAG) wurde vor vier Jahren zum Bau und Betrieb der Wasser- und Abwasserversorgung ins Leben gerufen. Eigenverantwortung der Bürger sowie Hilfe zur Selbsthilfe führten zur Gründung der Genossenschaft, die erfolgreich kommunale Aufgaben übernahm. Heute versorgt die HoWAG einen weitab vom Hauptort liegenden Ortsteil kostengünstig mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser. Die Genossenschaft ist Ausdruck einer gelebten Bürgergesellschaft und zugleich gelungenes Beispiel dafür, wie durch bürgerliches Engagement nachhaltig Lebensqualität im ländlichen Raum geschaffen werden kann.

Wassergenossenschaft Hartau

Die Wassergenossenschaft Hartau eG (Lankreis Löbau-Zittau) versorgt 654 Einwohner mit jeweils 80 Litern Trinkwasser pro Tag. Am 1. November 1995 gegründet, ist sie ein stabiler Versorger. Als Unternehmen von 180 Mitgliedern, meist Grundstückseigentümer, liefert sie jährlich ca. 21.000 Kubikmeter Trinkwasser. Diese Jahres-Menge an Trinkwasser entspricht einem Umsatz von 40.000 Euro. Die Genossenschafter brachten in Eigenregie ein neues Rohrnetz mit verschiedenen Ringleitungen in den Jahren von 1995 bis 1998 im Dorf und 2001 dann außerhalb der Ortslage in den Boden. 2002 wurde eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage in Betrieb genommen. Sie kostete 12.000 Euro. Seit 1991 war das Grund- und Verbrauchsentgelt für Trinkwasser in Hartau nicht erhöht worden. Durch die Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Trinkwassers und die allgemeinen Kosten beträgt seit dem 1. Januar 2005 das Grundentgelt 6,00 Euro im Monat pauschal für jeden Anschlussnehmer. Das Verbrauchsentgelt (für private Abnehmer) beläuft sich auf weitere 1,43 Euro pro Kubikmeter. Damit gehört die Wassergenossenschaft Hartau eG im Vergleich mit anderen regionalen Trinkwasserversorgern zu den günstigsten Anbietern im Landkreis.

FORTSETZUNG VON SEITE 12

Genossenschaftliche Ordnung

Das Konzept führt dazu, dass auf Steuern und Sozialversicherungen weitgehend verzichtet werden kann: Die Bevölkerung erhält ein Grundeinkommen aus den jedem Menschen zugelosten Genossenschaftsanteilen und der Staat deckt seine Staatseinnahmen aus derselben Quelle. Die Wirtschaft wird demokratisiert und föderalisiert, weil die Unternehmensentscheidungen in innergenossenschaftlicher Demokratie herbeigeführt werden. Damit wird die Fremdbestimmung der Arbeitenden am Arbeitsplatz aufgehoben. Allgemeinschädliche Kapitalverwendung im Allgemeinen und Kapitalverlagerungen ins Ausland sowie die Schließung von Betrieben zur Gewinnmaximierung Einzelner im Speziellen werden merklich erschwert, weil die Arbeitnehmer und die allgemeine Bevölkerung mitentscheiden.

Die historisch gewachsene Trennung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern lässt sich so nach Einschätzung Regners aufheben. Dennoch werden gleichzeitig starke Leistungsanreize für die arbeitende Bevölkerung gesetzt. In Sozial-Produktivgenossenschaften soll die gesamte Volkswirtschaft umgewandelt werden. An einigen Beispielen aus der Praxis (z. B. am Unternehmen Mondragón im spanischen Baskenland) zeigt Regner, dass Selbstverwaltung sowie Selbstbestimmung von und in Unternehmen funktionieren können. Er weist aber auch auf offene Fragen und mögliche Probleme seines Entwurfes hin, zu deren Lösung er die Leser seiner Überlegungen aufruft.●

Martin Regner: Entwurf einer menschheitlichen Wirtschaftsordnung, 154 Seiten, 23 EUR, Cuvillier Verlag Göttingen

Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs

»1968« in der Schweiz? War da was? Ja, da war etwas, wenn auch etwas anderes, und in einer anderen politischen Umgebung, als in Frankreich oder in Deutschland. Mit »Bern 68« liegt ein reichlich illustrierter und ansprechend gestalteter Sammelband im Katalogformat vor, der die Breitenwirkung von »1968« in der schweizerischen Hauptstadt Bern anhand verschiedener Themenbereiche und am Beispiel von zwölf AktivistInnen und ihrer Biographien veranschaulicht.

Die Einleitung von Bernhard Schär versteht »1968« ganz im Mainstream der derzeitigen Forschung als Chiffre für einen längeren Zeitraum, der den Umbruch von den »autoritären Industriegesellschaften« hin zu »liberaldemokratischen Konsumgesellschaften« bezeichne. Dieser Umbruch habe viel mit Faktoren wie Wirtschaftswachstum und Bildungsexpansion zu tun gehabt, die erst einmal unabhängig von »1968« existierten. Speziell ist die »erinnerungspolitische« Dimension der politischen Kultur der Schweiz vor »1968«: Das Selbstbild wurde davon dominiert, dass man während des Zweiten Weltkrieges neutral gewesen sei und mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun gehabt habe. Diese Neutralität sei aber nur um den Preis einer erhöhten inneren Wachsamkeit gegen linke Bestrebungen zu bewahren gewesen. Dieses eiserne Prinzip der sogenannten »Geistigen Landesverteidigung« begann um »68« herum langsam aufzuweichen und wurde dann erst Ende der 1980er-Jahre wirklich ernsthaft in Frage gestellt, als es in der Schweiz zu einer zivilgesellschaftlich begründeten Abkehr vom Bild »Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine« kam.

Der Untersuchungsgegenstand Schweiz bzw. Bern lädt natürlich zu weiteren transnationalen Vergleichen ein: Vieles lässt sich mit Deutschland vergleichen, auch wenn die Bedeutung von »1968« für die Schweiz insgesamt als, so Schär, »marginal« bezeichnet werden muss. So gab es in der Schweiz später keinen »Terrorismus«, keine Allianz zwischen Studierenden und ArbeiterInnen, auch wenn »1968« in der Schweiz nicht so stark studentisch geprägt war, wie in Deutschland. Schär behauptet sogar, es habe in der Schweiz »keine vergleichbaren Diskriminierungen wie in den USA« gegeben, was zwar in diesem Vergleich wahr sein mag, aber angesichts der rechtlichen Diskriminierung der »Saisonniers« genannten ArbeitsmigrantInnen als etwas gewagt angesehen werden muss. Schär bezeichnet die Langzeitwirkungen von »1968« zusammengefasst als »bürgerliche Revolution«, was freilich nur geht, wenn man, wie er selbst schreibt »von den sozialistischen Absichten der AktivistInnen abstrahiert«.

Im Anschluss finden sich zehn Detailstudien zu einzelnen wichtigen Themenbereichen und dazugehörigen exemplarischen AkteurInnen. Gegenstand ist die Dritte-Welt-Solidarität, der Protest gegen den Vietnamkrieg, die Lesbenbewegung, die Musikszene, die Schüler- und StudentInnenbewegung, die Bewegung gegen Knäste sowie einer Gruppe der radikalen Linken.

Auf zwei Beiträge sei noch näher eingegangen. Die sogenannten »Nonkonformisten« waren die Journalisten, literarischen und in anderer Weise künstlerisch tätigen Individuen, die schon in den frühen 1960er Jahren die »Geistige Landesverteidigung« und den Allparteienkonsens zu Wachstum, Planung, Rassismus und Langeweile in Frage gestellt hatten. Das Bündnis der Nonkonformisten mit Prominenten wie Max Frisch oder Friedrich Dürrenmatt war wichtig für die Außenwirkung der im Binnenverhältnis relativ elitären Nonkonformisten, die nonkonformistischen Journalisten hatten eine wichtige Vermittlungsfunktion für »1968«.

Ein Thema, das es so meines Wissens in der BRD zu jener Zeit nicht gab, war die Auseinandersetzung mit und die Solidarität mit den »fahrenden Leuten«, den »Jenischen«, jener Gruppe, die heute Sinti und Roma genannt werden. Sie wurden (und werden) diskriminiert und vom Schweizer Staat verfolgt, ihre Kinder damals in Heime zwangseingewiesen. Die Solidarität mit ihnen war auch von romantischen Bildern der damaligen Hippiebewegung gespeist, Bilder wiederum, mit denen die »Jenischen« für ihre mediale Repräsentation arbeiteten.

Bemerkenswert ist, dass der Band durchweg von jungen bis sehr jungen HistorikerInnen und Angehörigen anderer Disziplinen geschrieben wurde, was ihm nicht geschadet hat, im Gegenteil. In ähnlicher Aufmachung und inhaltlicher Struktur liegt auch ein Band zu »68« in Zürich vor (siehe CONTRASTE 286/287, Seite 6). Beide sind auch für NichtschweizerInnen sehr anregend zu lesen; und beide können, was die Gestaltung und die inhaltliche Breite angeht, als Anregung für weitere lokale oder regionale Studien dienen, zu »1968«, aber auch zu den sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, deren Historisierung bevorsteht.●

Bernd Hüttner

Bernhard Schär u.a. (Hrsg): Bern 68. Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs. Ereignisse und Erinnerungen, Hierundjetzt Verlag, Baden/Schweiz 2008, 227 S., 22,80 EUR

Existenzgeld reloaded

Das Modell der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen-und Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) aus dem Jahre 2000 wird reloaded (neudeutsch für neu aufgelegt). Spannend daran ist nicht die Umrechnung in Euro, auch das Modell an sich ist nicht neu, aber die Gestaltung des Umfeldes ist neu.

Das Prinzip Existenzgeld bleibt gleich:

1. Ein Existenzgeld, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sichert, steht allen Personen, die dauerhaft in der BRD leben – unabhängig von ihrer Nationalität und dem Aufenthaltsstatus – in gleicher Höhe zu, ohne Unterhaltspflicht, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitszwang.
2. Das Existenzgeld ist ein Grundeinkommen, festgesetzt auf 800 Euro monatlich plus dem Betrag für die gesetzliche Krankenversicherung, es wird dynamisiert. Das Existenzgeld ist unpfändbar.
3. Zusätzlich zum Existenzgeld werden die tatsächlichen Wohnkosten warm, also inklusive der Betriebskosten, übernommen. Dabei ist jedoch der jeweilige Mietspiegel sowie die Angemessenheit der Wohnungsgröße zu berücksichtigen. Wolfram Otto aktualisiert seine These von der Bezahlbarkeit eines solchen Existenzgeldes.

Damit ist das Existenzgeld nach wie vor der radikalste Ansatz bei den Grundeinkommensmodellen.

Neu ist die Benennung der Position zwischen Regelsatz und Existenzgeld. Die BAG SHI bindet damit ihren Alltagskampf in die Forderung nach einem Existenzgeld: Die Erhöhung der Regelsätze auf 500 Euro und im zweiten Schritt das Existenzgeld. In dieser Reihenfolge und gleichzeitig. Damit eröffnen sich auch Bündnisse mit anderen Organisationen und auch eine Erfolgsorientierung bei aktuellen Kampagnen.

Auch Harald Rein stellt die Existenzgeldforderung in die Kämpfe der Erwerbstätigen und baut mit der Trias Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Existenzgeld die Brücke für Gewerkschafter. Letztlich zielt auch der Exkurs von Anne Allex über die Ware-Geld-Beziehungen im Kapitalismus bei Marx auf gemeinsame Kämpfe der Erwerbstätigen und Erwerbslosen für ein Existenzgeld. Doch gerade die (noch) Erwerbstätigen und ihre Funktionäre tun sich (noch) schwer. Andreas Geiger diskutiert die aktuelle Diskussion um den Kinderregelsatz als einen Baustein für die Diskussion um ein Bedingungsloses Grundeinkommen.

Das ist neu an dem Buch! Erste Schritte, kurzfristige Forderungen und Bündnisangebote!

Auch ist die Debatte in Schwung geraten durch neue und alte Ansätze, was eine Abgrenzung des Existenzgeldmodells notwendig macht. Deutlich wird dabei der Unterschied zu Grundsicherungsmodellen, die weiterhin Bedürftigkeit vorsehen. Erwerbszentrierung bleibt das vorherrschende Modell bei Modellen der Negativsteuer, mit denen – so Anne Allex – Niedriglöhne durchgesetzt werden sollen. Interessant ist die globale Diskussion – in Argentinien, Spanien, Schweiz, Frankreich und Brasilien – die Anne Allex darstellt.

»Erst nachdem eine Welt mit Existenzgeld als Vorstellung in den Köpfen der Menschen entstanden ist, kann überhaupt der politische Druck entstehen, der nötig ist, um das Existenzgeld einzuführen.« Robert Ulmer geht den Hindernissen nach, die diese Vorstellung verhindern. Die Lohnarbeit und die darauf basierende Arbeitsmarktpolitik, die Anreize schaffen will oder direkt Zwang ausübt. Aber auch, dass diese auch in den meisten Köpfen verankert ist, verhindert letztlich, dass die Erfolge der Produktivitätssteigerung auch bei den Lohnabhängigen ankommen. Das Buch will seinen Beitrag dazu leisten.●

Dieter Koschek

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (Hg.): Existenzgeld Reloaded, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2008, 143 Seiten, ISBN 978-3-930830-96-1, 16 EUR

Retter der Demokratie, Retter des Staats?

Ein Kompendium über »die« sozialen Bewegungen in Deutschland seit Kriegsende ist, gelinde gesagt, ein gewagtes Unterfangen. Einmal, weil der enzyklopädische Anspruch dem Eigensinn des Gegenstandes zuwiderläuft. Und zum anderen, weil sich – je nach Blickwinkel – immer eine Bewegung finden lässt, deren Bedeutung in einer solchen Überblicksdarstellung nicht ausreichend dargestellt wird. Die sozialen Bewegungen der letzten sechzig Jahre dennoch in einem Handbuch würdigen zu wollen, hat sicher auch damit zu tun, dass die wenigen institutionell abgesicherten Bewegungsforscher in der Bundesrepublik an der Reputation ihrer Fachrichtung arbeiten müssen – und das auch mittels solcher Publikationen versuchen.

Jenseits des groben Überblicks über Frauen-, Umwelt- oder Menschrechtsbewegungen geht es den Herausgebern Roland Roth und Dieter Rucht um die Rolle sozialer Bewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR und damit um die Frage, was sie bewirkt haben und heute noch bewirken. Ausgangspunkt ist dabei der empirische Befund der Politikverdrossenheit, der sich auf die konventionellen Formen der politischen Partizipation bezieht, während bewegungsförmiges Engagement deutlich zugenommen hat: »Dieses Faktum wird zwar weithin anerkannt, aber das gesellschaftspolitische Gewicht, die Botschaften und die demokratiepolitischen Herausforderungen des Bewegungssektors bleiben umstritten.«

Roth und Rucht sehen soziale Bewegungen als eines der zentralen Merkmale der Moderne, als Ausdruck der Fähigkeit einer Gesellschaft, sozialen Wandel aktiv gestalten zu können. Dazu gehört etwa, gemeinsam Ziele formulieren zu können, eine gewisse Beständigkeit im Engagement, mit Öffentlichkeit als Ort der Austragung von Konflikten umgehen zu können und schließlich den Anspruch der Gesellschaftsveränderung immer auch mit der Idee der Selbstveränderung zu verknüpfen. Diese Aspekte unterscheiden sie deutlich von anderen Formen der Organisation politischen Interesses, wie etwa Parteien, aber auch Bürgerinitiativen oder die auf globalen Terrain agierenden so genannten Nichtregierungsorganisationen.

21 Bewegungen werden im Handbuch untersucht, wobei eine einheitliche Struktur der Beiträge die Vergleichbarkeit erleichtert und den Schwerpunkt deutlich auf einen lexikalischen Überblick legt. Was da allerdings gegenübergestellt wird, ist nicht immer so ohne weiteres vergleichbar: Ein Beitrag über die Arbeiterbewegung steht neben anderen über verschiedene single-issue Bewegungen und, ganz dem Verfassungsschutzbericht angelehnt, werden Linksradikalismus und Rechtsextremismus als Bewegungen abgehandelt – als ob es nicht in jeder sozialen Bewegung verschiedene politische Strömungen geben würde.

Die Herausgeber selbst liefern neben diesen Überblicksartikeln eine pointierte Interpretation von Bewegung und Wissenschaft. Den tatsächlichen Entwicklungen unangemessen, entwickelte sich in der deutschsprachigen Diskussion erst in den siebziger Jahren ein prägender Begriff, der sich am Leitthema Demokratisierung orientierte. In der Folge ist von einer »Normalisierung von Protest« und der »Bewegungsgesellschaft« die Rede. Eine einseitige Fixierung auf die so genannten neuen sozialen Bewegungen, ihre postmaterialistischen Werte und ihren Abschied vom Klassenbegriff habe schließlich dafür gesorgt, dass die soziale Frage auch in der Forschung bis in die neunziger Jahre vernachlässigt wurde. Der heutigen Bewegungsforschung attestieren Roth und Rucht zwar einen Verlust an »Großinterpretationen« und eine Hinwendung zu Theorien »mittlerer Reichweite«, dafür verfüge sie über exakte analytische Fragestellungen und ein ausgefeiltes methodisches Instrumentarium.

Bleibt die Frage nach der Wirkungsgeschichte. Ein gesellschaftliches Problem bestimmen zu können und breitenwirksam zu thematisieren, schließlich kollektive Lösungen vorzuschlagen – agenda setting zu betreiben – diesen Aspekt sozialer Bewegungen sehen Roth und Rucht als ihren größten Erfolg an: »Viele soziale Themen bleiben unterhalb dieser Schwelle«. Darüber hinaus gibt es aber auch Auswirkungen auf den so genannten harten Politikbereich wie auch auf die politische Kultur und die Alltagswelt. Kurzum: Soziale Bewegungen werden zu der zentralen demokratischen Herausforderung liberaler Staaten, denen die Innovationskraft ihrer bürokratisierten Institutionen versiegt.

Sind dann die sozialen Bewegungen nicht letztlich die Retter des Staats, den sie einmal bekämpft haben? Diese Frage bleibt leider ungestellt, kann aber auf Grundlage des umfangreichen Materials, das dieser Band zur Verfügung stellt, diskutiert werden.●

Gottfried Oy

Roland Roth/ Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2008, 770 Seiten, 49,90 EUR

Verlorene Kindheit – errungene Freiheit

In seiner Autobiographie legt Uwe Timm Zeugnis ab von einem freiheitlichen Lebensentwurf, dabei gewährt er persönliche Einblicke in deutsche Zeit- und libertäre Bewegungsgeschichte. Timm vermitteln sich im geschützten Raum familiärer Privatheit bereits in jungen Jahren deutlich spürbar Skepsis, Ablehnung und Kritik gegenüber der NS-Diktatur. Anfänglich bringt das die kindliche Psyche in Loyalitätskonflikte, schärft dann aber den Blick. In Kontakt mit der Freiwirtschaftsbewegung kommt Timm durch Hermann Prüss, der ihm kurz nach Kriegsende »Die natürliche Wirtschaftsordnung« von Silvio Gesell und Bücher von Werner Zimmermann schenkt. Den Schweizer Lebensreformer Zimmermann lernt Timm wenig später auch persönlich kennen.

Wie unkritischer Staatsgläubigkeit effektiv begegnet werden kann, ist in Timms Selbstverständnis jedoch längst zu einer entscheidenden Frage geworden. Konsequentere Antworten bietet ihm der Anarchismus. Hier scheint Timm noch am ehesten eine dauerhafte politische Heimat finden zu können. Als libertäres Gegenmodel zum Zwangscharakter staatlicher Vergesellschaftung wird das Konzept vielfältiger Rechts- und Sozialgemeinschaften vorgestellt, zu denen sich die Individuen ihren jeweiligen Interessen gemäß freiwillig und widerruflich zusammenschließen. Hieraus ergibt sich für Timm die Forderung nach unumschränkter Vertragsfreiheit sowie nach dem Schutz des Eigentums. Ausgehend von der einfachen Tatsache, dass die Menschen in ihren Emotionen, Neigungen, Talenten und damit auch in ihren Vorstellungen vom »guten Leben« unterschiedlich sind, appelliert Timm an einen Konsens der Libertären. »Das Verbindende betonen, Trennendes sachlich diskutieren: Darauf kommt es an. Die Freiheit braucht Freunde.« Wer die persönlichen Verkehrsformen gerade von Anarchisten untereinander kennt, kann ermessen, wie weit diese noch von diesem Ziel entfernt sind.●

Markus Henning

Uwe Timm: Verlorene Kindheit – Errungene Freiheit, 208 Seiten, 19 EUR, Oppo-Verlag 2007

Wegbereiterinnen VII

Nun ist er nicht mehr wegzudenken aus den Büros, Werkstätten, Küchen und Wohnzimmern: Der Wandkalender im Format DIN A3 mit den zwölf aktiven Frauen aus der Geschichte. Immer mehr historisch arbeitende Frauen und Männer schreiben mit und bringen die Geschichten der oft zu Unrecht vergessenen Wegbereiterinnen ein. Auch im Kalender 2009 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, im Widerstand, in der Kunst und als Schriftstellerinnen für die Rechte der Frauen eingesetzt haben. Sie haben, so lange sie lebten, den Wunsch nach einer besseren Welt, in der es niemandem an dem fehlt, was für ein gutes Leben notwendig ist, nicht aufgegeben und dafür gekämpft.●

diego

11,95 EUR, zzgl. 4,90 EUR Porto. **Bestellungen:** Pellens Verlag, Meckenheimer Allee 158, 53115 Bonn, per Fax: 0228 659766 oder per E-Mail: anita@pellens.de, www.pellens.de

Crossing the Border

Das gemeinsame Werk von Justin Akers Chacón und Mike Davis thematisiert die Migration – im zweiten Teil explizit die lateinamerikanische Migration am Beispiel Mexiko – und deren Zusammenhang mit dem Klassenkampf. Dabei richtet sich der Fokus des marxistischen Soziologen Mike Davis auf die Gewalt, die sowohl von privater als auch staatlich institutioneller Seite gegen die MigranntInnen ausgeübt wurde (z.B. die Pinkteron Agentur, Ku Klux Klan) und zeichnet die unterschiedlichen Wellen dieser Gewalt nach. Ein wichtiger Aspekt dabei ist in diesem Zusammenhang die radikale Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World), die als erste amerikanische Gewerkschaft, ebenso MigranntInnen (und auch »Hausfrauen«) in ihren Reihen organisierte. Streckenweise verfällt Mike Davis dabei in einen marxistisch-pathetischen Ton.

Im zweiten Teil, der aus der Feder von Justin Akers Chacón stammt, wird der ökonomische Hintergrund der mexikanischen Migration vor dem Hintergrund der Handelsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) und deren Auswirkungen auf die Erwerbsstruktur in Mexiko aufgezeigt. Anhand dieser beiden Fokussierungen wird deutlich der innere Zusammenhang dessen aufgezeigt, wie die Migration durch die us-amerikanische Politik beeinflusst wird und gleichzeitig, die Bedeutung der Migration für die Wirtschaft beleuchtet.

Allerdings lassen die beiden Autoren die Stringenz in ihrem Werk fehlen – der Bruch zwischen den beiden Teilen ist sehr deutlich und auch einige Redundanzen wurden nicht bereinigt. Desweiteren fehlt eine Literaturliste – wobei sich diese bezüglich des ersten Teils auf wenige Literaturangaben beschränken würde. Dennoch ist die Studie sehr empfehlenswert, da sie eine der wenigen, so umfangreichen historisch-sozialen Studien zur Thematik in deutscher Sprache ist und zudem kompetent recherchiert ist.●

Maurice Schuhmann

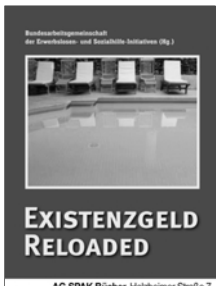
Justin Akers Chacón/Mike Davis: Crossing the Border: Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2007, 349 Seiten, 20 EUR, ISBN 978-3935936590

Anzeige

GEGEN BUCH MASSE
Veranstaltungen zur Buchmesse 2008
Vom 9. bis 21.10.2008
Jedes Jahr wird auf der Frankfurter Buchmesse tonnenweise frisch bedrucktes Papier präsentiert. Wir wollen vor allem linken AutorInnen und (Klein-) Verlagen ein Forum für kritische Gedanken bieten.
www.gegenbuchmasse.de

PROJEKTE

WG-Aufbau und Altwerden für 5 bis 7 Frauen; Handwerk, Tiere, Garten auf Denkmalhof, Südeifel: Miete / Beteiligung / FAIRCONOMY.
☎(0 65 22) 10 46 (AB)



KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: **alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21**) **30 38 13**, **E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 31.10.-2.11.2008

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 20.10.-24.10.08
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Aufruf zur Mitgestaltung des Kongresses »Solidarische Ökonomie«, Wien

Von 20.-22.2.2009 findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt. Alle sind eingeladen, workshops, offene Diskussionsrunden, Filme, Performances etc. einzubringen. Rückmeldungen sind bis **17.10.2008** erbeten.

Ziel des Kongresses ist:

- Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene;
- Den Begriff »solidarische Ökonomie« bekannt zu machen;
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis;
- Motivieren, in diesem Sinn aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt. Der Begriff soll bewusst nicht eng geführt werden und es soll Platz für unterschiedliche Konzeptionen und Ansätze sein sowie für kontroversielle Disussionen.
Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Kapitalismus, Zerstörung natürlicher Lebensräume genauso wie um den selbstreflexiven Blick auf solidarökonomische Projekte wie: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische und interkulturelle Gärten etc.
Unser Konsens gilt egalitären, partizipativen und unhierarchischen Formen und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie, die wir auch in Vorbereitung und Ablauf des Kongresses leben wollen.

Daraus ergab sich für die geplante Kongressstruktur:

- Parallele gleichwertige Einheiten, in denen alle ihre Inhalte anbieten können;
- Für spontane Veranstaltungsideen und weiterführende Diskussionen werden ebenfalls Räume vorhanden sein.

Welche Angebote von VeranstalterInnen es schon gibt, ist zu sehen auf www.solidarische-oekonomie.at. Bitte ggf. zwecks Koordination mit anderen in Kontakt treten und Eure/Deine Angebote auf der website eintragen!
Ausführlichere Informationen, Zeitstruktur des Kongresses und Anmeldung von Beiträgen zum Kongress:
www.solidarische-oekonomie.at

GRUNDEINKOMMEN

»Auf dem Weg zum Grundeinkommen, bedingungslos und existenzsichernd«

Mit einer Reihe von Podiumsdiskussionen, ca. 40 Workshops und kulturellen Highlights soll der 3. deutschsprachige Grundeinkommenskongress vom **24. bis 26. Oktober 2008** in Berlin noch größer als die beiden Vorläuferkongresse 2005 in Wien und 2007 in Basel werden. Und mit der Humboldt-Universität wurde ein attraktiver Tagungsort im Herzen der historischen Mitte Berlins gefunden.

Der Kongress ist Teil eines Gesamtprojekts zum Grundeinkommen mit dem Namen »Europa auf dem Weg zum Grundeinkommen«, für das die Veranstalter bei der EU-Kommission Fördermittel aus dem Programm »Aktive Zivilgesellschaft in Europa« beantragt haben.
Information & Anmeldung:
Koordinationsbüro
c/o Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung
Kottbusser Damm 72, 10957 Berlin
☎(0 30) 612 60 75
koordination@
grundeinkommen2008.org
www.grundeinkommen.org

LATEINAMERIKA

In Lateinamerika ist in den vergangenen Jahren viel in Bewegung geraten. Ansätze partizipativer Demokratie wie die neuen Verfassungen und partizipative Haushalte, Projekte Solidarischer Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Alternative Medien wie Basisradios und der Fernsehsender TeleSur, die Rücknahme von Privatisierungen, Landreformen, Bildungs- und Gesundheitsreformen zum Wohle der Bevölkerung, neue Wege ökologischer Nachhaltigkeit, internationale, emanzipatorische Projekte wie ALBA und die Bank des Südens, die Alternativen zu Freihandel und globalen Institutionen wie IWF und Weltbank darstellen, sind auch das Ergebnis der vielfältigen Aktivitäten sozialer Bewegungen und haben diesen gleichzeitig neuen Auftrieb gegeben.
Entsprechend hat sich auch die Solidaritätsarbeit in Deutschland in Richtung einer Solidarität als »Zweibahnstraße« verändert, in der es nicht mehr nur darum geht, die Bewegungen in Lateinamerika zu unterstützen, sondern auch darum, von den neuen Wegen, die dort gegangen werden, zu lernen für unsere Auseinandersetzungen und Kämpfe hier.
Termin: 31.10.-2.11.2008, Mannheim
Veranstalterin: attac-AG Lateinamerika
Weitere Infos gibt es unter:
www.attac.de/lateinamerikakongress

ÜBERWACHUNGSSTAAT

Freiheit statt Angst

Bürgerrechtsorganisationen rufen für Samstag, den **11. Oktober 2008** unter dem Motto »Freiheit statt Angst« zu einem Marsch durch Berlin auf, um gegen die ausufernde Überwachung durch Staat und Wirtschaft zu protestieren. Die Organisatoren sind sich einig, dass es höchste Zeit ist, vor dem Hintergrund permanenter Verschärfungen von Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen für die Verteidigung unserer Grundrechte auf die Straße zu gehen. Die Demonstration wendet sich unter anderem gegen die für Herbst geplante Aufrüstung des Bundeskriminalamts zu einer zentralen, exekutiven Polizeibehörde mit der Befugnis zum geheimen Ausspionieren von Privatcomputern.
Nach der im vergangenen Jahr mit über 15.000 Menschen größten Demonstration für Demokratie und Bürgerrechte seit 20 Jahren werden in diesem Jahr erstmals in verschiedenen Ländern gleichzeitig Menschen für ihre Freiheit auf die Straße gehen. Bereits 15 Länder weltweit haben ihre Teilnahme an dem internationalen Aktionstag am 11. Oktober angekündigt.
Grund des einhelligen Protestes ist, dass die Politik ihre Überwachungs- und Kontrollvorhaben zunehmend in internationalen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen durchdrückt. Der internationale Protest richtet sich etwa gegen die geplante Totalerfassung aller Flugreisenden in der EU, die geplanten Datenauslieferungen an die USA, biometrische EU-Ausweispapiere und die Vorratsspeicherung der Telekommunikationsverbindungen und Standorte sämtlicher 455 Millionen Europäer.
Der mit Kriminalitätsgefahren begründeten politischen Spirale innerer Aufrüstung setzt die Zivilgesellschaft den Ruf nach »Freiheit statt Angst« entgegen. Ein Moratorium für sämtliche Überwachungsvorhaben, der Abbau von Massenüberwachung und die Erweiterung digitaler Rechte sollen die Freiheitsrechte der Menschen stärken. Die Aktivisten fordern zudem eine unabhängige Überprüfung sämtlicher geplanter und bereits geltender Überwachungs- und Kontrollbefugnisse auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen.
Im Vorfeld des Aktionstages ruft der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung dazu auf, sich am 20. September 2008 in München der Demonstration »Freiheit Weiß-Blau – Stoppt den Überwachungswahn« gegen das verschärfte Bayerische Versammlungsgesetz und weitere Überwachungsmaßnahmen anzuschließen.
International wird zudem am 22. September 2008 in vielen Städten im Rahmen des OneWebDay für den Aktionstag »Freiheit statt Angst« mobilisiert werden. Aktuelle Informationen über den Aktionstag »Freiheit statt Angst« am 11. Oktober und die Möglichkeiten, sich zu beteiligen, finden sich im Internet auf www.FreiheitstattAngst.de.

JUNGE LINKE

Von der Biologie zur Ideologie
Wie die objektive Wissenschaft sich in ihren eigenen Vorurteilen verrennt.

Dass Frauen im Gegensatz zu Männern Kinder gebären können, ist eine bekannte Tatsache. Dass Frauen nicht zuhören und Männer nicht einparken können, ist offensichtlich ideologischer Blödsinn. Für den liefert die Biologie scheinbar eine Grundlage, mit der dann viele individuelle Charaktereigenschaften oder Handlungen von einzelnen Menschen aufgrund ihrer Natur erklärt werden. Selbst gesellschaftliche Scheiße wird immer wieder biologisiert.
Solche Erklärungen menschlicher Handlungen und gesellschaftlicher Phänomene aufgrund der Forschungsergebnisse von Teilbereichen der Biologie stellen eine besondere Form der bürgerlichen Ideologie dar: den Biologismus. Indem Ergebnisse der Biologie herangezogen werden, um die Gesellschaft als rein der Naturkausalität unterworfen darzustellen, verschwindet die Möglichkeit eines freien Willens. Die bestehenden Verhältnisse werden als natürliche und damit zugleich als richtige dargestellt. Die bewusste Veränderung der unfreien Gesellschaft durch uns Menschen erscheint somit als unmöglich.
Doch die genaue Grenze zwischen Biologie und Biologismus zu bestimmen, erweist sich bei näherer Betrachtung als problematisch. Denn die Kritik der Biologismen verweist auf systematische Schwierigkeiten innerhalb der Biologie. Nicht erst in der biologistischen Ideologie werden Verhaltensforschung, Genetik, Ökologie und Co. bloß zur Erklärung von gesellschaftlichen Verhältnissen instrumentalisiert, sondern umgekehrt liegt in der heutigen biologischen Forschung selbst bereits der Fehler.
In diesem Seminar werden wir sowohl die immanente Problematik der derzeitigen Biologie als auch ihre weit reichende ideologische Funktion und die Folgen der biologistischen Betrachtung des Menschen und seiner Gesellschaft untersuchen und kritisieren.
Termin: 7.-9.11.08 Hannover

Autonome Klassenbewegung, Räteherrschaft, Selbstverwaltung
Die heilige Dreifaltigkeit des Rätekommunismus und was an ihr zu kritisieren ist

Die Links- oder Rätekommunisten werden in den letzten Jahren nicht nur in der »Jungle World« wieder entdeckt: In Deutschland (Herman Gorter, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands und die Allgemeine Arbeiter Union Deutschlands), den Niederlanden (Anton Pannekoek), in Frankreich, in Italien (Amadeo Bordiga) und den USA (International Workers of the World) – in vielen Ländern gab es Linksradikale, die sich auf Marx beriefen, aber trotzdem zum Großteil Lenins Parteikonzeption, Trotzkis Revolutionstheorie und Stalins System kritisierten. Und das klingt doch spannend.

Was diese Strömungen gemeinsam haben, was an der Kritik des Leninismus dran ist und was sich mit den Theorien der Rätekommunisten über Staat, Kapital, Nation, Ideologie, Faschismus und Revolution anfangen lässt, wollen wir auf dem Seminar anhand von Originaltexten diskutieren.
Schließlich wollen wir die Kritik der Operaisten am Leninismus und deren Bezug auf die Arbeiter diskutieren und was das mit den Rätekommunisten zu tun hat – auf die Post-Operaisten werden wir allerdings nicht mehr eingehen.
Termin: 28.-30.11.08 bei Berlin
Info: www.junge-linke.de

WASSER

Der Zukunft das Wasser reichen

Wasser wird das Schlüsselthema nachhaltiger Entwicklung. Viele Menschen sterben täglich an Krankheiten, die mit einem Mangel an Trinkwasser oder sanitären Einrichtungen zusammenhängen. Große Anteile der Erde sind von Desertifikation betroffen, auch im südlichen Europa schreitet die Wüstenbildung voran. Fehlende Niederschläge auf der einen Seite, Extremwetterlagen und Überschwemmungen auf der anderen Seite – bedingt durch Klimawandel, Bevölkerungsdynamik und Lebensgewohnheiten werden Konflikte im Zusammenhang mit dem Wasser weiter rasant wachsen.
Obwohl bei uns Wasser größtenteils im Überfluss und Trinkwasser in hoher Qualität zur Verfügung stehen, sind wir Teil der globalen Wasserkrise. 4.000l virtuelles Wasser nutzt jede(r) von uns täglich unter anderem durch das, was wir essen. Längst ist die Basis des Lebens zum blauen Gold, ist Wasser zum Wirtschaftsfaktor geworden. Doch was nichts kostet, das ist auch nichts wert – oder doch?
In allen Kulturen der Welt gibt es Mythen und Märchen, religiöse Wurzeln und philosophische Überlegungen, die mit dem Wasser zu tun haben. Ethische und ästhetische Erfahrungen können ebenso zu einem wertschätzenden und nachhaltigen Umgang mit dem Wasser motivieren, wie Körperbewusstsein und Naturerlebnis. In Flussallianzen und anderen Netzwerken finden sich lebendige Beispiele dafür, wie durch Bürgerbeteiligung eine neue Kultur im Umgang mit Wasser gepflegt und nachhaltige Entwicklung rund ums Wasser gedacht, gelebt und gestaltet werden kann.
Die tiefgründige und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit Wasserreichtum und Wasserknappheit ist in einem Land mit viel Regen ein anspruchsvolles Unterfangen. Die bundesweite Fachtagung »Der Zukunft das Wasser reichen« nimmt diese Herausforderung im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an. Zwei Diskussionsstränge, nämlich Wasser als kulturelles und Wasser als materielles Gut, ziehen sich durch die Tagung. Vorträge, Workshops und ein »Markt der Möglichkeiten« laden zum Mitdenken, Mitmachen und Mitgestalten ein.
Termin: 20.-22.10.2008
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Tutzing,
Schlossstr. 2+4, 82327 Tutzing
☎(0 81 58) 2 51-1 25, Fax: 99 64 24
E-Mail: brosch@ev-akademie-tutzing.de
www.ev-akademie-tutzing.de

BREMEN

Die Welt verändern...

Vom **10. bis 12. Oktober** wird in Bremen das »Sozialforum meets Perspektiventage« stattfinden.
Weltweit versteht sich die Sozialforenbewegung als Vorantreiberin einer Globalisierung von unten. Sie stellt sich den Entwicklungen der kapitalistischen Globalisierung entgegen – mit dem Ziel die Kräfte der Bewegung zu bündeln, um damit für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben auf Arbeiten einzutreten. Auf lokaler Ebene, konkret hier in Bremen, ist das Sozialforum ein Ort, an dem sich Menschen aus verschiedenen politischen Initiativen, Bewegungen und Organisationen zusammen mit Interessierten in Workshops informieren und austauschen können. Gemeinsam können Strategien und Aktionen diskutiert und geplant werden. Rund um die Aktivitäten gegen den G8-Gipfel 2007 haben sich in Bremen neue Kooperationen zwischen Einzelnen und Gruppen aus verschiedenen politischen Bereichen ergeben. So zum Beispiel auch der Vorbereitungskreis für das kommende »Sozialforum meets Perspektiventage«. Mit diesem Kongress sollen neue Kooperationen ermöglicht und alte Kooperationen erweitert werden. Neue Arbeitsmethoden (z.B. Open Space) sollen dieses unterstützen. Unsere Intention ist, dass die diskutierten Fragestellungen und Ideen in gemeinsamen Handlungsperspektiven für Bremen münden.
Veranstalter:
Rosa-Luxemburg-Initiative e.V. in Kooperation mit offenem Vorbereitungskreis (bestehend aus: Inflagranti, Feliz, Avanti Bremen und Einzelpersonen)
Ort: Bremen (genauer Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest)
Weitere Infos auch im Internet unter:
www.sozialforum.tk

Kleine geile Firmen
Alternativprojekte zwischen Revolte und Management

»Wir leben anders! Wir arbeiten mehr als je zuvor, schaffen bis zu 14 Stunden am Tag, und die Arbeit macht uns bei weitem nicht so kaputt, wie die »nur« acht Stunden vorher im Betrieb. Das liegt ganz eindeutig daran, dass uns der Sinn der Arbeit klar ist, dass die weit weniger entfremdet ist.« 1976 veröffentlicht die Arbeiterselbsthilfe Frankfurt dieses Selbstverständnis. Wie viele andere Alternativprojekte dieser Zeit sah sie im selbstbestimmten und kollektiven Arbeiten einen Gegenentwurf zu der Unterordnung in Fabriken und Büros.
Ob Landkommunen oder Druckereikollektive, Naturkostläden oder Alternativzeitungen: Durch alltägliche Veränderung sollte die kapitalistische Gesellschaft überwunden werden. »Wir leben anders! ...« 2001 stellt der Trendforscher Matthias Horx das gleiche Zitat dem Managementbuch *Smart Capitalism – Das Ende der Ausbeutung* voran. Mit der New Economy habe sich eine neue Form des Arbeitens durchgesetzt. Autonomie und unternehmerisches Denken seien kein Widerspruch mehr.
Innerhalb von wenigen Jahrzehnten hat sich die Bedeutung von Autonomie grundlegend gewandelt. Sind die Erfahrungen der Alternativbewegung auch heute noch ein unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Bestrebungen? Was bedeutet es heute, für autonomes und selbstbestimmtes Arbeiten einzutreten? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Lesung mit Arndt Neumann.
Arndt Neumann, Jahrgang 1978, arbeitet über soziale Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre. Neben seiner Arbeit als Historiker beschäftigt er sich als Aktivist bei Euromayday Hamburg mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen. Zum Thema hat er das Buch *Kleine geile Firmen, Alternativprojekte zwischen Revolte und Management* (Edition Nautilus, Hamburg 2008, 96 S. 10 EUR) veröffentlicht.
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative
Termin: 28.10.2008, 19.30 Uhr
Infoladen Bremen, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg